Informations-Dienst
zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH
einzelverkaufspreis: 1.50 dm incl. 6% mwst

NR.231 27.MAI 1978

D 1870 CX

frankfurter
informationsdienst e.V.
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/70 43 52

postadresse:
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

KONTAKTZENTREN

2000 hamburg
halfte des himmels
schluterstr. 79
tel. 040/4104262

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel. 0234/702336

5000 koln
der andere buchladen
zulpicherstr. 197
0221/420214

7400 tubingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr. 20
tel. 07071/23393

8000 munchen
basis buchladen
adalbertstr. 41b
tel. 089/2809522

eco libro
8004 zurich
engelstr. 62
tel. 01/391267

druck: druckladen
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/705772

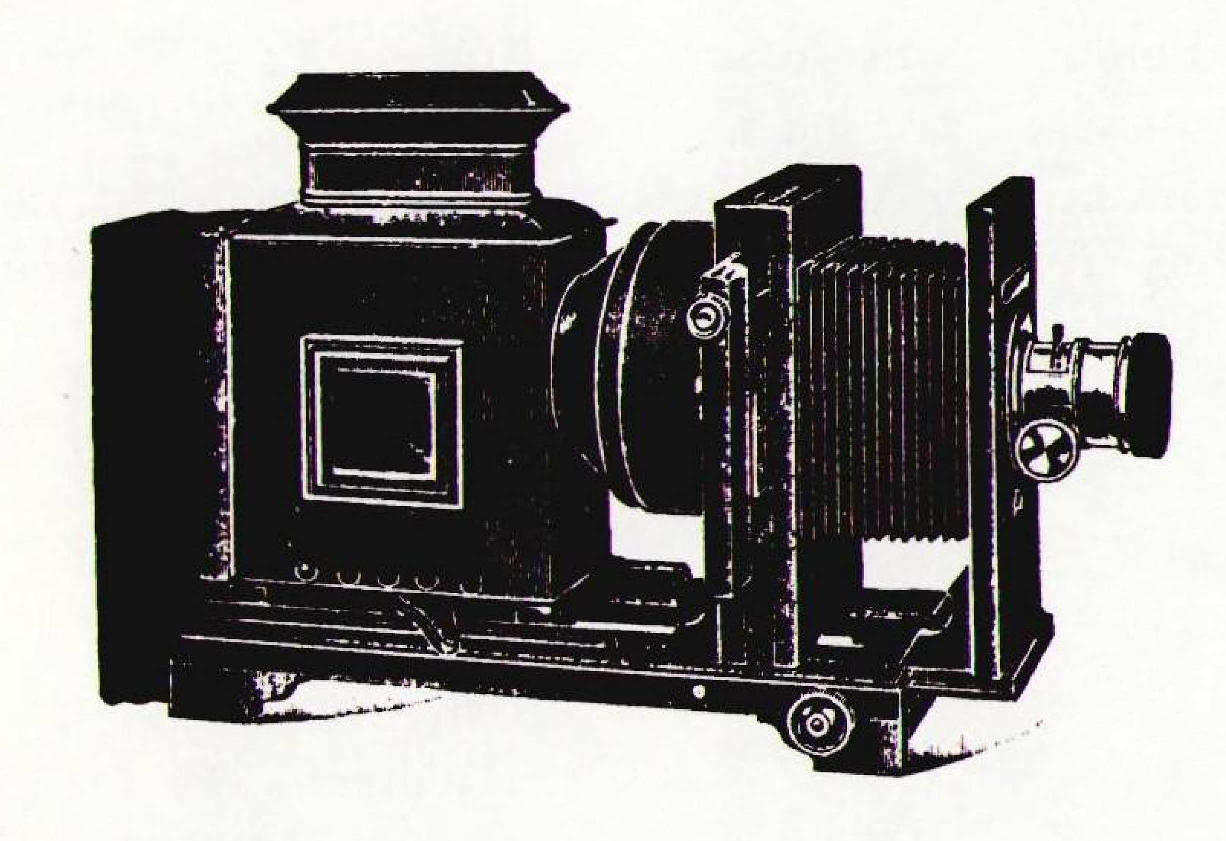
abonnement gegen vorauskasse von 1.50 dm je Heft. Mindestbetrag 18 dm fur 12 Hefte (vierteljahr) auf

postscheckkonto
52 52 28 - 602
postscheckamt frankfurt (blz 500 100 60)

bitte stichwarter angeben: „neuabo", „verlangerung" „adresswechsel", außerdem die genaue adresse, noch besser: die abonummer

NEUES VOM BILDERDIENST

Wir naben jetzt endlich Fotos aus der Bretagne bekommen, können allerdings noch mehr gebrauchen.
Auf den Fotos, die wir bestizen, sind vorwiegen die Aufräumarbeiten abgelichtet. Was noch fehlt,sind vor allem Fotos von Aktionen der betroffenen Bevölkerung und den ökologischen Folgen.
In Frankfurt hat ein dreitägiger grüner Jahrmarkt stattgefunden, dazu haben wir Bilder der einzelnen Initiativen und der Veranstaltungen.



Betr:
KANN MENSCH DEN ID ÜBERHAUPT NOCH LESEN?

STETTEN 21. Mai

Liebe Leitla vom ID,
habe soeben im ID Nr. 230 den Artikel über die linke Tageszeitung gelesen. Ich war so sauer, daß ich mich gleich an die Maschine gesetzt habe, um euch meine Stinkwut mitzuteilen.
Dazu zwei Zitate aus diesem Artikel, da wird also geredet von "rhizomatischer Gegenöffentlichkeit" und ein Satz heißt "bei einigen IDlern habe ich den Eindruck, sie grummeln nach Art einer Self-fullfilling-prophecy so lange vor sich hin ... usw."
Was glaubt eigentlich der Schreiber dieses Artikels, wer das noch verstehen soll? ? Ich jedenfalls habe vielleicht die Hälfte dieses Artikels verstanden. Und ich gehöre zu den Menschen, die den ID abends nach dem Geschäft oder im Geschäft auf dem Scheißhaus lesen und zumindest für die ID-Abonnenten in Stetten kann ich dasselbe sagen. Ich kenne nun die soziologische Zusammensetzung der ID-Leser nicht, vielleicht sind das nur Intellektuelle, aber wenn die Tageszeitung auch so wird, dann können wir Arbeiter darauf scheißen, denn wenn man den Anspruch hat, daß im ID und in der Tageszeitung die "Basis" zu Wort kommen soll, muß man doch zumindest so schreiben, daß die Basis das auch versteht.
Eigentlich wollt ich euch ja schon schreiben, als ihr das sogenannte "historische Gespräch" mit Dutschke usw. abgedruckt habt. Da hab ich mir schon ernsthaft überlegt, sag mal, für wen schwätzen die eigentlich. Wenn das schon historisch sein soll, dann sollten doch die Menschen, die die Geschichte machen, das eigentlich verstehen!!!
So,jetzt geht es mir schon viel besser, habe euch mal die Meinung gesagt. Vielleicht könnt ihr mal gelegentlich drüber diskutieren.

Mit solidarischen Grüßen aus dem revolutionären Remstal.

EINE BERICHTIGUNG

NÜRNBERG 22. Mai

Liebe Genossen!
Es ist notwendig, daß ihr in der nächsten oder nächsterreichbaren Ausgabe des „ID" eine Berichtigung abdruckt. Es ist nämlich so, daß der zweite Absatz des Beitrages „Zeitung für ein freies Franken" in der Nr. 225 vom 15. April irreführend ist. Dort hieß es: „...die Schaffung eines Bundeslands Franken (möglichst mit DDR (!)..."

Nun, das ist absurd. Gemeint ist, daß das Bundesland Franken bzw. die vereinigte fränkische Region nicht bloß aus den derzeit zu Bayern und Baden-Württemberg gehörenden fränkischen Gebieten bestehen sollte, sondern auch aus dem in die DDR hineinreichenden fränkischen Gebiet. (Daß dieser Wunsch nicht gerade realistisch ist, wissen wir selber.) Seid also so gut und tut die Berichtigung machen.
An schäina Gruus as Närmberch.

Kontakt: Fränkischer Bundschuh, c.o Thomas Reiss, Neumarkter Str. 65, 8500 Nürnberg.

GRAUE KIRCHENLITERATUR

STUTTGART 22. Mai

Um aus dem Informations-Provinzialismus im Bereich fortschrittlicher Kirchenliteratur auszubrechen, ist eine Broschüre veröffentl[illegible] worden, in der alle bekannten kirchenkritischen Zeitungen sich vorstellen. Ein Treffen dieser Gruppen ist für den 26. – 28. Mai in Bochum geplant. Zu beziehen ist der „Kleine Anzeiger für graue Kirchenliteratur" beim **Alektor-Verlag, Kniebisstr. 29, 7000 Stuttgart 1.**

ATSKATOTIES UZ MARTA KINODOKUMENTARFILMU SKATI

RIGA 22. Mai

Skatijam apmeram astoņas stundas Ivara Salecka atlasitas padomju latvijas dokumentala kino filmas. Lai gan atlikusaja laika bija iespajams vest spraigas sarunas kulturas apjoma vispar, it seviska ar rakstnieku apvienibas, rigas zurnalistu kluba un citu kulturas nogrupejumu parstavjien ieskaitot intervijas Latvijas Radio un Televizija, Raimonda Paula Koncertu, Mara Cakla Autorvakaru un Dailes teatra uzvedumu, kas viss seviski man kluva par jauna un vertiga pieredzi, un snieda perspektives sadarbibai internacionala kulturas apmainas robezas.



DIE HAUPTSTADT DES WESTSEKTORS HAT EINE ALTERNATIVZEITUNG

BONN 22. Mai

Der Verein zur Förderung alternativer Medien e.V. aus Bonn, Postfach 30 10 07, 5300 Bonn 3, gibt bekannt:

Liebe Freunde, Genossinnen und Genossen,

seit April gibt es in Bonn eine neue Stadtzeitung (Stattzeitung): "de Schnüss". Die Zeitung wird von unabhängigen, unorganisierten Linken gemacht, um der " unabhängigen überparteilichen" aber nichts desto trotz reaktionären Bonner Presse eine Alternative gegenüberzustellen: eine Zeitung der Betroffenen. Probeexemplare gibt's gegen Einsendung von DM 2 in Briefmarken. Abo ab 20 DM aufwärts für 12 Nummern.

DIE WESTDEUTSCHE WESTKÜSTE HAT EINEN LINKEN BUCHLADEN

HUSUM 22.Mai *In Husum hat eine Gruppe von Pädagogen, Schülern, Arbeitslosen, Hausfrauen, Beamten und anderen einen Laden gegründet. In einem Brief schreiben sie:*

„Die Gestaltung des Ladens, das Programm, usw. bestimmt ein Ladenkollektiv, eben die Leute, welche die eigentliche Arbeit leisten. Die wiederum sollen von unseren Kunden über die Benutzerversammlung angesprochen werden können. Unsere bisherigen Erfahrungen sind so, daß der Laden sich wohl halten kann. Es gibt genügend Leute, die was von uns wollen. Allerdings gibt es in diesem ländlichen Bereich einige Informationsprobleme: Noch lange nicht jeder, der es müßte, weiß, daß es uns gibt. Wir suchen noch Leute, die bei uns kaufen und bei uns mitarbeiten. Seht mal rein, wenn Ihr vorbeikommt!

Ecke 13 GmbH, Gurlittstr.13; 2250 Husum,Tel.04841/2884

"DER GUTE UELZER" KANN WIEDER GELESEN WERDEN

UELZEN 22. Mai in d Nach einigen schwierigen Monaten, in in denen die Alternativzeitung "Der gute Uelzer" kränkelte, weil auch die Uelzer Gruppen kränkelten, tut sich nun wieder einiges in Uelzen. Daher erscheint auch die Zeitung wieder. Zum Wiedererscheinen gibt es auch einen neue Adresse:

Der gute Uelzer, c/o Ogro-Buchladen, Bahnhofstr. 3, 3110 Uelzen 1, Tel: 0581/16826

MACHT ENDLICH WAR DAS BABYJAHR

WESTBERLIN 22. Mai *Dieser Bericht kommt von „vier Müttern aus Westberlin" – leider haben sie vergessen, wenigstens eine Kontaktadresse anzugeben, vielleicht können sie es nachholen:*

Jede berufstätige Frau, die ein Kind bekommen hat, kann ein Lied davon singen: Die Freude darüber, das Baby nun jeden Tag selbst im Arm zu halten und darüber, daß auch der kleine Mensch sich in seiner Umgebung wohlfühlt, all das wird bald verdrängt von der Sorge um den eigenen Arbeitsplatz. Kaum hat sich der Körper von den Strapazen der Geburt erholt, sind 8 Wochen vorbei und das heißt: Mutterschutz zuende!

Damit steht jede Frau hierzulande vor der Wahl zwischen 2 Übeln: Endweder kündigen und das Kind zuhause weiterversorgen oder das Kind in eine Krippe geben und selbst voll weiterarbeiten. Im ersten Fall muß die Mutter kräftig zurückstecken. Sie verliert das eigene Einkommen, und es ist ihr erheblich erschwert, nach der Zeit der Kindererziehung wieder einen Arbeitsplatz zu finden. Damit ist sie auf nicht absehbare Zeit zur Isolation und Verkümmerung ihrer beruflichen Fähigkeiten verdammt.

Im zweiten Fall kommen zu der Doppelbelastung für die Mutter vor allem die Nachteile, die das Kind auszubaden hat: Gestillte Kinder müssen ab jetzt auf die Muttermilch verzichten. Dabei ist erwiesen, daß dies die gesündeste und am besten auf das einzelne Baby abgestimmte Nahrung ist.

Alle Babys aber müssen sich in staatlichen Krippen die im 1. Lebensjahr so wichtige Bezugsperson mit mindestens 7 anderen teilen, bei Erkrankung der Erzieherin sogar mit doppelt so vielen. Schon früh wird ihnen so ein fremder Maßstab aufgepfropft: Der Maßstab unserer Leistungsgesellschaft! Nicht der Schlaf- und Essensrythmus des Kindes entsprechend seiner körperlichen und gesundheitlichen Verfassung bestimmt seinen Tagesablauf, sondern die Arbeitsbedingungen der Eltern und Erzieher.

Beides ist also keine Lösung für Mutter und Kind. Deshalb versuchen es viele Frauen mit Kompromissen wie Teilzeitarbeit und Heimarbeit. Dabei werden sie aber um wesentliche soziale Leistungen betrogen: Der Anspruch auf Renten- und Arbeitslosenversicherung ist geringer, und übliche Freistellungen während der Arbeitszeit, wie Arztbesuche, müssen in die "private" Zeit gelegt werden, falls es nicht ausdrücklich anders vereinbart wurde.

So verfallen viele auf die Notlösung: erst mal krankschreiben lassen. Das wiederum ist von der Gunst des Arztes und der Krankenkasse abhängig und auch nicht sehr lange zu praktizieren. Auch für eine Frau, die sofort nach den 8 Wochen kündigt, sieht die soziale Lage nicht rosig aus: Normalerweise besteht im Kündigungsfalle noch nicht einmal ein Anspruch auf Arbeitslosengeld, auch wenn man jahrelang Beiträge gezahlt hat. Denn wer die Kinder selbst versorgt, "steht dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung". Damit ist man sofort im Status eines Sozialhilfeempfängers. Kein Wunder also, daß in Berufssparten, in denen sowieso die Chance, vom Arbeitsamt vermittelt zu werden, gering ist, sich die Frauen trotzdem zunächst arbeitslos melden, um Arbeitslosengeld zu bekommen. Aber auf diese Weise Lücken, Tricks und Sonderregelungen ausnutzen, das können immer nur wenige Frauen in besonderen Situationen. Generell ist das nicht anwendbar und auch nicht ratsam.

Die Lösung, bei der sowohl die Mutter den Arbeitsplatz als auch das Kind die nötige anfangliche Versorgung erhalt, ist die Verlängerung des Mutterschutzes.

Die Schutzzeit nach der Geburt sollte mindestens 1 Jahr betragen. Damit ist nicht gesagt, daß alle Kinder am besten versorgt werden können, wenn sie 1 Jahr zu Hause sind und dann in die Krippe kommen. Aber es liegt dann im Ermessen der Eltern, ob das Kind die ganze Zeit zu Hause bleibt, oder in welchem Alter es seiner gesundheitlichen und charakterlichen Entwicklung entsprechend in eine Krippe gehen kann. Auch die örtliche Ausstattung mit Krippenplätzen spielt dabei eine Rolle. Je länger die Schutzzeit auch noch über 1 Jahr hinaus besteht, um so größer wird der Entscheidungsspielraum der Eltern. In diese Richtung gehen auch die Forderungen des DGB zu diesem Thema: So werden im "Programm des DGB für Arbeitnehmerinnen" von 1969 u.a. folgende "Grundsätze und Forderungen" genannt:

- "Verlängerung der Schutzfrist vor und nach der Endbindung auf je 10 Wochen"
- "Sonderurlaub nach Ablauf der Schutzfrist nach der Entbindung bis zu 18 Monaten bei Zahlung eines angemessenen Entgelts aus öffentlichen Mitteln als Ausgleich für entgangenen Verdienst".

Ein Blick in ander europäische Länder zeigt, daß sogar noch mehr möglich ist:

Österreich:
Eine berufstätige Frau kann nach der Niederkunft 1 Jahr Urlaub nehmen und erhält in dieser Zeit ein "Karenzurlaubsgeld".

Schweden:
Seit 1974 gibt es ein Gesetz, wonach entweder Vater oder Mutter das Recht hat, das Baby zu versorgen, wobei der Verdienstausfall ersetzt wird. Dieser Ersatz wird 7 Monate lang gewährt. Der Ersatz beträgt 90 % des Einkommens.

Bulgarien:
Die Mutter wird 8 Monate nach der Geburt bei vollem Lohn beurlaubt und danach weitere 6 Monate bei prozentualem Lohn. Danach kann sie 2 weitere Jahre unbezahlten Urlaub nehmen.

CSSR:
Seit 1970 gibt es die Möglichkeit zu unbezahltem Urlaub bis zur Vollendung des 2. Lebensjahrs des Kindes.

DDR:
Noch 1963 war die Regelung die gleiche wie bei uns heute noch. 1972 wurde die Schutzfrist nach der Geburt auf 12 Woche ausgedehnt, 1976 auf 20 Wochen. Frauen, die das 2. Kind bekommen, können bis zur Vollendung des ersten Lebensjahres des Kindes bei Weiterzahlung des Gehalts zu Hause bleiben.

In der BRD spricht alles dafür, gerade jetzt einen besseren Mutterschutz zu erzielen:

— Die steigende Arbeitslosigkeit — besonders unter Frauen — untergräbt den bereits vorhandenen Mutterschutz. Wer in das Karussell von Kündigung, befristetem Arbeitsvertrag, wieder Neu-Einstellung gerät, hat immer geringere Chancen für einen neuen Arbeitsplatz, erst recht als Mutter und Kind oder schwangere Frau. Die Frage, ob schwanger oder nicht gehört schon zu den "üblichen" Einstellungsformalitäten. Andererseits ist eine Verlängerung der Mutterschutzzeit genau so ein Beitrag zur Senkung der Arbeitslosigkeit bei vollem Lohnausgleich.

— Die personellen und finanziellen Steichungen im Kita-Bereich führen dort zu Zuständen, daß die Betreuung der Kinder oft kaum gewährleistet ist und viele Eltern sich gezwungen sehen, gerade die kleinen Kinder selber zu versorgen.

Was ist also zu tun?
1. Die Rechte des gültigen Mutterschutzgesetzes voll ausschöpfen!
2. Jede Gelegenheit nutzen, um die Verlängerung der Mutterschutzzeit durchzusetzen!

Zur Ausschöpfung des vorhandenen Rechts hier ein Hinweis, der meist unbeachtet bleibt: Die Stillzeiten nach Ablauf der 8 Wochen! Von den entsprechenden Paragraphen im Mutterschutzgesetz (§7 (1)) ist landläufig nur der 2. Teil bekannt:

"Bei einer zusammenhängenden Arbeitszeit von mehr als 8 Stunden soll auf Verlangen zweimal eine Stillzeit von mindestens 45 Minuten, oder, wenn in der Nähe der Arbeitsstätte keine Stillgelegenheit vorhanden ist, einmal eine Stillzeit von mindestens 90 Minuten gewährt werden. Die Arbeitszeit gilt als zusammenhängend, soweit sie nicht durch diene Ruhepause von mindestens 2 Stunden unterbrochen wird".

Wichtiger ist aber der wenig bekannte und daher wenig ausgenutzte 1. Teil:

"Stillenden Mütter ist auf ihr Verlangen die zum S t i l l e n e r f o r d e r l i c h e Z e i t , m i n d e s t e n s aber zweimal täglich eine halbe Stunde oder einmal täglich eine Stunde freizugeben".

Es besteht also nicht nur ein Anspruch auf die Minimalzeit, die vom Arbeitgeber nicht unterschritten werden darf, sondern auf soviel Zeit, um zu jeder Stillmahlzeit nach Hause zu zu fahren, in Ruhe zu stillen und wieder zurückzufahren. Diese Auslegung wird in Berlin auch ausdrücklich bestätigt vom Senat für Arbeit und Soziales. Wir haben zum Teil dieses Recht voll ausgeschöpft, und uns sind auch andere Frauen bakannt — allerdings alle im öffentlichen Dienst. Bei privaten Arbeitgebern ist eine viel härtere Konfrontation zu erwarten bei der Festlegung der tatsächlichen Stillzeiten. Auch die Möglichkeit eines verlängerten Mutterschutzes ist im öffentlichen Dienst eher gegeben. Hier besteht die tarifliche Regelung eines Sonderurlaubs, allerdings für Angestellte und Beamte unterschiedlich. Für Arbeiterinnen gibt es dagegen auch im öffentlichen Dienst keine derartige Regelung. Beamte können lt. § 43a des Landesbeamtengesetzes (LBG) zur Versorgung der Kinder entweder beurlaubt oder teilzeitbeschäftigt werden, beides bei Erhalt des Arbeitsplatzes.
Darüberhinaus ist in einigen Betrieben per Haustarif bereits das Babyjahr eingeführt, und zwar in Form eines unbezahlten Urlaubs für 1 Jahr nach der Geburt, mit der Möglichkeit einer anschließenden Verlängerung. Diese Betriebe sind: Volksfürsorge, Neue Heimat, Bundesanstalt für Arbeit.

Bis zur Ausdehnung dieser Praxis auf private Unternehmen ist allerdings noch einiges zu tun. Das zeigt folgender Fall, in dem versucht wurde, bei Siemens eine Freistellung zu erreichen. Der Antrag wurde abgelehnt mit folgender Begründung: "Daß solche Beurlaubungen schon aus grundsätzlichen Erwägungen nicht möglich sind, mögen Sie erkennen, wenn Sie an die Konsequenzen für diejenigen unserer Werke oder Betriebe denken, deren Anteil an weiblichen Mitarbeitern bis zu 75 % beträgt". Es muß sich also grundsätzlich etwas ändern, damit auch in unserem Land alle Frauen das Recht bekommen, was in anderen Ländern die Frauen ganz selbstverständlich in Anspruch nehmen. Aber hier hat sich jahrelang nichts getan. In diesem Land sind wohl Unternehmerprofite schutzbedürftiger als Mütter und Kinder. Deshalb müssen wir die nächsten Schritte unternehmen!

Ausnutzung des vorhandenen Mutterschutzgesetzes, insbesondere der Stillregelung!

Wir fordern: Mindestens 1 Jahr bezahlten Sonderurlaub!

4 Mütter aus Westberlin

HAB ICH DIR NICHT SCHON VOR JAHREN DEN UNTERGANG DES MANNES PROPHEZEIT?

papan.

WALPURGISNACHT IN GIESSEN

GIESSEN 12. Mai *Frauen aus dem Gießener Frauenzentrum schickten uns folgenden Bericht zur diesjährigen Walpurgisnacht:*

Gewalt gegen Frauen gehört zum alltäglichen Erscheinungsbild unserer Gesellschaft. Jedoch selbst wenn sie in der krassen Form der Vergewaltigung auftritt, wird sie bagatellisiert und der Frau das Mitverschulden angelastet. Die verschiedenen Formen der Gewalt gegen Frauen aufzuzeigen, war das Anliegen des Frauenzentrums Gießen, das anläßlich der Walpurgisnacht zu einer Diskussions-Veranstaltung einlud. Im vergangenen Jahr hatten in vielen Städten der BRD Nachtdemos gegen Vergewaltigung stattgefunden. Wir wollten in diesem Jahr keine Demonstration anmelden, weil wir wußten, daß in Frankfurt gegen die verantwortliche Frau der letzten Walpurgisnacht-Demo eine Anzeige läuft. Wir wollten dieses Risiko nicht eingehen. Deshalb entschieden wir uns für eine Veranstaltung, zu der wir alle Hexen einluden, die auch z.T. geschminkt und mit Hexenbesen versehen eintrafen. Allerdings entwickelte sich bei der Veranstaltung, die sich vor allem mit der herrschenden Rechtssprechung bei Vergewaltigungen befaßte, eine Betroffenheit und Wut bei den Frauen, so daß sie sich zu einer spontanen Demo durch das Bahnhofsviertel entschlossen. Wir liefen also ohne große Vorbereitung zur Bahnhofsstraße (Puffs, Sex-Bars), kaum übersehbares Sinnbild für Erniedrigung und sexuelle Ausbeutung von Frauen, eine Gegend, durch die wir uns alleine nachts nur ungern wagen. Aber statt wie sonst beschämt und ängstlich durchzueilen, zogen wir diesmal singend und Mehlbeutel werfend die Bahnhofsstr. hoch. Allerdings hatten auch viele Frauen berechtigte Angst vor der Reaktion der z.T. Spalier bildenden Männer. Der Geschäftsführer der Sex-Bar ‚Paradis' fühlte sich durch die an sich treffende Bemerkung ‚Dreckshop', die an die Scheibe seines Etablissements gesprüht war, so getroffen, daß er mit einer ergatterten Sprühdose versuchte, wahllos den bereits weiterziehenden Frauen ins Gesicht zu sprühen. Glücklicherweise war der Sprühknopf verloren gegangen. Als er daraufhin gewalttätig wurde, bekam er eine Ladung Tränengas ins Gesicht. Rettung in einer sehr brenzligen Situation. Aber es wirkte nicht lange (welchen Schutz bietet uns dann überhaupt dieses Zeug?). Er kam, etwa eine Minute später, mit einer Pistole bewaffnet, hinter dem Zug hergerannt, um sich, wie er sagte, die Frau zu greifen, die ihn angesprüht hatte. Die Frauen stoben in wilder Panik davon, weil sie nicht wußten, daß es sich ‚nur' um eine Gaspistole handelte. Auf der schmalen Brücke, die über die Bahnschienen führt, versperrte er uns erst mit vorgehaltener Pistole den Weg, dann ließ er die Frauen einzeln passieren, um die ‚Täterin' zu finden. Immerhin waren jetzt auch zwei Streifenwagen aufgetaucht, die er gerufen hatte. Allerdings schützten sie nicht uns vor dem Wüterich, sondern kamen, mit ihm im Schlepptau, uns bis ins Frauenzentrum nach, das wir vergebens vor einem Eintritt von Männern schützen wollten.

Aber – ein Hausdurchsuchungsbefehl ist ja schon lange nicht mehr nötig – und selbige Beamte waren ja, wie sie uns versicherten, nicht als Männer, sondern als Gesetzesvertreter erschienen. Sie wollten die Verantwortlichen namhaft machen (ein Glück, daß wir keine geplante Demo gemacht hatten), die es jedoch nicht gab. Zu unserer Verwunderung war auch ein Kripobeamter erschienen, der uns mitteilte, daß betreffender Geschäftsführer von maskierten Frauen umringt und mit Tränengas geblendet worden sei und ihm eine Frau in die Hosentasche gegriffen (iiih!) und ihm die Geldbörse mit 900 DM entrissen hätte. Später wurden 600 DM draus. Außerdem hat er uns wegen Sachbeschädigung in Höhe von 3000 DM angezeigt (die besprühte Scheibe). Die anwesenden Frauen wurden der Reihe nach angeleuchtet mit einem Handscheinwerfer, da „Verdunkelungsgefahr" bestand (die Sicherungen im Frauenzentrum fehlten – angeblich wollten wir damit die Arbeit der Polizei behindern–) und der Geschäftsführer deutete auf eine Frau, die ihn mit Gas besprüht haben soll. Sie hat sich nicht einmal in der Nähe dieses Gerangels aufgehalten. Zuerst sollten wir alle unsere Personalien angeben, was wir aber verhindern konnten. Allerdings mußte jetzt die arme „identifizierte" Frau mit auf die Wache, wir hinterher, weshalb sie nicht verhört wurde und nach Angabe ihrer Personalien rausgelassen wurde. „Es ist eine Invasion zu erwarten." hatte ein Beamter im Streifenwagen gesagt und auf der Wache meinte einer, sie würden von einem Verhör absehen, da ihre Mitschwestern damit sicher nicht einverstanden wären. Wir zogen also wieder ins Frauenzentrum zurück und besprachen bei Kerzenschein (die Sicherungen waren wirklich nicht da) die Lage.

Selbstkritik lief auch auf dem Plenum am folgenden Mittwoch: Mangelnde Absprachen (s.o.); wir hätten vielleicht statt in die Mausefalle Frauenzentrum geschlossen auf die Argentinienveranstaltung der Spontis gehen und uns dort unters Volk mischen sollen. – Wir hatten uns jedenfalls gegen eine Auflösung entschieden, weil sonst noch mehr einzelne Frauen herausgegriffen worden wären. Ein anderer Kritikpunkt war, daß die Frauen z.T. panisch reagiert hatten, u.a. im Zentrum, wo wir bei den 2 Streifenwagen, die ankamen, aufgrund der aufgeregten Meldung der Beobachterinnen am Fenster jedesmal den Eindruck bekamen, ganze Hundertschaften rückten an. Immerhin waren die Frauen, die an der Tür mit den Beamten verhandelten, sehr besonnen. Es war also ein etwa heterogenes Gemisch von (leichtsinniger?) Kühnheit und Panikreaktion. Außerdem hatten viele Frauen das Gefühl, daß sie nur mitliefen, nicht mitbestimmen konnten, wie die Demo ablief und auch nicht ahnten, was an Gewalttätigkeiten auf sie zukam (die Sache mit dem Typ z.B. hätte schlimmer ausgehen können). Wenn Frauen sich wehren, kriegen sie's halt doppelt und dreifach zurück. Wir stellten dabei auch fest, daß uns Gewalt durch Männer panischen Schrecken einflößt, der uns handlungsunfähig macht, was uns auch Rückschlüsse auf die Situation von Frauen bei einer Vergewaltigung ziehen ließ. In den folgenden Plenumssitzungen wollen wir außerdem über Widerstandsformen diskutieren: sind in der jetzigen politischen Situation Demos (und vor allem, wie bei uns, mit nur 60 Frauen. Wo waren die Restlichen?) noch sinnvoll? Welche anderen Möglichkeiten gibt es? Wie schaffen wir uns Öffentlichkeit? Außerdem brennt uns die Notwendigkeit einer Gruppe, die sich mit Vergewaltigun genauer und kontinuierlich befaßt, unter den Nägeln, worunter wir Aufarbeitung der Rechtssprechung verstehen, aber auch Einrichtung eines Notdienstes erwägen. Übrigens war letztes Jahr bei der angemeldeten Demo sogar unter Polizeischutz und mit deren Duldung geklebt und gesprüht worden und es geschah nichts.

Einer der Sex-Shop-Besitzer benutzt die Sprühereien als Werbegag, mit Kommentaren, die uns in die faschistische Ecke drängen.

Frauenzentrum Gießen, Ludwigstraße 44, 6300 Lahn-Gießen 1

BEI ABTREIBUNGEN PROSTAGLANDINE !!?

HAMBURG 3. Mai **Aus der Medizinerzeitung "Dr. med. Mabuse", Nr 8, April 78**

In letzter Zeit ist viel von dem Gebrauch von Prostaglandinen (PG's) bei Abtreibungen die Rede gewesen. Wir, die Frauengruppe am Fachbereich Medizin der Hamburger Uni, sind durch einen Artikel in der "Courage" 5/77 angeregt worden, uns näher mit den PG's zu befassen. Die Verfasserin erhebt den Vorwurf, daß die Notlage von schwangeren Frauen, die legal abtreiben, von der Pharma-Industrie ausgenutzt wird, um Wirkung und Nebenwirkung von PG's zu erforschen. Nach unseren Untersuchungen (die noch lange nicht abgeschlossen sind!) fällt es uns schwer ein eindeutiges "ja" oder "nein" zur Behandlung mit PG's abzugeben. Wir möchten aber gewisse Ungereimtheiten in der Anwendung aufzeigen, auf die wir gestossen sind. Vor allem meinen wir, daß Frauen erst einmal über PG's informiert werden müssen, um selbständig entscheiden zu können!

Da nach den Erfahrungen von Frauen, die mit PG's abgetrieben haben, die meisten Ärzte hier versagt haben, wollen wir mit unserem Beitrag einen Anfang machen.

Prostaglandine – das Medikament der Zukunft!

Zu dieser Erkenntnis kamen wir, als wir uns näher mit den PG's beschäftigten. In den letzten Jahren ist eine wahre Flut an Forschungsberichten, Artikeln, Zeitschriften und Büchern zu diesem Thema auf den Markt gekommen. Die ersten Frauen, die vor sieben Jahren als Versuchskaninchen für die Forschung herhalten mußten, waren hochschwangere Frauen aus Uganda. Man testete an ihnen die wehen-auslösende Wirkung der PG's auf die Gebärmutter – die für den Einsatz des Medikaments entscheidend ist – und beobachtete die starken Nebenwirkungen der Frauen!

"Über 300 Entbindungen wurden an der Universitätsklinik von Uganda von Karim und seinen Kollegen eingeleitet mit PGE_2 . . . Fast verblüffend gering war die Zahl der Schwangeren, die an Nebenwirkungen litten . . . (immerhin 13 % . . . ! FG Med.). Während sich hierzulande die PG's erst zögernd in der Geburtshilfe durchsetzen können, scheinen sie im Entwicklungsland Uganda auch in der klinischen Routine nützlich: die Kapazität der Krankenhäuser reicht nicht aus, um abzuwarten, bis eine Hochschwangere entbindet, häufig sind die Anfahrtswege lang, um die Patienten wieder nach Hause zu schicken. Man ist daher auf so zuverlässig wirkende Hilfsmittel wie eben die PG's angewiesen". (aus dem Kongreßbericht des internationalen Brook Lodge Symposium 1972, das sich u.a. mit der "reproduktionsmedizinischen Potenz PGE_2 und PGF_2" befaßte).

Seit nunmehr zwei Jahren werden PG's regulär bei Schwangerschaftsabbrüchen in vielen Kliniken in der BRD und in West-Berlin angewandt.

Was haben PG's in der Gynäkologie zu suchen?

Am Gebärmuttermund lösen PG's wehenähnliche Kontraktionen aus. Dabei kann die Frucht schon ganz oder teilweise ausgestoßen werden, und der Gebärmuttermund weitet sich als Folge. Gerade diese Weitung des Gebärmuttermundes wird von vielen Ärzten als der große Vorteil der PG's angepriesen. Bei einem Abbruch ohne PG's wird der Muttermund mechanisch, mit der Reihe nach immer dicker werdenden Stiften, genannt Hegarstiften, gedehnt, bis die Öffnung für die Saugkurette oder das Ausschabungsinstrument groß genug ist. Gerade wenn die Dehnung zu schnell erfolgt, können kleine Risse am Muttermund entstehen, die die Austragung einer späteren Schwangerschaft erschweren oder unmöglich machen. Da die PG's Weitung mit Hegarstiften ersetzen, besteht diese Gefahr nicht mehr. Allerdings haben wir von allen Ärzten erfahren, daß PG's nur bis zu einem gewissen Punkt weiten, der aber für die Ausschabung nicht immer reicht. Deshalb muß zum Schluß doch noch oft mechanisch gedehnt werden. Ob dadurch nicht Risse genauso entstehen könnten, blieb unbeantwortet!

Eine schonende Abtreibung also?

Wir würden dies nicht so einfach behaupten, denn es treten bei der Anwendung von PG's erhebliche Nebenwirkungen auf, die nachzulesen sind im Waschzettel zum Handelspräparat "Miniprostin" der Firma Upjohn, das bisher in der Uni-Klinik Hamburg verwandt wurde:

Übelkeit, Erbrechen, Durchfall, Hitzewellen, Schüttelfrost, Kopfschmerzen, Schwindelgefühle, erhöhte Temperatur, Atemnot, Kreislaufkollaps.

Diese Nebenwirkungen treten zwar schwächer auf bei der Anwendungsmethode, die sich für Abbrüche vor der 12 ten Woche durchgesetzt hat. Statt wie früher direkt in die Vene gespritzt, werden PG's in Form eines Gels mit einem dünnen Plastikschlauch 6 bis 12 Stunden vor dem Eingriff direkt in die Gebärmutter verabreicht. Die Reaktionen auf das Medikament waren unter den Frauen, mit denen wir geredet haben, sehr verschieden. Manche merkten ein bißchen Ziehen, manche starke, häufige Krämpfe, andere mußten sich übergeben, einer Frau ist sehr schwindelig geworden, eine andere berichtet von Atemnot und Durchfall die ganze Nacht durch. Alle aber bekamen kurz nach der PG's-Verabreichung starke Schmerzmittel gespritzt – in der Hamburger Uniklinik Portral für "schwere und schwerste akute und chronische Schmerzzustände" (Beschreibung in der "Liste Pharmindex") und Psyquil, ein sehr starkes Beruhigungsmittel.

Offensichtlich sind die Stärke und die Art der Nebenwirkungen nicht voraussehbar, sondern von der Verfassung der einzelnen Frauen abhängig.

Wie sieht die Aufklärung aus?

Von den elf Frauen in Hamburg, mit denen wir bislang sprachen (acht von ihnen lagen in der Uniklinik), sind ganze zwei überhaupt ansatzweise über den Eingriff mit PG's aufgeklärt worden! Und die eine nur, weil sie eine Krankenschwester auf der Station kannte . . . Nichts spricht dafür, daß die Ärzte anderswo ihrer Aufklärungspflicht besser nachkommen.

Angesichts der Tatsache, daß die Erprobung von PG's offensichtlich aus dem engeren Versuchsstadium heraus ist, und übergegangen wird zu einer breiteren Anwendung, wird jede Frau, die abtreiben muß, mit einer PG's-Behandlung rechnen können.
Bisher liegen uns konkrete Angaben nur aus Hamburg und Göttingen vor.
In Hamburg werden PG's eingesetzt bei Abtreibungen von der zwölften Woche an in allen staatlichen Häusern außer Bergedorf, Altona und Rissen. Die kleineren Krankenhäuser (außer die katholischen, die prinzipiell keine Abtreibungen vornehmen) wenden PG's nicht an, weil sie für eventuelle Zwischenfälle nicht ausgerüstet sind. Ambulant werden PG's aus demselben Grund nicht benutzt. In der Uniklinik wird seit ungefähr zwei Monaten ein von Schering neu entwickeltes PG's-Präparat erforscht (kostenlos natürlich der Klinik zur Verfügung gestellt) das alle vier Stunden intramuskulär gespritzt wird, bis die Frucht ausgestoßen wird. Angeblich merken die Frauen dabei rein gar nichts ! Wir haben allerdings bisher keine Erfahrungsberichte von davon betroffenen Frauen zur Bestätigung dieser Aussage eines Arztes aus der Klinik.

Auch in Göttingen wird an der Uni-Klinik geforscht. Mehrere Artikel, die die Erfahrungen und Erkenntnisse der Ärzte auswerten, sind im letzten Jahr in verschiedenen gynäkologischen Fachzeitschriften erschienen. Da die Göttinger Uni-Klinik im südlichen Niedersachsen praktisch die einzige Möglichkeit für Abtreibungen ist, werden auch dort viele Frauen ihre Erfahrungen mit den PG's machen müssen — vorausgesetzt, sie sind keine Privatpatientinnen: die werden nämlich bisher von der PG's-Behandlung ausgenommen!

Dafür nimmt die Aufklärung in Göttingen aber andere Züge an: die Kassenpatientinnen müssen zusätzlich zur normalen Einverständniserklärung eine auf die PG's-Behandlung zugeschnittene, klinikinterne Einverständniserklärung unterschreiben, in der bei der Auflistung der möglichen Nebenwirkungen und Folgen der PG's-Behandlung an gruseligen Details — bis hin zur Androhung der Gebärmutterentfernung — nicht gespart wird.

Es stellt sich die Frage, ob nicht solche "Aufklärungs"methoden, ebenso wie die das Erlebnis der Geburt nachahmenden Wehen während des Eingriffes mit PG's, nur Ängste und Schuldgefühle bei den Frauen hervorrufen, die ihre ohnehin nicht gerade glänzende psychische Verfassung nur verschlimmern können.

Um diesen und weiteren offenen Fragen nachzugehen, sind wir angewiesen auf die Hilfe von Frauen, die Erfahrungen mit PG's gemacht haben, sowie auf die Hilfe von Leuten, die auf gynäkologischen Stationen arbeiten. Ein Tip: als interessierte Medizinerin/-studentin kann frau meistens per Telefon von den einzelnen Stationsärzten/innen Angaben über die Handhabung in den jeweiligen Kliniken bekommen. Um das Sammeln von Informationen zu erleichtern, haben wir einen kurzen Fragebogen erstellt, der die Erfahrung von PG's-behandelten Frauen zu erfassen versucht. Wir bitten daher alle, die Informationen, Erfahrungen usw. zum Problem PG's beitragen können, mit uns Kontakt aufzunehmen.
Wir sind an jeder Kleinigkeit interessiert!

Kontaktadresse: Wiebke Schleif FG Med. Hamburg, Bartelstr.49, 2000 Hamburg 6

Wie wirken Prostaglandine?

Sie sind Wirkstoffe, die natürlicherweise beim Menschen vorkommen und heute eben auch künstlich hergestellt werden. Sie wirken nicht nur auf die Gebärmutter, sondern auf die gesamte glatte Muskulatur. D.h., sie lösen heftige Krämpfe aus auch im Magen, Darm, Kreislauf und Atmungsorganen. PG's spielen auch eine Rolle bei der Entstehung von Schmerz, Fieber und bei Gerinnungsvorgängen (Hemmung der Plättchen-Aggregation). Es wird angenommen, daß PG's eine bisher ungeahnte, grundlegende Rolle im Stoffwechsel spielen. Dies alles zusammen deutet schon an, weshalb die Pharmaindustrie an der raschen und vollständigen Erforschung der Bedeutung der PG's ein großes Interesse hat!
Ein Oberarzt in der Uni-Klinik hat sogar die Endeckung der PG's mit der Entdeckung der Zelle als grundlegendem Körperbaustein verglichen — d.h., PG's bieten der Pharma-Industrie die sich seit langem nur noch mit Alt-Präperaten im neuen Gewand oder Kombinationen herumquält, neue ungeahnte Marktlücken bzw. Profitquellen.

FRANKFURTER HAUS FÜR MISSHANDELTE FRAUEN FUNKTIONIERT — UND BRAUCHT GELD

FRANKFURT
Mai 78

Seit Anfang April gibt es in Frankfurt ein Frauenhaus, in dem mißhandelte Frauen und ihre Kinder einen Platz und Schutz finden. In diesem Haus, das etwa 20 Räume hat, können ungefähr 15 Frauen mit ihren Kindern leben. Das Frauenhaus wird von den Frauen, die dort wohnen, selbst verwaltet. Sie regeln alle anfallenden Probleme gemeinsam. Für die Kinder ist ein eigener Bereich geschaffen worden. Den Frauen wird von den Mitgliederinnen des Vereins 'Frauen helfen Frauen' e.V. Beratung und Unterstützung angeboten oder vermittelt. Das Projekt wird bisher über Mitgliedsbeiträge des Vereins und aus Spenden des Förderkreises finanziert. Alle im und für das Haus geleistete Arbeit ist unbezahlte Arbeit. Die Frauen, die bereits jetzt im Haus wohnen, wurden vor allem von städtischen Institutionen geschickt. Trotzdem hat die Stadt bisher jede finanzielle Unterstützung abgelehnt. Unsere Mittel werden nicht ausreichen, um alle Kosten zu decken (Miete, Strom, Telefon, Heizung, Wasser, Müllabfuhr, Grundsteuer, Versicherung, Reperaturen, Möblierung und Materialkosten). Wir rechnen mit monatlich 4000 DM festen Kosten. Wir sind deshalb dringend auf finanzielle Unterstützung angewiesen.

Spendenkonto (übrigens gemeinnützig, d.h. Spendenquittung!): Bank für Gemeinwirtschaft Frankfurt/M, Frauen helfen Frauen e.V., Konto: 160 5358 100 (BLZ 500 101 11)

JUGENDZENTRUM BITTET UM SOLIDARITÄT

DUDENHOFEN
23. Mai 78

Mitarbeiter des Jugendzentrums Dudenhofen schickten uns den folgenden Aufruf:

„Wir, die Aktion Jugendhaus e.V. Dudenhofen im Kreis Offenbach, haben vier Jahre lang in unserem Jugendhaus in Selbstverwaltung gearbeitet. Davon zweieinhalb Jahre ohne jegliche gemeindliche Zuschüsse. Jetzt, im Mai 78, mußten wir das Jugendhaus schließen, weil uns unter anderem die zwei Zivildienststellen gestrichen wurden - formale Begründung: Kein Dienststellenleiter, der hauptamtlich eingestellt ist (Quelle: Finanzamt). Wir hatten einen unbezahlten Dienststellenleiter, dies ging jedoch offensichtlich über das Vorstellungsvermögen des Regionalbeauftragten des Bundesamtes für den Zivildienst.

Die seit Oktober '75 bestehende Geldersperre und die damit verbundenen gerichtlichen Auseinandersetzungen - Prozeß auf Räumung und Schließung des Jugendhauses, mehrere einstweilige Verfügungen, Prozeß auf Zahlung ausstehender Gelder - zeigten nun ihre Wirkung. Wir waren ständig gezwungen, auf durch uns nicht beeinflußbare Sachzwänge und Notwendigkeiten, welche sich aus dem repressiven Vorgehen der Gemeinde u.a. Behörden ergaben, zu reagieren. Da es unter diesen Umständen kaum möglich ist, eine sinnvolle Jugendarbeit (z.B. Hauptschülerprojekte, Kinderarbeit, Ferienspiele mit nach Einkommen gestaffelten Elternbeiträgen, Ausländerarbeit und Gruppenarbeit) zu betreiben, dürfte klar sein.

In dieser Situation haben wir gezwungenermaßen unser Haus aufgeben müssen, um die noch verbliebenen Ansätze unserer praktischen Arbeit zu erhalten und fortzuführen. Wir dachten durch die Schließung des Hauses einen „formalen Klotz" loszuwerden, was sich jedoch innerhalb kürzester Zeit als Trugschluß erwiesen hat. Wie wir am 17.5.78 der Presse entnahmen, wollen nun die CDU - mehrheitlichen

wollen nun die CDU-mehrheitlichen Gemeindebürokraten Strafanzeige wegen Sachbeschädigung (CDU-Presseangabe 100.000 DM bis 200.000 DM) gegen uns erheben. Außerdem soll eine Diebstahlsanzeige gegen Unbekannt erhoben werden. Was hier gestohlen sein soll, ist uns genauso unklar, wie das Zustandekommen der Phantasiesumme bezüglich der Sachbeschädigung. Falls die Strafanzeige gegen die Aktion Jugendhaus tatsächlich realisiert wird, stellt dies den Höhepunkt aller bisherigen Versuche, uns zu kriminalisieren, dar, wobei die Presseartikel schon ein Gutteil dazu geleistet haben.
Es wäre gut, wenn ihr uns Solidaritätserklärungen schicken würdet. Veröffentlicht diesen Bericht wenn möglich in eurer Jugendzentrumszeitung oder in einer anderen Form. Es ist wichtig, eine Gegenöffentlichkeit herzustellen; weitere Informationen folgen.

Unsere Kontaktadresse: **Aktion Jugendhaus e.V., Ober-Rodener Str. 64, 6054 Rodgau 3.**

ZIVILDIENSTLEISTENDE ZUM 1. MAI

In Schwerte/Ruhr schrieben Zivildienstleistende zum ersten Mai das unten abgedruckte Flugblatt.

Wir arbeiten in Krankenhäusern, Altenheimen, Pflege- und Erziehungsheimen. Überlegungen sind im Gange, Zivildienstleistende im Müllabfuhr-, Bundespost-, und Bundesbahnbereich einzusetzen.

Uns allen ist klar, daß wir arbeitslosen Kollegen damit den ihnen zustehenden Arbeitsplatz wegnehmen. Als Beispiele seien hier erwähnt:

- ZDL Diethelm aus Leichlingen besetzt die Planstelle für einen Altenpfleger
- ZDL Detlef aus Osnabrück besetzt die Planstelle eines Erziehers
- ZDL Thomas aus Witten besetzt die Planstelle eines Krankenpflegers

Uns allen ist auch klar, daß die Dienststellen für uns nur 1/10 dessen ausgeben, was sie für einen ausgebildeten Kollegen ausgeben müßten. Man benützt uns also auch als LOHN–DRÜCKER!!

Bei uns in der Bundesrepublik ist geplant, den sogenannten mobilen Sozialdienst einzuführen. Das heißt, Zivildienstleistende können je nach Bedarf an bestimmte Einsatzstellen vermietet werden. Das heißt weiter, daß wir im Falles eines Streiks als Streikbrecher eingesetzt werden. Denn wir haben nicht das Recht zu streiken. EINE MÖGLICHE SOLIDARI–SIERUNG MIT DEN ARBEITSKOLLEGEN WIRD SOMIT VON VORNHEREIN VON STAATLICHER SEITE VERHINDERT ! ! ! !

"Unser" Zivildienst ist also ein staatlicher Zwangsdienst, der mit dem Anspruch eines jeden Kriegdienstverweigeres, Friedensdienst zu leisten, rein gar nichts zu tun hat!

WAS BEDEUTET FÜR UNS FRIEDENSDIENST?

Wir möchten die Friedensbewegung in diesem Land aktiv unterstützen, d.h. konkret: Uns muß die Möglichkeit vom Bundesamt für den Zivildienst gegeben werden unsere FRIE–DENSDIENSTZEIT z.B.:

1. in der aktiven Mitgestaltung einer Bürgerinitiative (Anti-Atomkraft-Bewegung) abzuleisten.
2. unsere Friedensdienstzeit in aktiver Unterstützung der Anti-Neutronen-Waffenbewegung abzuleisten.
3. unsere Friedensdienstzeit dafür zu nutzen, bei dem Aufbau von Frauenhäusern mitzuhelfen.
4. unsere Friedensdienstzeit in sozialen Brennpunkten (Obdachlosenproblem) und in Stadtteilgruppen abzuleisten.

Wir fordern deshalb: Streikrecht für Zivildienstleistende. aktive Mitbestimmung von Zivildienstleistenden im Betriebsrat und in Mitarbeitervertretungen! Schaffung von Einsatzstellen, die die Ziele der Friedensbewegung unterstützen!

Thomas Koch, Ardeystr. 142, 5810 Witten

An Hamburgs Schulen:
DER GROSSE STREIT UM DIE KLEINE PLAKETTE

HAMBURG 23. Mai *Sechs betroffene Hamburger Lehrer beschreiben ihre Auseinandersetzung mit der Schulbehörde und Gerichten um das Tragen der Anti-Atomkraft-Plakette im Dienst:*

Über ein Jahr lang hatte die Hamburger Schulbehörde am Tragen der Anti-Atomkraft-Plakette (rote Sonne auf gelbem Grund mit der Aufschrift: „Atomkraft? Nein Danke!") im Dienst keinen Anstoß genommen. Erst im Herbst 1977, als die Bundesregierung, die Vertreter der Länder und die Gewerkschaftsvorstände ihre Bemühungen verstärkten, positive Beschlüsse für das Atomprogramm durchzusetzen, untersagte sie den Lehrern, ihre Meinung zur umstrittenen Frage der Energieversorgung durch die Plakette zum Ausdruck zu bringen. Das Verbot erging zu einem Zeitpunkt, als in einem Klima der Denunziation und Bespitzelung zahlreiche Ermittlungsverfahren gegen Lehrer an Hamburger Schulen durch die Schulbehörde eingeleitet wurden unter dem Vorwurf „linksradikaler Indoktrination":

im September 1977 zitierte der Kollege Jerichow am Gymnasium Glückstädter Weg im Zusammenhang mit dem Thema „Terrorismus" eine Passage aus B. Engelmanns Buch „Bundesverdienstkreuz I. Klasse", in der u.a. auf die Nazivergangenheit H.-M. Schleyers eingegangen wird. (Bei den in diesem Buch gemachten Angaben handelt es sich um unumstrittene Fakten.) Eine Anfrage aus der Bürgerschaft an den Senat diente der Schulbehörde dazu, ein „Ermittlungsverfahren" gegen J. einzuleiten, ohne daß der Kollege selbst zuvor zur Sache befragt wurde und ohne den Betroffenen zunächst über das eingeleitete Verfahren zu informieren. Zitat aus dem sog. „Terrorismus-Brief" von Schulsenator Apel, den er an alle Hamburger Lehrer schrieb:„... das Aufspüren von dunklen Punkten in der – politischen – Vergangenheit von Opfern des Terrorismus ist menschlich gesehen geschmacklos, politisch aber abwegig."

- Kollege Breyer vom Helene-Lange-Gymnasium behandelte im Sozialkunde-Unterricht (10. Klasse) zum Thema „Terrorismus" die sog. „Rechtfertigungserklärung" Horst Mahlers vom 16.10.72. Anfrage aus der Bürgerschaft an den Senat:„Ist dieser Text geeignet, eine für den Staat positive Einstellung zu erzeugen?" Unter dem Vorwurf „linksradikaler Indoktrination" wurde auch gegen B. von seiten der Schulbehörde „ermittelt" und zwar zunächst auch hier ohne vorherige Inkenntnissetzung des betroffenen Kollegen.
- Kollegin Stoffers am Gymnasium Glückstädter Weg behandelte Ende vorigen Jahres in einer Unterrichtseinheit „kritische Betrachtung des Weihnachtsfestes" u.a. ein Gedicht von Süverkrüp („Weihnachtslied"). Nach einer Anfrage

aus der Bürgerschaft an den Senat – Vorwurf „linksradikale Indoktrination" – „ermittelte" auch hier die Schulbehörde gegen die Kollegin und zwar, ohne sie vorher zu befragen und indem sie ihr Textstellen vorhielt, ohne nach deren Zusammenhang im Unterricht zu fragen, obgleich die Kollegin sämtliche Unterrichtsmaterialien vorlegen mußte.

– Kollege Spiess, Handelslehrer an der Berufsschule H 18, behandelte im Frühjahr dieses Jahres das Thema „Terrorismus", wobei er neben einer IG-Metall-Zeitung, einer Arbeit Fetschers, R. Wassermanns Standardwerk zu diesem Thema, auch ein Flugblatt „Arbeiterkampf Extra" verwandte, das an seine Schüler vor der Schule verteilt worden war. Auf eine Anfrage an den Senat teilte die Schulbehörde dem Schulleiter mit, daß gegen den Kollegen ein „Ermittlungsverfahren" eingeleitet worden sei. 6 Tage später erfuhr der betroffene Kollege (er war krank) durch einen Aufruf seines Schulleiters davon, der ihm eine „Anhörung" am Krankenbett ankündigte. Es fanden mehrere „Anhörungen" statt. Zur Rechtfertigung seines Unterrichts mußten auch hier vom Kollegen sämtliche Materialien für einen vorgeschriebenen Zeitraum vorgelegt werden. Nach Aufgabe des Indoktrinationsvorwurfs wurden weitere „Ermittlungen" in Form von ständigen Unterrichtsbesuchen durch Schulleiter und/oder Behördenvertreter (ca. alle 2 Tage!) durchgeführt.



Für uns liegt der Verdacht nahe, daß auch das Verbot der Anti-Atomkraft-Plakette darauf abzielt, unliebsame Meinungen aus der Schule herauszuhalten. Als Begründung für das Verbot führte die Schulbehörde auch in diesem Fall zunächst den Vorwurf der „Indoktrination" an. Herr Rellstab, Behörde für Schule, Jugend, Berufsbildung in einem Brief am 26.9. 1977:

„Innerhalb des Dienstes findet die freie Meinungsäußerung ihre Schranke an den Erfordernissen eines geregelten Dienstbetriebes. Nach den von der Deputation im April 1976 verabschiedeten „Allgemeinen Lernzielen" hat die Schule die Aufgabe, dem Schüler zu helfen, seine Fähigkeiten und Neigungen zu entwickeln, selbständig zu denken, zu urteilen und zu handeln; sie soll dem Schüler u.a. helfen, sich selbständig zu orientieren..., ihn darauf vorzubereiten, politische und soziale Verantwortung zu übernehmen und ihn in die Lage versetzen, sich mit Konfliktsituationen sachbezogen auseinanderzusetzen. Diesen Auftrag der Schule hat der Lehrer im Zusammenwirken mit Schülern und Eltern zu verwirklichen. Mit dieser pädagogischen Zielsetzung ist es unvereinbar, wenn der Lehrer unter Ausnutzung seiner Autorität den minderjährigen Schülern, deren Kritikfähigkeit noch nicht voll entwickelt ist, vorgefertigte Entscheidungen zu aktuellen politischen Ereignissen aufdrängt... das Tragen von Anti-Atomkraft-Plaketten durch Lehrer im Unterricht bewirkt eine einseitige Einflußnahme auf die freie Entfaltung des politischen Denkens der Schüler, für die eine derartige Demonstration gegen das Kernenergieprogramm der Regierung Signalwirkung hat ..."

Nicht nur wir betroffenen Lehrer und unsere Schüler, auch Kollegen, die die Anti-Atomkraft-Plakette selbst nicht trugen, viele Eltern, die Lehrergewerkschaft GEW, sogar einige Schulleiter empörten sich über diese Argumentation der Schulbehörde. Gerade indem der Lehrer seine Meinung offenlegt, schafft er die Bedingung dafür, daß die Schüler seine Meinung hinterfragen, sich kritisch mit ihr auseinandersetzen können.

In einer Klage vor dem Arbeitsgericht Hamburg wiesen 10 angestellte Lehrer nach, daß die Schulbehörde unter dem Deckmäntelchen der pädagogischen Fürsorge einen massiven Angriff auf die Meinungsfreiheit der Lehrer führt.



„Das Verbot ist eine politische Entscheidung zur Ausschaltung einer unerwünschten, regierungsoppositionellen Meinung und hat die unhaltbare Konsequenz, daß vom Lehrer über die positive Haltung zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung hinaus auch noch die Bejahung der Regierungspolitik verlangt wird. Das Verbot ist Bestandteil der Durchsetzung des AKW-Programms und nur notdürftig bemäntelt von einer untauglichen rechtlichen Begründung." heißt es in der Klageschrift.

Die Kläger wiesen außerdem nach, daß nicht wir die Schüler "indoktrinieren", sondern – wenn überhaupt – die Schulbehörde dies tut. Seit Jahren gibt sie Atomkraftwerks-Betreibern – wie den Hamburgischen Electricitätswerken HEW – Gelegenheit, ihre Argumente an den Schulen zu verbreiten. Schulsenator Apel in der Broschüre "Ferienspaß durch Ferienpaß" (1977):

"Für den Energiebedarf der Zukunft wird das Kernkraftwerk Krümmel gebaut. Im Informationspavillon neben der Baustelle kannst du dich heute schon darüber informieren, wie morgen hier Strom erzeugt wird: sicher, sauber, umweltfreundlich."

Das Arbeitsgericht gab in seinem Urteil vom 10.4.78 uns Lehrern recht. Es wies den zentralen Vorwurf der Schulbehörde zurück, Lehrer würden mit den Anti-Atomkraft-Plaketten die Schüler indoktrinieren. Es bestärkte uns in unserer Auffassung, daß das Plakettenverbot unser Grundrecht auf Meinungsfreiheit verletzt.

Auch wir beamteten Lehrer waren vor Gericht gegangen: die Lehrergewerkschaft GEW hatte auf einstweilige Aufhebung des Verbots geklagt, bis in einem Hauptverfahren vor dem Verwaltungsgericht die Rechtslage auch für die Beamten geklärt würde.

In offenem Widerspruch zum Urteil des Arbeitsgerichts wurde diese Klage jedoch negativ beschieden:

"Es liegt nahe und ist jedenfalls nicht auszuschließen, daß die mit dem Tragen der Plakette beabsichtigte Wirkung der Meinungsbeeinflussung bei einer nicht näher bestimmbaren Zahl von Schülern tatsächlich eintritt. Dieser Schaden ist . . . nicht rückgängig zu machen."

Die Schulbehörde reagierte auf die Situation folgendermaßen: sie argumentierte zunächst formaljuristisch, das Arbeitsgerichtsurteil gelte nur für die 10 angestellten Lehrer, die als Kläger aufgetreten waren. Im übrigen habe es auch inhaltlich für alle anderen Lehrer keine Gültigkeit. Für die beamteten Lehrer gelte das Urteil des Verwaltungsgerichts; und dies, obwohl es noch nicht in der Hauptsache ergangen ist und obgleich auch für die Behörde die Unwissenschaftlichkeit des Indoktrinationsvorwurfs in diesem Urteil ersichtlich sein mußte.

Offensichtlich kommt es der Behörde gar nicht darauf an, so wie sie selbst behauptet, „für die Aufrechterhaltung eines geordneten Schulbetriebs" (Landesschulrat Neckel in einem Brief an die Gesamtschule Steilshoop) zu sorgen, sondern darauf, das von ihr einmal ausgesprochene Verbot auch durchzusetzen. Wie sonst würde die Behörde es zu einer Situation an Hamburger Schulen kommen lassen, auf die die meisten Kollegen nur mit Verständnislosigkeit reagierten:

- **die 10 angestellten Lehrer, die das Arbeitsgerichtsurteil erwirkt hatten, durften die Plakette unbeanstandet tragen, sie "indoktrinierten" ihre Schüler nicht.**
- **Die übrigen Angestellten sollten von den Schulleitern dazu bewegt werden, die Plakette abzulegen; weigerten sie sich, so sei das Tragen zu dulden.**
- **Die beamteten Lehrer hätten nach wie vor auf das Tragen der Plakette zu verzichten. Sie "indoktrinierten" damit die Schüler.**



Als wir zusammen mit ca. 150 beamteten Kollegen an über 50 Hamburger Schulen weiterhin die Plakette im Dienst trugen, versuchte die Schulbehörde mit dem Mittel der Dienstanweisung Herr der Lage zu werden. Die zahlenmäßig größte Gruppe – die der Beamten – sollte durch die Androhung von Disziplinarmaßnahmen eingeschüchtert und zum Ablegen der Plakette gezwungen werden. 4 Kollegen an der Gesamtschule Alter Teichweg erhielten als erste die Dienstanweisung, die Plakette sofort abzunehmen. Als sie die Anweisung nicht befolgten, wurden sie aus dem Unterricht heraus zur Schulbehörde zitiert. Der zuständige Oberschulrat "belehrte" sie, daß sie als Beamte Dienstanweisungen prinzipiell zu befolgen hätten. Dieser Vorgang wiederholte sich wenige Tage später gegenüber drei Kollegen der Otto-Hahn-Gesamtschule.

Obwohl uns der Oberschulrat im "Belehrungsgespräch" zugestand, daß die Plakette in ihrer Wirkung auf Schüler faktisch bedeutungslos sei, bestand er darauf, daß der Dienstanweisung nach wie vor Folge zu leisten sei. Wenn uns dies nicht passe, könnten wir ja nach einer Erwerbstätigkeit in der freien Wirtschaft Ausschau halten. Zwar hätten auch Beamte ein Recht auf Widerstand gegen Anordnungen ihrer Vorgesetzten, jedoch nur unter Diktaturen.

Wir, die unterzeichnenden Lehrer, vertraten in den "Belehrungsgesprächen„ die Auffassung, daß wir jede Dienstanweisung kritisch auf ihre Rechtmäßigkeit zu überprüfen hätten. In diesem Fall sähen wir uns nicht verpflichtet, der Anweisung Folge zu leisten, da sie keine inhaltliche Grundlage habe, denn auch der Oberschulrat war ja vom Indoktrinationsvorwurf abgerückt. Die "Belehrungsgespräche" mit unseren Vorgesetzten bestätigten unsere Befürchtung, daß es der Schulbehörde im Verlauf der Auseinandersetzung inzwischen darum geht, uns beamtete Lehrer zu gehorsamen Befolgern ihrer Anweisungen zu machen – gleichgültig, ob diese rechtens sind oder nicht.

Wir befolgten die Dienstanweisung nicht. Auch mehrtägige "Bedenkzeiten" vermochten an unserem Entschluß nichts zu ändern. Schließlich reagierte die Schulbehörde, indem sie uns 6 herausgriff und Disziplinarverfahren gegen uns einleitete. Dies geschah zur selben Zeit, als der Hamburger S-Bahn-Führer Olaf H. vom Arbeitsgericht in einem Urteil bestätigt bekam, daß das Grundrecht der freien Meinungsäußerung höher zu bewerten sei als eine Dienstanweisung! Ihm war von der Hamburger Hochbahn fristlos gekündigt worden, weil er sich geweigert hatte, die Anti-Atomkraft-Plakette abzunehmen, die er während des Dienstes im Fahrerhäuschen der S-Bahn an seinem Pullover getragen hatte.

Wir sind für den 23. Mai zu einem "Anhörungsgespräch" bei der Schulbehörde vorgeladen, mit der Aufforderung, zu den gegen uns erhobenen Vorwürfen – gegen Beamtenpflichten verstoßen zu haben – Stellung zu beziehen. Die Behördenvertreter lassen uns im unklaren darüber, welche Disziplinarmaßnahme man schließlich gegen uns anwenden wird: die Skala der Disziplinierungen reiche vom 'einfachen Verw[...] über die Zwangsversetzung an eine andere Schule bis hin zur Entlassung. . . . .

Und weiter heißt es:

"Als Privatmann käme der Lehrer regelmäßig nicht in die Lage, so bequem und mit solcher Breite für seine politische Auffassung werben zu können. . . . so setzt das Gesetz den Willen des Lehrenden zur Objektivität, Zurückhaltung und Ausgewogenheit notwendig und verpflichtend voraus. Mit diesen Grundanforderungen an die Verhaltensweise des Lehrers im Dienst steht das Tragen der Plaketten in unaufhebbarem Widerspruch. Durch sie wird in Abwendung von den genannten Prinzipien eine einseitige Auffassung schlagwortartig propagiert und das gesetzliche Erziehungsideal verfehlt. Die angeführten Grundsätze müssen das Verhalten des Lehrers auch außerhalb der eigentlichen Unterrichtsgestaltung bestimmen. . . ."

Die inhaltliche Begründung des Verwaltungsgerichts, weshalb die Anti-Atomkraft-Plakette gegen das Zurückhaltungsgebot für Beamte verstoße (dieses beeinhaltet das Gebot der Verfassungstreue und das Verbot der parteipolitischen B[...]tigung), lag in der Behauptung, der Lehrer indoktriniere mit der Plakette.



Inzwischen fühlen sich viele Kollegen durch das Vorgehen der Schulbehörde eingeschüchtert; einige tragen die Plakette nicht mehr. Die allgemeine Verunsicherung wird durch das wenig entschlossene Auftreten der GEW noch verstärkt, die – entgegen anfänglicher Beteuerungen, das Recht auf Meinungsfreiheit konsequent zu verteidigen – nicht mehr bereit scheint, sich in diesem Machtkampf der Behörde gegen uns Lehrer eindeutig auf unsere Seite zu stellen.

Auch wir selbst haben ein ungutes Gefühl dabei, wenn wir an die Disziplinarmaßnahmen denken, die möglicherweise auf uns zukommen. Doch unsere Angst davor ist größer, zu willfährigen Beamten gebogen zu werden, die nur noch als gehorsame Staatsdiener zu funktionieren haben. Wir fragen uns, in-

wieweit wir Dienstanweisungen befolgen müssen, die unserer Meinung nach einen Eingriff in unsere Grundrechte darstellen. Ist es nicht viel mehr unsere Pflicht, einer Entwicklung an den Schulen vorzubeugen, die befürchten lassen muß, daß dort keine kritische Auseinandersetzung über die gesellschaftliche Wirklichkeit mehr stattfinden kann? Das Urteil des Verwaltungsgerichts gegen die einstweilige Aufhebung des Verbots bis zur Hauptverhandlung ist vom Oberverwaltungsgericht bestätigt worden. Die Urteilsbegründung läßt ahnen, mit welchen Argumenten im anstehenden Hauptverfahren vor dem Verwaltungsgericht Beamtengehorsam per se legitimiert werden soll:

"Auch das Eintreten für oder gegen staatliche Maßnahmen, Pläne oder Absichten im Einzelfall, wie hier das Werben der Antragstellerin für ein Energieprogramm unter Verzicht auf Atomkraftwerke, stellt politische Betätigung . . . dar. . . Nach Auffassung des beschließenden Senats sind an beamtete Lehrer bei politischer Betätigung ähnlich strenge Anforderungen zu stellen wie etwa an Richter, die sich . . . innerhalb und außerhalb ihres Amtes, auch bei politischer Betätigung, so zu verhalten haben, daß das Vertrauen in ihre Unabhängigkeit nicht gefährdet wird. . . Ob durch das Tragen der Plakette Schüler tatsächlich indoktriniert werden, ist rechtlich ohne Bedeutung. . . Das . . . Verbot ist schon rechtmäßig, wenn der Lehrer – wie hier – in der Schule einseitig für seine politische Ansicht eintritt: Bereits die hierin liegende Gefahr einer Indoktrinierung rechtfertigt die Untersagung der politischen Betätigung . . . . Es ist ihm (dem Lehrer, d. Vf.) deshalb jedenfalls verwehrt, in der Schule gegenüber Schülern zu kontroversen politischen Tagesfragen einseitig Stellung zu beziehen. Dies gilt nicht nur für etwa betroffene Fachlehrer, sondern grundsätzlich für jeden Lehrer".

Mit welcher Absicht gegen uns Lehrer vorgegangen wird, spricht aus einem Brief von Landesschulrat Neckel an die Gesamtschule Steilshoop: "Im Mittelpunkt solcher Disziplinarverfahren wird nicht die Frage der Anti-Atom-Plakette stehen, sondern die grundsätzliche Pflicht, Anordnungen von Vorgesetzten Folge zu leisten." Der große Streit um die kleine Plakette konnte unserer Meinung nach nur entstehen in einem allgemeinen politischen Klima der Einschüchterung und Bedrohung von Andersdenkenden, das sich vor allem in den letzten Jahren in unserem Land wieder entwickelt hat. Nicht Fragen stellen und äußern von kritischen Meinungen, sondern deren Unterdrückung verletzt zutiefst den Grundgedanken der Demokratie.

Wir halten es für sehr wichtig bei den anstehenden Auseinandersetzungen, wenn Sie zu den geschilderten Vorgängen hier in Hamburg Stellung nehmen würden. Gerade in der nächsten Zeit wird es vor allem darauf ankommen, daß eine möglichst breite Öffentlichkeit sich entschieden gegen das Vorgehen der Schulbehörde wendet. Wir bitten Sie daher, zu überlegen, ob und wie Sie uns helfen können. Sollten Sie uns in irgendeiner Form unterstützen, wäre es für uns von Nutzen, wenn Sie uns über Ihre Aktivitäten informierten.

Kontaktadresse: Ulrike Block, Schlüterstr. 62, 2 Hamburg 13, Kontakttelefon: Hiltmann 040/254533.

Adresse der Behörde: Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung, Amt für Verwaltung, Hamburger Str. 31, 2 Hamburg 76.

WEIL SICH EIN LEHRER BELEIDIGT FÜHLTE, KAM DIE POLIZEI ZUR SCHÜLERZEITUNG

TÜBINGEN
18. Mai

Die "rotznase" ist eine unabhängige Schülerzeitung der drei Gymnasien (und weiterer Schulen) in Tübingen mit einer öffentlichen, jedem Schüler zugänglichen Redaktionssitzung. Jeder Artikel wird unzensiert abgedruckt, die 10 bis 20 Mitarbeiter sind im Alter von 15 bis 10 Jahren. In der 2. Ausgabe der Rotznase, der Februarnummer, war ein Artikel über den Lehrer Dr. H.-G. Dahms (". . . sahen wir es als die letzte Möglichkeit . . . , auf die Unterrichtsmethoden des Herrn Dahms aufmerksam zu machen und sie zur Diskussion zu stellen", die "rotznasen"-Redaktion). Der Lehrer Dahms erstattete Anzeige wegen Beleidigung.

Daraufhin kamen 4 Polizeibeamte am 11. April zur öffentlichen Redaktionssitzung und beschlagnahmten das gesamte "rotznasen"-Material, darunter die druckfertigen Unterlagen für die 3. Ausgabe und eine Schreibmaschine. Bis auf die handschriftlichen Originale zur 2. Ausgabe wurde das Material einige Tage später wieder herausgegeben. Die Redaktion hat Dienstaufsichts- und Sachbeschwerde erhoben, da die Polizisten die beschlagnahmten Dinge nicht versiegelten, trotz Aufforderung keine Empfangsbestätigung gaben und außerdem druckfertiges Material zerrissen.

Als Reaktion auf den Vorfall gab's viele Leserbriefe in der Lokalzeitung, dem "Schwäbischen Tagblatt", der Süddeutsche Rundfunk berichtete darüber und der Tübinger Landtagsabgeordnete Hinrich Enderlein (FDP/DVP) forderte in einem Brief an die Minister die Einschaltung der zuständigen Ministerien.

Die Frage einer Leserbriefschreiberin vom 3. Mai, warum die Kripo von der Abteilung Staatsschutz und Herr Staatsanwalt Eckert, zuständig für politische Prozesse, mit den Ermittlungen in einer Beleidigungsklage befaßt wurden, ist bis heute noch nicht beanwortet.

Der betreffende Artikel trägt die Überschrift "LEHRERPORTRAIT" oder "DER DJANGO AUS BEBENHAUSEN" und hat folgenden Wortlaut (mit Kepi ist das Kepler-Gymnasium gemeint, die Herren Schlichte und Günther sind Direktoren am selben Gymnasium).

'Lehrerportrait' oder 'Der Django aus Bebenhausen'

Hier soll von einem unserer fähigsten Lehrer am Kepi die Rede sein. Von Herrn Dr. Hellmuth Günther Dahms. Wer kennt ihn nicht, den Django aus Bebenhausen?

Wie fast jeder weiß, ranken um ihn die wildesten Gerüchte: Er soll angeblich im Spanischen Bürgerkrieg mitgekämpft haben (auf welcher Seite weiß allerdings keiner) und außerdem noch einen Orden von Franco für eine Biographie des Caudillo erhalten haben. Fest steht auf jeden Fall: Dahms wurde am 19.4.1918 in Brandenburg/Preußen (heutige DDR) geboren. Er ist Verfasser mehrerer Geschichtsbücher, besonders über den Spanischen Bürgerkrieg, die Besiedlung Nordamerikas und den 2. Weltkrieg, außerdem eines, in dem er sich mit Radikalen seiner Heimat im 19. Jh. befaßt.

Am Kepi ist Dahms Fachgruppenleiter für Geschichte, außerdem stellt er eine Fachkapazität 1. Ranges dar, die überall Ansehen genießt. Schließlich wäre noch festzustellen, daß unter ihm schon ganze Schülergenerationen am Kepi gelitten haben, Leute, die heute um 30 sind, erinnern sich noch mit Grausen an Dahms und seine sadistischen Anwandlungen. Als

ich ihn das erste Mal in einer Stunde erlebte, lief das so ab: Mit eiskalter, steinharter Miene betrat Dahms das Klassenzimmer und fragte leise, für uns alle kaum hörbar: "Wer fehlt?". Natürlich wagte anfangs niemand zu sprechen. Bei diesem und vielen späteren Auftritten war ich versucht, "Spiel mir das Lied vom Tod" zu pfeifen. Hätte mich einer nach dem Beruf dieses Herrn gefragt, ich hätte "Kinderschreck" antworten müssen. Vielleicht werden jetzt einige von euch denken, daß ich dem Dahms Unrecht tue, daß er ja gar nicht so schlimm ist. Doch wer von seinen Schülern hat sich nicht schon halbstündige Vorträge über Hinrichtungen anhören müssen, wer von ihnen hat nicht schon diese oder ähnliche Äußerungen gehört: "Menschen nach einem Bombenangriff sehen wie Bratäpfel aus." Klar, zuerst lacht man darüber und wenn ich auch der Meinung bin, daß solche, das menschliche Leben abqualifizerende Sätze nicht in der Schule gemacht werden sollten (schon gar nicht mit der Absicht, die Leute nur zu schockieren und Eindruck zu schinden), so will ich eigentlich nicht weiter auf Dahms feines Gefühl für das Makabre, Sadistische eingehen. Wenn jemand solche Äußerungen braucht, um auf sich aufmerksam zu machen, so hat er einen Knacks und das ist schlimm, man kann jedoch darüber hinwegsehen und demjenigen zugute halten, daß er im Leben Schlimmes erlebt hat. Zumal Dahms zur Zeit den meisten Schülern nicht mehr die Angst einjagt, wie er es noch vor einigen Jahren getan hat.

Was viel schlimmer ist und weitaus schwerer wiegt, sind, außer Dahms brutalem, autoritärem und selbstherrlichem Unterricht, zu dem man nicht kreativ beitragen kann und darf, seine verlogenen gesellschaftlichen Äußerungen und die damit verbundene Tatsache, daß man gezwungen ist, diese Äusserungen nachzubeten. Um die Widersinnigkeit solcher Äusserungen darzustellen ein paar Beispiele:

"Den Indianern wurde kein Land weggenommen, denn sie waren erstens nur sehr wenige im Vergleich zu heute und zweitens besaßen sie gar kein Bodenrecht."

Oder: "Die weißen Sklaven in den Südstaaten der USA wurden viel mehr ausgebeutet als die Schwarzen, denn nach spätestens 10 Jahren mußten die Weißen freigelassen werden."

Oder: "In allen sozialistischen Ländern werden die Schüler in den Sommerferien in Arbeitslager einberufen und zum Strassenbau eingesetzt."

Sowieso beinhaltet jede zweite Äußerung Dahms entweder eine Verharmlosung des Negerproblems oder eine Verteufelung "linker Theorien". So war denn auch seine "Reiseerzählung" über das Busfahren in den USA der Auftakt zu einem Riesenknatsch, den es voriges Jahr in der damaligen 12c gab: Ein Schüler hatte die Frage gestellt, wie die Amerikaner innerhalb ihres Landes reisen würden, nachdem sich die Flugpreise verdoppelt hätten. Dahms antwortete darauf, die meisten Amerikaner würden mit dem eigenen Auto oder einem Bus fahren. Doch das Busfahren sei keinem Weißen zuzumuten, da mitfahrende Neger die WC's verschmutzen, trotz Rauchverbot rauchen und außerdem den Busfahrer im Falle eines Einschreitens bedrohen würden.

Selbst wenn an diesen, sicherlich übertriebenen Äußerungen, etwas wahres sein sollte, so würde dies erstens für jede gesellschaftliche Randgruppe gelten, also nicht nur für Schwarze und zweitens wäre es doch die Aufgabe des Lehrers, auf die Lage dieser Randgruppen einzugehen, wodurch man agressives Verhalten sicherlich erklären kann.

Ein Schüler drückte aus was viele gedacht haben: Er verließ das Klassenzimmer, nachdem er gesagt hatte, daß er sich solche Behauptungen nicht länger mit anhören könne. Außerdem setzten sich mehrere Schüler zusammen und schrieben einen Brief mit selben Inhalt an Herrn Schlichte.

Zwei Drittel der Klasse unterschrieben den Brief. Doch nun trat Klassenlehrer Loos in Aktion. Er versuchte zu retten was noch zu retten war. Mit folgenden Argumenten schaffte er es, daß ein Drittel der Unterschriften zurückgezogen wurden: "So einen alten Mann ändert ihr auch nicht mehr; jeder kennt Dahms, seinen Hang zu Übertreibungen und seine bildliche Darstellung, doch er meint's ja nicht so; der Mann hat viel mitgemacht."

Die sieben verbleibenden Unterzeichner des Briefes wurden zu Herrn Schlichte bestellt. Dieser sagte ihnen, er kenne Dahms schon lange und es gäbe keinen Grund an dessen Rechtschaffenheit zu zweifeln. Daher werde er nichts unternehmen. Außerdem sagte er: "Falls Sie noch weiter Beschwerden haben, muß ich diese an höhere Instanzen (sprich das Oberschulamt) weiterleiten." Er rechnete wohl mit der Angst der heutigen Schülergeneration. Ein weiteres Argument von Seiten des Direktorats lautete: "Im späteren Leben werden Sie sich noch genug anpassen müssen, an der Arbeit läuft auch nicht alles so ab wie Sie es wollen". Im Klartext heißt das: Wir sollen schon heute lernen, Ungerechtigkeiten nicht nur hinzunehmen, sondern auch noch als ganz normal anzusehen.

Der Schüler, der durch sein Verlassen des Klassenzimmers protestiert hatte, war nun voll Dahms Schikanen ausgeliefert. Zwar versuchten seine Eltern eine Initiative anzukurbeln, doch waren die meisten Eltern zu feige. Einige riefen Dahms sogar zu Hause an und entschuldigten sich für das Verhalten ihrer Kinder.

So nützte es auch nichts, daß die Eltern des einen Schülers bis zum Oberschulamt vordrangen. Es zeigte sich nämlich, daß Dahms auch dort fest im Sattel sitzt. So blieb dem betroffenen Schüler nichts anderes übrig, als die Klasse zu verlassen, zumal sich auch noch andere Lehrer gegen ihn stellten (z.B. Klassenlehrer Loos).



HERAUSGEBER:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, Tel.: 0611/ 704 352
Verantwortlicher Redakteur: Thomas Meusert

Für die restlichen Schüler, die mit ihrer Unterschrift Kritik geübt hatten, wurde es nun immer unerträglicher. Dahms nahm ihre Wortmeldungen kaum noch zur Kenntnis oder sagte von vornherein: "Sie wollen doch sowieso nur Stunk machen." Bei Abfragungen wurden diese Schüler klar benachteiteiligt. Einmal jedoch protestierte fast die gesamte Klasse gegen eine Note, die Dahms einem der Betroffenen gegeben hatte. Jedoch erfolglos. Dahms: "Ich bewerte auch das Äußere und die Art des Vortrags." Oder er fragte unbeliebte Schüler Sachen, die vorige Stunde nur am Rande erwähnt worden waren, fragte sie so lange bis sie irgendetwas nicht wußten, dann hatte er einen Grund, ihnen eine schlechte Note zu geben. (Beliebte Schüler wurden natürlich nur relativ leichte Sachen gefragt.) Eines Tages ordnete Dahms überraschend eine unangesagte schriftliche Abfragung an (klar, daß nur bestimmte Schüler auseinandergesetzt wurden). Und seine Rechnung ging auf. Die Schüler, die ihm ein Dorn im Auge waren, denen Dahms Unterricht keinen Spaß machte, waren nicht so gut vorbereitet wie ihre stur auswendig lernenden Mitschüler. Aber trotzdem hätte jeder von ihnen unter normalen Umständen eine Vier erreicht. Doch auch damit war Dahms nicht in Verlegenheit zu bringen, er half halt ein bißchen nach und drückte ein paar Schüler auf fünf oder sechs. Daraufhin sammelten die Betroffenen über 50 % aller Arbeiten und begannen sie zu vergleichen. Das Ergebnis erhärtete den Verdacht. Nicht nur, daß Dahms die ihm kritischen Leute klar benachteiligt hatte, er hatte alle "guten" und "mittelmäßigen" Schüler besser bewertet. Aus diesem Grund gab es kein Zensuren-Mittelfeld, sondern nur "gute" und ein paar "schlechte". Dadurch hatte Dahms die ihm unliebsamen Schüler geschickt isoliert; denn warum sollten ihnen nun ihre zufriedenen Mitschüler helfen? Um eine noch genauere Analyse zu erreichen, wurde das gesamte, gegen Dahms gesammelte Material einem neutralen Gutachter übergeben, der es weiter im Detail auswertete.

Nachdem man nun endlich einmal handfestes schriftliches Beweismaterial besaß, ging einer der Väter zum Direktorat. Nun waren auch die Herren Günther und Schlichte zu einer Stellungnahme gezwungen. Angesichts der drohenden Beweise und der bevorstehenden Eskalation kann man annehmen, daß es dem Direktorat anfing leid zu tun, daß sie sich früher so wenig schlichtungsbereit gezeigt hatten. Denn auf welche Schule wirft es ein gutes Licht, wenn die "Obersten" nicht einmal in der Lage sind, innere Querelen schulintern zu lösen? Doch hier wurde meinen Erzählern, mit deren Hilfe ich diesen Artikel geschrieben habe, etwas entscheidendes klar: Was wollten sie ursprünglich erreichen? Sie wollten mindestens erreichen, daß Dahms gezwungen würde die schlimmsten rassistischen Äußerungen zu unterlassen. Weiter wollten sie erreichen, daß an unseren Schulen ein kritischer und fairer Unterricht gemacht wird. Und obwohl (Dahms würde jetzt sagen: "Mit und fängt kein deutscher Satz an") viele die ganze Sache als ein Unrecht erkannt hatten und obwohl so gut wie jeder die Äußerungen von Dahms für eine Schweinerei hielt, waren nur ein paar Schüler bereit, etwas für die Sache und gegen Dahms zu tun. Und die, die dazu bereit waren, waren einfach zu wenige. Denn genauso wie das Direktorat und Dahms zusammengehalten hatten (das zeigte sich z.B. als Dahms den Schülern Gespräche, die diese mit Herrn Schlichte geführt hatten, fast wörtlich wiederholte), so hätten, im Falle eines Falles, auch das Oberschulamt und Dahms zusammengehalten. Es sei denn, ganze Klassen und deren Eltern hätten protestiert. Als einzelner jedoch erreicht man nichts – im Gegenteil, man ist den Unterdrückungsmaßnahmen voll ausgeliefert. Ein anderes Mittel wäre gewesen einen Klassen- oder Schulstreik durchzuführen. Doch wann hat es das einmal gegeben?

So ging die Sache so aus, daß Dahms zwei von drei besonders "aufmüpfigen" Schülern in Erdkunde eine Fünf gab. Beide flogen durch. Der eine nur auf Grund dieser Note, die Dahms ihm verpasst hatte. Zum Schluß möchte ich noch etwas klarstellen: Es ist nicht meine Absicht, die Lehrer allgemein zu verteufeln. Es gibt auch an eurer Schule anständige und humane Lehrer; außerdem stecken alle Lehrer in einem System, das ihnen oft keine andere Wahl läßt. Doch gegen besonders brutale Typen . . . wie Dahms, Paulsen, Völter und Loos (um die schlimmsten zu nennen) solltet ihr euch wehren – zur Not mit radikalen Mitteln wie z.B. einem Streik. Zusammen sind wir immer stark. Denn was wollen die Lehrer und Direktoren eigentlich machen, wenn ihr euch unter solchen Umständen nicht mehr unterrichten laßt. Macht euch klar: Bei euch liegt die eigentliche Kraft, ihr habt es selbst in der Hand, denn ihr seid an den Schulen die Mehrheit.

Frieden den Menschen

Kampf den Ungerechtigkeiten

P.S.: Wir sammeln weiter eifrig Material über Dahms und Co. Vielleicht können wir alle es noch einmal verwenden. Passieren bei euch in der Klasse irgendwelche Ungerechtigkeiten, schreibt sie uns. (Anm. der Red.).

Überwacht die, die sich als eure Bewacher aufspielen!"

Aus der Flut der Leserbriefe im "Schwäbischen Tagblatt" die Schreiben zweier Schülereltern:

Jeder sah die Ungeheuerlichkeiten

Den Mut der "rotznasen" kann man nur bewundern; ihrer Zivilcourage, die jedenfalls der Schulleitung des Keplergymnasiums, manchem Lehrer und manchen Eltern in dieser Angelegenheit eine Lektion erteilt hat, nur Ausdauer und langes Leben wünschen.

Die in der "rotznase" zitierten Tatsachen stimmen, soweit sie meinen Sohn betreffen, Wort für Wort; auch wenn man – wie ich – Ton und Inhalt der letzten Sätze für ungerechtfertigt hält. Es ist leider keineswegs das einzige, was vorzubringen wäre. Als eigenen Beitrag von vielen möglichen nur dies: als meine Frau und ich Herrn Dr. Dahms um ein Gespräch über unseren Sohn gebeten hatten, wurden wir nach einer Viertelstunde aus dem Zimmer geworfen; und es hat bis heute keine Instanz in dieser Sache auch nur irgendetwas ausgerichtet oder unternommen: vom Elternbeirat bis zum Personalrat (der nicht einmal Briefe bestätigt, geschweige beantwortet), vom Direktorium bis zum Kultusministerium, die sämtlich damit befaßt wurden. Jeder sah die Ungeheuerlichkeiten, aber kaum einer war bereit, etwas zu unternehmen oder auch nur zu seinen Äußerungen zu stehen.

Die Aktion der Kriminalpolizei im Dienste von Herrn Dahms und gegen die Schülerzeitung paßt zu alledem in jeder Hinsicht: den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel in so grotesker Weise zu verletzen (auf eine Beleidigung mit Durchsuchung und Beschlagnahme zu reagieren), das geht zwar schwer in den Kopf eines Normalbürgers; fügt sich aber eben in seiner Unverhältnismäßigkeit hervorragend in die Vorstellung, die unsere Justizbehörden offenbar von der Behandlung von Schülern haben.

Oder steht gar ein bisher öffentlich nicht ausgesprochener böser Verdacht hinter dem Vorgehen des Dezernenten der Staatsanwaltschaft für politische Sachen, der selbst dann, wenn die Angelegenheit schließlich wie das berühmte Hornberger Schießen ausgeht, trotzdem später den betroffenen Schülern anhängt (z.B. bei einer Bewerbung im Öffentlichen Dienst?).

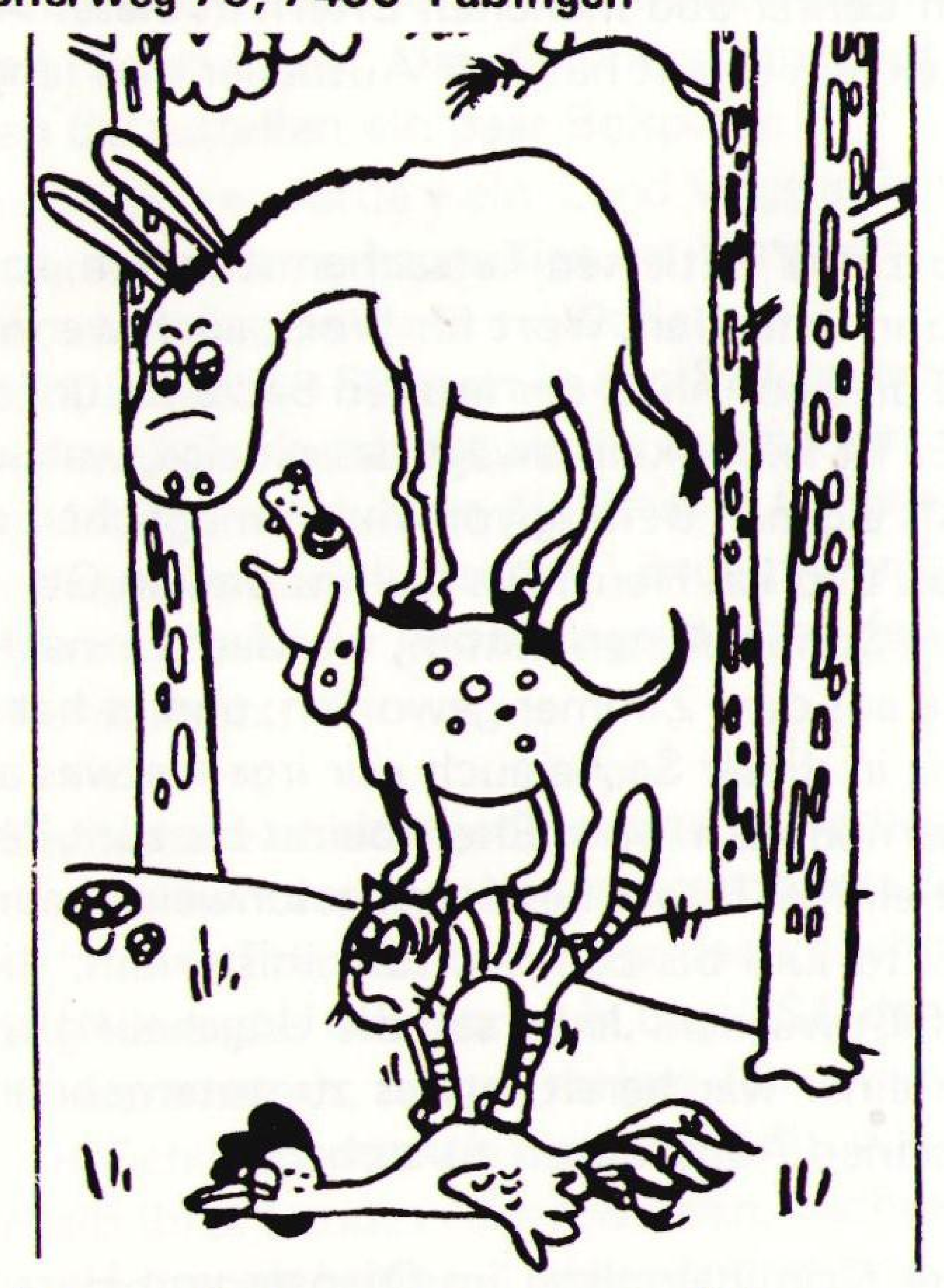
Prof. Dr. Gotthart Wunberg, Tübingen, Haßerstraße 115

Allein gelassen

Als Mutter eines der "Rotznase"-Redakteure protestiere ich gegen die Mittel und gegen die Art und Weise des behördlichen Vorgehens. Als ehemaliges Mitglied der Elternvertretung der Klasse 12c (Schuljahr 1976/77) im Kepler-Gymnasium bestätige ich, daß die Elternvertreter seinerzeit von verschiedenen Seiten über die unglaublichen Vorfälle unterrichtet waren, die den Schüler-Protesten gegen bestimmte Äußerungen des Herrn Dr. Dahms folgten. Leider ließ sich jedoch innerhalb der Elternvertretung keine Übereinstimmung über die zu unternehmenden Schritte erzielen. Nachdem mich die Mutter des Schülers Wunberg gebeten hatte, die Vorgänge – möglichst im Namen mehrerer Eltern – vor den Elternbeirat der Schule zu bringen, habe ich mich um ein Bild von den Meinungen anderer Eltern bemüht. Grundaussage einiger Stellungnahmen: "Wir halten die Proteste der Schüler im großen und ganzen für gerechtfertigt; sprechen Sie aber bitte nicht in unserem Namen – schließlich will unser Kind an dieser Schule noch Abitur machen!" Da inzwischen auch Frau Wunberg ihre Bitte um Einschaltung des Schulelternbeirats zurückgezogen hatte, glaubte ich mich zu weiteren Unternehmungen nicht mehr berechtigt. In der Tatsache, daß die Schüler von fast allen Eltern allein gelassen wurden, sehe ich einen entscheidenden Fehler. Es ist mir auch jetzt nicht gelungen, eine gemeinsame Stellungnahme der damaligen Elternvertretung herbeizuführen.

Jutta Dornheim, Tübingen, Scheefstr. 19

Noch mehr Informationen gibt's bei: Per und Katti Soehlke, Hagellocherweg 76, 7400 Tübingen



"Irgend etwas müssen wir falsch gemacht haben. Der Hahn sagt jedenfalls keinen Ton mehr."

IN BIBLIOTHEKEN:

ZENSUR, SELBSTZENSUR UND GESINNUNGSSCHNÜFFELEI

Auswirkungen des 14. Strafrechtsänderungsgesetzes

FRANKFURT 8. Mai *Die folgende Darstellung über Zensur in Bibliotheken bezieht sich auf 32 öffentlich gewordene Fälle aus den Jahren 1976, 77 und 78. Sie ist einer Dokumentation entnommen, die zu beziehen ist über: Norbert Cobabus, Gärtnerweg 7, 6000 Frankfurt 1 zu einem Unkostenbeitrag in Form von Briefmarken über DM 1.60.*

Bibliotheken gehören wie Presse, Rundfunk und Fernsehen zu den Einrichtungen, die in besonderem Maße öffentlicher Kritik ausgesetzt sind. Daher hat es gewisse Formen einer Zensur in Bibliotheken auch schon in der Vergangenheit gegeben, sei es durch einen „Wink" von höherer Seite oder sei es durch einen „sachlichen Hinweis" des Bibliotheksleiters an den untergebenen Bibliothekar. Selbstzensur der Bibliothekare ist aufgrund solcher Konflikte allerdings die Ausnahme gewesen.

Mit dem Inkrafttreten des 14. Strafrechtsänderungsgesetzes 1976 haben diese Fälle von Zensur jedoch eine ganz andere Dimension angenommen und erzielen wesentlich größere Auswirkungen. Die Formen der Zensur sind zwar auch jetzt im allgemeinen noch recht subtil, dafür ist aber ihre Vielfalt größer geworden. Der Bogen der Maßnahmen spannt sich von der direkten Entfernung von Büchern aus dem Bestand über die Beschränkung der Ausleihrichtlinien für bestimmte Bücher bis hin zur Kontrolle der Buchanschaffungsprogramme durch übergeordnete Instanzen:

Bei den 32 Fällen, die in der Dokumentation aufgeführt sind, lassen sich die wichtigsten Arten von Zensur wie folgt kategorisieren:

1. ENTFERNUNG VON BÜCHERN AUS DEM BESTAND: Die Entfernung aus dem Bestand, also sowohl die Entfernung der Bücher aus den Regalen, als auch die Entfernung der dazugehörigen Katalogkarten bedeutet, daß das Buch als nicht mehr in der Bibliothek vorhanden gilt.

2. MAGAZINIEREN VON BÜCHERN: Das Buch wird von einem für die Benutzer frei zugänglichen Raum verlegt. Dies legt ihm zwei Hindernisse in den Weg. Zum einen muß er es über den Katalog aufstöbern, was er nur kann, wenn er den genauen Titel kennt (ein zufälliges Aufstöbern beim Entlanggehen am Regal wird unmöglich). Zum anderen muß er das begehrte Buch über einen Bibliotheksbediensteten anfordern, der es dann aus dem Magazin holt (Möglichkeit Ausleihrichtlinien wirksam werden zu lassen).

3. UMSTELLEN VON KINDER/JUGENDBÜCHERN IN DEN ERWACHSENENBESTAND: Dies ist eine sehr subtile Form der Zensur. Das Buch bleibt nämlich formal im Bestand. Es wird aber praktisch totgestellt. Denn da es sich um ein Kinder- oder Jugendbuch handelt, wird es von Erwachsenen nicht verlangt. Kinder und Jugendliche aber kommen über Kataloge und Regale nicht mehr an es heran. Darüber hinaus liegen Kinder- und Jugendbüchereien meist auch in separaten Räumen.

4. ÜBERKLEBEN BZW. UNKENNTLICHMACHEN VON TEXTPASSAGEN IN BÜCHERN: Hierbei handelt es sich um eine Form der Zensur oder sogar der Selbstzensur, die sehr offen und plump ist. Sie wurde, soweit bekannt, bisher nur in Kinderbüchern vorgenommen, da man glaubt, Kindern eher so etwas zumuten zu können.

5. ERSCHWERUNG DER AUSLEIHE BZW. AUSLEIHBESCHRÄNKUNGEN DURCH RICHTLINIEN: Diese Zensurmaßnahme besteht darin, magazinierte oder anders kenntlich gemachte Bücher entweder nur ganz bestimmten eingeschränkten Benutzern überhaupt auszuleihen oder aber zu versuchen, durch (subtile) Repression zu verhindern, daß Benutzer das Buch ausleihen. Auf jeden Fall wird hier ein Bibliothekar oder sonstiger Bibliotheksbediensteter als Kontrollinstanz zwischengeschoben.

6. VERBOT DER LITERATURANSCHAFFUNG DURCH VERWEIGERUNG DER GENEHMIGUNGSPFLICHT: Das Verbot der Literaturbeschaffung kann durch den Lektoratsleiter, den Bibliotheksleiter oder gar das zuständige Dezernat (Stadtstaaten: Senat) erfolgen, indem keine Genehmigung zur Anschaffung (oft formal begründet) gegeben wird.

7. KÜRZUNG DES BUCHBESCHAFFUNGSETATS: Ähnlich wie der vorhergehende Fall ist dieser gelagert, bloß wesentlich

subtiler. Hier wird einfach der Buchanschaffungsetat gekürzt. Das bedeutet, daß die Bibliothek sich bei der Neuanschaffung auf die Ergänzung des sogenannten Grundbestandes beschränken muß und darüber hinaus nur noch Geld für sogenannte wesentliche Literatur hat, während dann hingegen für sogenannte kritische Literatur kein Geld mehr vorhanden ist.

8. ENTFERNUNG VON VERANSTALTUNGSPLAKATEN: Hierbei geht es um die Aufforderung zur Entfernung eines Plakates zu einer Dichterlesung bzw. um die übereilte Entfernung eines Werbeplakats aus einem Schaufenster einer Bibliothek, aus Angst vor Repressionen.

9. ENTFERNUNG VON AUSSTELLUNGSREGALEN MIT AKTUELLEN BÜCHERN: In solchen Ausstellungsregalen werden neue Bücher dem Bibliotheksbenutzer besonders angepriesen. Weil sich unter den aktuellen Taschenbüchern offensichtlich auch einige sogenannte linke oder kritische Bücher befunden haben, die damit quasi auf dem Präsentierteller lagen, wurde der gesamte Präsentierteller abgeschafft.

10. VERBOT (BZW. VERSUCH DES VERBOTS) VON LITERATURAUSSTELLUNGEN: Hier handelt es sich um Eingriffe meist Außenstehender, denen bestimmte Werke oder auch ganze Ausstellungen, die zum normalen Veranstaltungsrahmen jeder Bibliothek gehören, nicht passen.

VERBOT VON DICHTERLESUNGEN: Ähnlich wie der vorhergehende Fall ist auch dieser gelagert. Hier spricht man sich gegen einen Dichter und seine Werke aus.

12. ANGRIFFE AUF TEXTSTELLEN IN BIBLIOTHEKSZEITUNGEN: Angriffe dieser Art reihen sich ein in die Angriffe gegen so manche sogenannten kritische Bücher, Schulbücher usw., aus denen man Texte herausstreichen will.

13. ALLGEMEINE BESTANDSKONTROLLEN: Dies ist eine sehr schwerwiegende Form des Eingriffs. Denn das Ergebnis solcher Kontrollen kann nicht nur zur Entfernung von Büchern aus dem Bestand führen, sondern kann ebenfalls zu Auswirkungen auf die Bibliothekare führen, die solche Bestände entweder angeschafft oder in ihrer Bibliothek zwecks Ausleihe dulden. Hiermit wird zugleich auch eine indirekte Art der Gesinnungsschnüffelei gegen Bibliothekare betrieben.

14. ALLGEMEINE VORZENSUR BEI DER ÖFFENTLICHKEITSARBEIT DER BIBLIOTHEKEN: Dies bedeutet konkret, daß der betreffende Bibliothekar alle Aktivitäten der Öffentlichkeitsarbeit (Ausstellungen, Veranstaltungen usw.) zuständigen Kulturbehörde zur Genehmigung vorlegen muß. Jeder seiner Schritte in dieser Hinsicht wird also kontrolliert und zensiert, vorzensiert, um genauer zu sein.

15. ANGRIFFE AUF SOZIALBETREUUNG IN BIBLIOTHEKEN: Hierbei geht es um den Versuch, einen Sozialbetreuer aus einer Kinder- und Jugendbücherei zu entfernen, der dort türkische Kinder am Spätnachmittag betreut und über Spiele auch an die Literatur heranführt. Da man aber nicht weiß, was er den Kindern vermittelt, will die herrschende Kommunalfraktion ihn loswerden und das Programm einstellen.

Die Zahl der seit 1976 bekanntgewordenen Fälle, die im Zusammenhang mit den §§ 88a und 130a StGB zu bringen sind, hat schlagartig zugenommen. Die beiden genannten Paragraphen selbst haben sowohl in juristischer als auch in psychologischer Hinsicht einen sehr fruchtbaren Nährboden für reaktionäre Umtriebe geschaffen. Daß dabei vor allem sogenannte linke Literatur auf vielfältige Weise angeprangert und aus dem Verkehr gezogen wird, versteht sich. Aber der Kreis geht wesentlich weiter sowohl hinsichtlich der in Bibliotheken angegriffenen Literatur als auch hinsichtlich einer Reihe anderer Eingriffe.

Ausgehend von der Entstehungsgeschichte des 14. Strafrechtsänderungsgesetzes und der Rolle die dabei der Staatsschutz spielt, wundert es nicht, daß in seinem Vorfeld sich eine Gruppe der Reaktion an diese Sache heranmacht, bestehend aus devoten Beamten, Kritikastern und Tintenkulis, die wie Maulwürfe in letzter Zeit wieder aus ihren dunklen, muffigen Löchern hervorkriechen. Folglich sind es vor allem außenstehende Stellen, die sich selbstgefällig in das Bibliothekswesen einmischen: Kommunalfraktionen, Senate/Dezernate, Professoren, Lehrer, aber auch konservativ erzogene Eltern.

Der Umfang dieser Zensurmaßnahmen in letzter Zeit, als auch der direkt auf Bibliothekare ausgeübte Druck, hat inzwischen zu einer starken Verunsicherung bei den Bibliothekaren geführt. Um Konflikten aus nicht unberechtigter Angst vor weiteren Repressionen aus dem Weg zu gehen, greifen sie zur Selbstzensur, macht sich Duckmäusertum breit. Die Buchbestände beginnen sich „von selbst" zu säubern.
Nicht unerwähnt soll hier bleiben, daß sogar der Verband der Bibliothekare für den höheren Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken (VDB) auf seiner Jahrestagung 1976 in Münster aufgrund des 14. Strafrechtsänderungsgesetzes zur Selbstzensur aufgerufen hat: er empfahl, keine „Risiko-Bücher" mehr zu entleihen!

Seit der Novellierung des Gesetzes sind einige Fälle direkter Repression gegen Bibliotheksbeschäftigte im Zusammenhang mit der Zensur der Buchbestände und der sonstigen Bibliotheksarbeit bekanntgeworden. Alle Behauptungen, Bibliothekaren würde nichts geschehen, können also in den Wind geschrieben werden. Selbstverständlich geht es auch ihnen an den Kragen, ebenso wie Buchhändlern, Druckern, Verlegern, Autoren und Buchtransportunternehmungen.

- In Berlin ging man an der Amerika-Gedenkbibliothek gegen eine Bibliothekarin disziplinarisch durch den Bibliotheksleiter vor, weil sie die Presse auf die restriktiven Ausleihpraktiken und die Magazinierung von Beständen hingewiesen hatte.
- In Burgdorf bei Hannover ist einem Bibliothekar zur strikten Auflage gemacht worden, sich wegen jeglicher Öffentlichkeitsarbeit erst die Genehmigung der zuständigen Kulturbehörde einzuholen.
- In anderen Bibliotheken müssen die Buchanschaffungen genehmigt werden.

Jedoch auch dies ist noch nicht das Ende vom Lied. Bereits schaltet sich der Verfassungsschutz in das Bibliothekswesen ein. Allen auch noch so heftigen Dementis zum Trotz und trotz der Befürchtungen unmittelbarer Repressionen sind inzwischen einige Fälle derartiger Eingriffe bekanntgeworden. Die Methode dieser Gesinnungsschnüffelei durch den Verfassungsschutz besteht darin, das literarische Interesse bestimmter Personen zu erkunden, um daraus Rückschlüsse auf ihre Weltanschauung und ihre gesellschaftspolitische Grundhaltung zu ziehen.



Dies geschieht, indem der Verfassungsschutz eigenmächtig bzw. auch immer öfter bereits auf dem Wege einer offiziellen Amtshilfe (in einem Fall sogar mit tatkräftiger Unterstützung der Bibliothekare in einer solchen Bibliothek) sich in den Besitz sogeannter Ausleihlisten bringt, es handelt sich dabei also um die Verzeichnung der Literatur, die ein bestimmter Bibliothekenbenutzer in einem bestimmten Zeitraum bei einer bestimmten Bibliothek entliehen und wohl auch gelesen hat.

Aufgrund der zunehmenden Ausleihe durch elektronische Datenverarbeitung ist dies heute ein nicht mehr allzu großes Beschaffungsproblem. Die Daten über Bibliotheksbenutzer und der von ihnen entliehenen Bücher werden über Lochstreifen oder Magnetband gespeichert und sind im allgemeinen über eine Computerzentrale abrufbar, die außerhalb der Bibliothek (meist in einer Allgemeinverwaltung des Einzugsbereichs) steht. Weder kann die Bibliothek kontrollieren, wer Zugang zu den Daten hat, noch feststellen, ob nicht Kopien der Lochstreifen und Magnetbänder verfertigt werden, noch kann selbst die Einrichtung eines sogenannten Sperrcodes ausschalten, dennoch an das Material aus dem Bibliotheksbereich heranzukommen. Die Möglichkeiten des Erwerbs solcher Informationen (selbst ohne der leider immer mehr geleisteten Amtshilfe) sind sehr groß und durch datentechnische Manipulationen relativ leicht zu bewerkstelligen. Datenschutzgesetz und flankierende Maßnahmen bieten dagegen keinen Schutz.

Aber auch dort, wo noch mit halbautomatischen Buchungsverfahren die Ausleihe vollzogen wird (meist als Fotoverbuchung: Name des Benutzers und die von ihm entliehenen Bücher werden zusammen fotografisch auf einem Film festgehalten) ist es nicht allzu schwer, an das Material heranzukommen. Die Entwendung solcher Filme und die Verfertigung von Abzügen oder gar Duplikaten ist im allgemeinen recht leicht zu bewerkstelligen.

DIE PRESSEFREIHEIT IST NICHT (MEHR) NUR BEDROHT

FRANKFURT
22. Mai

Von der Initiative Meinungs- und Pressefreiheit (IMPF) zur Absetzung eines Fernsehfilms im Westdeutschen Rundfunk:

Der 45-Minuten-Fernsehfilm "Ist die Rundfunkfreiheit bedroht? "– Was Gewerkschafter vom Fernsehen halten" wurde von den WDR-Kollegen produziert anläßlich des medienpolitischen Kongresses des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) unter dem Motto "Ist die Rundfunkfreiheit bedroht? " und sollte im Dritten Programm (wdf) gesendet werden. Aus der Begründung der WDR-Pressestelle für die Absetzung:

"... besteht die Rohfassung des Films aus der Aneinanderreihung von Protesten einzelner Gruppen, die nicht legitimiert sind, für den DGB zu sprechen. Sie sind auch weder repräsentativ für die Zuschauer des Fernsehens noch für die deutsche Arbeiterschaft. Die Rohform des Films läßt darüberhinaus soviele Mängel an journalistischer Akkuratesse erkennen, daß ein falsches Bild deutscher Wirklichkeit entsteht, die Lage im deutschen Fernsehen unrichtig dargestellt wird und der Vorwurf der Manipulation nicht von der Hand zu weisen ist."



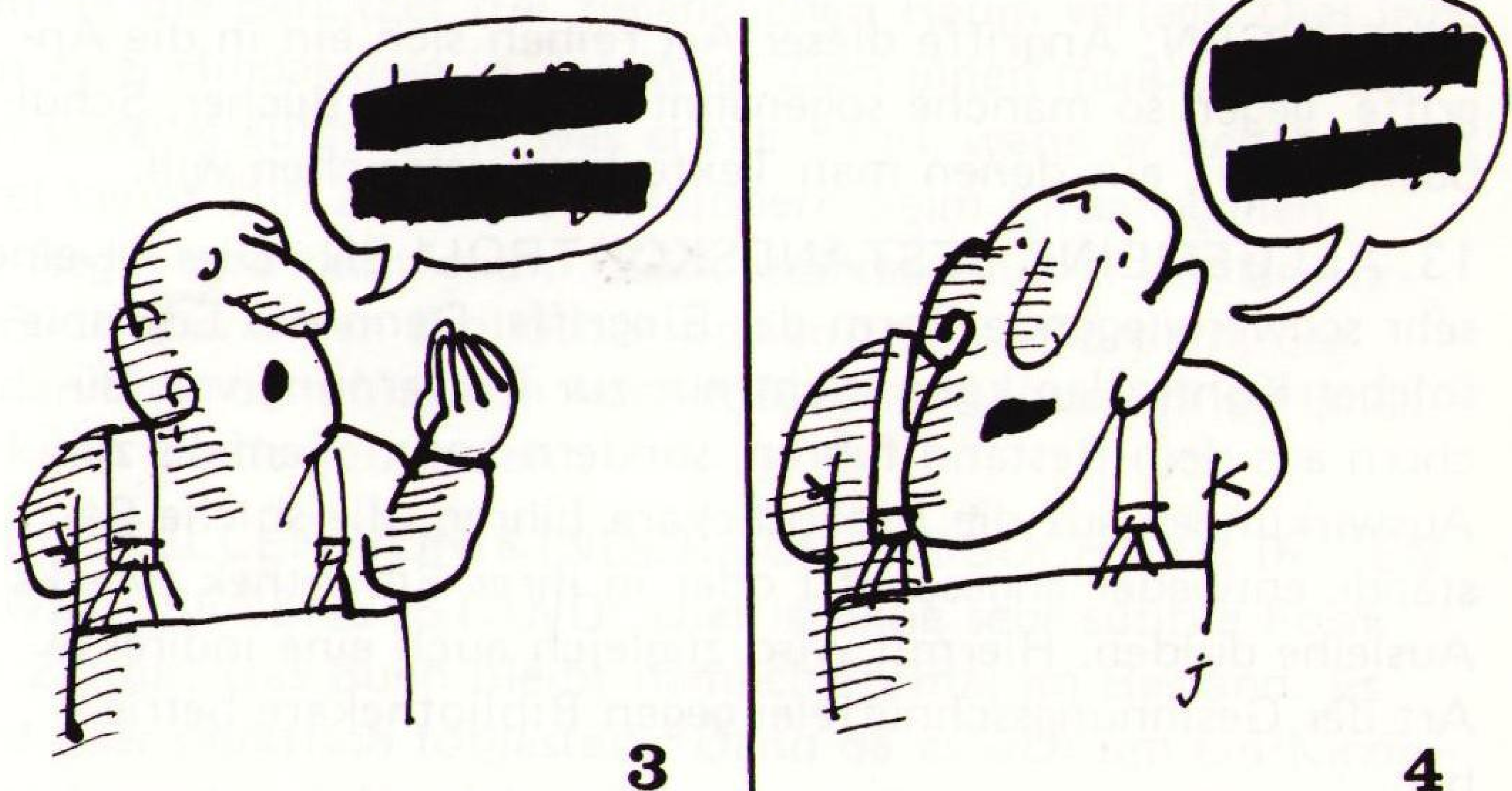


Die Kölner Initiative "Rettet die Rundfunkfreiheit im WDR" teilt demgegenüber mit, der abgesetzte Beitrag zeichne sich durch Ausgewogenheit geradezu aus. So seien auf der einen Seite WDR-Intendant von Sell, ZDF-Chefredakteur Appel und CDU-Mediensprecher Schwarz-Schilling mit ihren Beiträgen vom DGB-Kongreß ausführlich zu Wort gekommen. Auf der anderen Seite enthalte der Film Aussagen von Detlef Hensche (Vorstand IG Druck und Papier), Otto Wilfert (RFFU im ZDF), dem IG-Metall-Kollegen Johannson und anderen. Schließlich – und das muß wohl der Dollpunkt gewesen sein – kamen noch richtige Zuschauer zu Wort: Arbeiter der Zechenhausinitiativen Rheinpreußen (Duisburg) und Flöz Dickebank (Oberhausen), die medienpolitisch dadurch bekannt wurden, daß sie sich für die Beibehaltung und Ausweitung der Sendereihen "Glashaus", "Vor Ort" und "Ende offen" eingesetzt haben.

Mit der Absetzung wird nicht nur den Bürgern im WDR-Bereich diese Sendung vorenthalten, denn nach ungeschriebenen ARD-Gesetzen kann eine abgesetzte Sendung von einer anderen Anstalt nicht übernommen werden.

Wir können und wollen nicht über den Film urteilen, den wir nicht kennen. Als mündige Zuschauer haben wir es aber satt, uns von ein paar Direktoren und Intendanten vorschreiben zu lassen, was wir sehen dürfen und was nicht und was wir für ein "richtiges" Bild deutscher Wirklichkeit zu halten haben! Wir wollen den Film im Programm sehen und uns selbst ein Urteil bilden. Für dieses Ziel bitten uns die WDR-Kollegen, Unterschriften zu sammeln.

Kontakt: IMPF' c/o Wolf Lindner, Textorstr. 75, 6 Frankfurt 70



DER VERFASSUNGSSCHUTZ KÜMMERT SICH UM ANTIFASCHISTEN

CELLE
23. Mai

Von der antifaschistischen Gruppe Celle:

Da wir es für sehr wichtig halten, daß das, was uns am 16.4.78 in Bergen-Belsen passierte, eine breitere Öffentlichkeit erhält, würden wir uns freuen, wenn Ihr den folgenden Bericht in der nächsten Ausgabe Eurer Zeitung veröffentlichen würdet:

Am 16.4.78 jährte sich 33. Mal die Befreiung des Konzentrationslagers Bergen-Belsen. Aus diesem Anlaß rief die Antifaschisten Gruppe Celle zu einer Kranzniederlegung auf, um der Opfer des Nazi-Terrors zu gedenken. Die ungefähr 40 Leute, die diesem Aufruf gefolgt waren, mußten dabei eine für die meisten neue und erschreckende Erfahrung machen:

– bei ihrer Ankunft wurden sie von Beamten des Verfassungsschutzes fotografiert und ihre Autokennzeichen wurden aufgeschrieben;

– nachdem sie den Kranz niedergelegt hatten, und einer von ihnen ein Gedicht eines Häftlings des KZs – Buchwald vorgelesen hatte, kam ein Herr auf sie zu und forderte sie mit den Worten "Ich bin von der Landesregierung" auf, ihren Kranz zu entfernen, denn an dieser Stelle sollten die Kränze der Bundes- und Landesregierung und der Jüdischen Gemeinden niedergelegt werden. Da sich die Gruppe weigerte, wurden zwei Polizeibeamte damit beauftragt, die ihn an ein Stelle legten, wo er nicht mehr zu sehen war. Nach der Prozedur der anderen Organisationen, wurde der Kranz wieder nach vorne gelegt, damit (so

wörtlich) "die ganze Sache nicht an die Öffentlichkeit kommt." Verabschiedet wurde die Gruppe mit den Worten: "So was wie Sie haben wir hier seit 20 Jahren nicht mehr gehabt."

Auf dem Rückweg wurde die Gruppe in "offener Beschattung" durch Fahrzeuge des Verfassungsschutzes, für den der Einsatz damit beendet war, nach Hause begleitet.

In der Nacht vor Himmelfahrt wurde die Gedenkstätte durch Schmierereien einer "NSDAP-AO" geschändet. Von den Tätern fehlt bis heute jede Spur.

Wo war die Polizei, wo der Verfassungsschutz?

Kontakt: Wilfried Köppen, Am Brunnen 43, 3100 Celle

BÜRO DES KOMMUNISTISCHEN STUDENTENVERBANDES NACH BRESCHNEW-PLAKATEN DURCHSUCHT

MÜNCHEN 22. Mai — *Aus einer Presseerklärung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)-Ortsleitung München:*

Am Mittwoch, dem 17.5.78 wurden von 8 Polizeibeamten die Räume des Studentenverbandes der KPD in der Daiserstr. 24 durchsucht und ca. 450 Plakate und Flugblätter beschlagnahmt. Die Plakate und Flugblätter, die anläßlich des Breschnew-Besuchs geklebt, bzw. verteilt worden waren, weisen in der Form eines Steckbriefes auf die angeblichen „Friedenstaten Breschnews hin. Bereits am 3.5. und am 5.5. waren Flugblätter gleichen Inhalts beschlagnahmt worden. Dabei wurde am 3.5. eine Person und am 5.5. sieben Personen von einem Informationsstand der KPD wegverhaftet, erkennungsdienstlich behandelt und 5 Stunden in Haft gehalten.

Als Grund wird „Beleidigung eines ausländischen Staatsoberhauptes nach §§ 103, 104 StGB" angegeben, weil Breschnew auf dem Steckbrief als „Internationaler Terrorist" bezeichnet wird. Bezeichnend ist, daß seit Ende Januar 1978 den Behörden ein Beschluß der Staatsanwaltschaft des Landgerichts Frankfurt bekannt ist, nach dem in einem ähnlichen Fall die Ermittlungen eingestellt werden mußtn, da „im Verhältnis der BRD zur UDSSR die Gegenseitigkeit der Strafverfolgung aufgrund Beleidigung von Organen ausländischer Staatsorgane nicht gewährleistet ist..."

Kontakt: KPD, Klenzestr. 64, 8000 München, 089/267212.

HEIDELBERGER DEMENTIS

RZ-ERKLÄRUNG —

HEIDELBERG 22.Mai — *Die ‚Revolutionären Zellen' (RZ) haben ein Flugblatt gemacht, überschrieben mit ‚Stadt Heidelberg — Amt für Gegendarstellungen' und unterschrieben mit ‚Reinhold Zundel', dem Oberbürgermeister von Heidelberg; dazu folgendes Nachwort: „Ich weise nachdrücklich darauf hin, daß die Initialen RZ rein zufällig mit dem Kürzel meines Namens übereinstimmen." Das Flugblatt hat folgenden Wortlaut:*

„Als Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg erkläre ich, daß irgendwelche Behauptungen, ich hätte gestern nacht im Königssaal des Heidelberger Schlosses Feuer gelegt, jeglicher Grundlage entbehren.

Richtig ist vielmehr: Ich zerstörte und zerstöre Gebäude, die mir bei der Sanierung Heidelbergs im Wege stehen. — Wo gehobelt wird, fallen Späne. So mußte mehrfach billiger Wohnraum und Nutzraum z.B. für Kindergärten beseitigt werden. Erwähnt sei der Engelsblock, die Brunnengasse, die Plöck usw. Dabei mußte notfalls auch gewaltsam vorgegangen werden, wie zuletzt im CA.

Die weitere Behauptung, bei all diesem hätte ich nur die Profitinteressen großer Konzerne im Auge, ist so unangebracht. Richtig ist: Meine Absicht ist es einzig und allein der Geschäftswelt in Heidelberg eine Heimstatt zu geben. So fühlen sich die Konzerne großer Kaufhäuser und Banken — die RWI sei hier besonders erwähnt — zunehmend wohl in unserer Stadt.



Die Behauptung, ich hätte gesagt, nichts würde mich glücklicher machen, als an der Stelle des Heidelberger Schlosses ein Kaufhaus zu errichten, ist besonders falsch. Richtig und wahr ist, daß ich dieses Kaufhaus nur zu gerne an der Stelle des alten Bergheimer Stadtbades sehen würde. Unser Schloß, das zahlungskräftige Touristen und Käufer anlockt, muß erhalten bleiben. Anders stellt sich der Sachverhalt beim Stadtbad dar, das hauptsächlich von Rentnern benutzt wird.

Wenn behauptet wird, ich sei ein Kulturbanause, so ist das falsch. Wahr ist vielmehr, daß ich es begrüße, wenn jeden Sommer das Hauptquartier der amerikanischen Armee samt Angehörigen auf das Schloß verlegt wird und diese Gäste, z.B. die Möglichkeit romantischer Hochzeiten im Königssaal, also in geschichtsträchtiger Umgebung zahlreich nutzen.

Die Behauptung, ich sei nicht nur kultur- sondern auch menschenfeindlich, ist nur bedingt richtig und eine unzulässige Vereinfachung. Tatsache ist, daß ich das sogenannte Kulturzentrum CA und andere Nester von Linken und Wandermusikern wie z.B. auch die free clinic beseitigen mußte, weil diese ständig unsere Geschäfte stören, unsere Machenschaften aufdecken und versuchen, uns in der gläubigen Bevölkerung unglaubwürdig zu machen. Sie, liebe Mitbürger, werden sicher verstehen, daß ich mir meine parteiübergreifende Politik nicht kaputtmachen lassen kann und daß ich diese Widerstandsnester in der Altstadt ausheben mußte.

Wenn mir weiterhin unterstellt wird, ich sei auch bürgerfeindlich, weil ich im Sommer '75 gemeinsam mit meinen mehreren tausend Polizisten die Fahrpreise der HSB erhöhte - übrigens nicht zum letzten Male — so weise ich darauf hin, daß diese Erhöhung nicht mit der Erhöhung meines Gehaltes im Zusammenhang steht. Eine Aufstellung meiner Einkünfte würde an dieser Stelle allerdings zu umfangreich sein.

Die Behauptung, ich hätte in der Nacht des Brandes auf dem Philosophenweg Klappstühle à 100 DM vermietet, um auch die Bürger an diesem einmaligen Schauspiel teilnehmen zu lassen, weise ich mit Empörung zurück.

Wenn behauptet wird, die Forderung „Zundel raus aus der Stadt" sei ein wirklicher Beitrag zur Stadtsanierung, so ist daran nichts dran. Nur wenn wir gemeinsam nach dem Motto „Zundel rein" vorgehen, wird Heidelberg einen modernen Sanierungsweg beschreiten können.

Reinhold Zundel

P.S.: Ich weise nachdrücklich daraufhin, daß die Initialen rein zufällig mit dem Kürzel meines Namens übereinstimmen."

DIE ANGST DER STUDENTEN BEIM FLUGBLATTVERTEILEN

BERLIN
Mai 1978

Aus dem Informationsforum Nr. 3 des „Komitees an der Fachhochschule für Sozialarbeit gegen Berufsverbote und politische Disziplinierungen":

ÜBER DIE „ANGST"

Manche Sozialarbeiter in den Ämtern freuen sich, wenn Studenten der FHSS dort ihr Praktikum machen. Die Kollegen bekommen dann Informationen über das, was „draußen" passiert. Die Studenten verteilen Infos, Flugblätter, berichten von Veranstaltungen usw. Schwierig wird's nur, wenn umgekehrt Studenten an Sozialarbeiter rantreten, die sie als progressiv kennengelernt haben und sie bitten, doch bestimmte Materialien zu verteilen.

Das ist dann diesen Kollegen oft peinlich. Sie machen darauf aufmerksam, wie scharf nichtkonforme Verhaltensweisen beobachtet werden. Die Studenten werden gebeten, das betreffende Flugblatt doch lieber selbst zu verteilen. Warum? — Weil die Kollegen in den Ämtern vielleicht meinen, Studenten hätten einen größeren Handlungsspielraum? Handlungen von ihnen würden nicht sofort geahndet?

Auch die Studenten im Komitee gehen Risiken ein. Z.B. später Schwierigkeiten bei Einstellungen zu haben.

Ihr in den Behörden habt eine Stellung, d.h. ihr habt einen Beruf gelernt und übt ihn auch aus. Euer Risiko besteht darin, mal zum Leitenden Sozialarbeiter oder zum Referenten zur Rücksprache gebeten zu werden. Vielleicht werdet ihr bei der nächsten Amtmannstelle auch nicht berücksichtigt.

Die Studenten gehen aber das Risiko ein, eventuell ihren Beruf nicht ausüben zu können.

Kontaktadresse: **Komitee gegen Berufsverbote und politische Disziplinierungen, Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Goltzstr. 43/4, 1000 Berlin 30.**



BERUFSVERBOTS-PROZESS VON UWE KOOPMANN

OLDENBURG
18. Mai

Aus einer Pressemitteilung des Aktionskomitees gegen die Berufsverbote in Oldenburg veröffentlichen wir Auszüge:

Am Dienstag, 30. Mai 1978, beginnt um 11.45 Uhr im Sitzungssaal der 1. Kammer des Verwaltungsgerichts in Oldenburg, Schloßplatz 10, I. Stock, Zimmer 100, der Prozeß gegen das Berufsverbot des Redakteurs und Studienassessors Uwe Koopmann.

Nach zweijähriger Tätigkeit als Referandar an der Cäcilienschule und an der Hindenburgschule in Oldenburg sollte der Studienassessor zum 1. Februar 1977 an einem Gymnasium in der Unterweserstadt Brake unterrichten. Doch gerade die vom Grundgesetz garantierte aktive Wahrnehmung der Pressefreiheit wurde ihm von der Anhörungskommission des niedersächsischen Innenministeriums in Hannover vorgehalten. Der Verfassungsschutz sammelte folgende „Erkenntnisse":

- Besuch von Veranstaltungen der DKP, die vom Verfassungsschutz beobachtet worden waren,
- Zwei Artikel und ein Leserbrief für die Zeitung der DKP, „Unsere Zeit" (UZ), die gewerkschaftliche Forderungen zu den Problemen der Pressefreiheit und der Streckenstilllegung bei der Bundesbahn sowie zu Problemen der Jugendarbeit enthielten
- Spende von 10,– DM für Informationsmaterial an die DKP.

In dem Ablehnungsbescheid der Anhörungskommission wurde Koopmann außerdem vorgehalten, daß er sich nicht genügend von der DKP distanziert habe und den verlangten Forderungen nach Antikommunismus nicht gerecht wurde.

Aktionskomitee gegen die Berufsverbote, c/o Willi Gierke, Prinzessinweg 62, 2900 Oldenburg.

ZUM PROZESS GEGEN HEINZ HERLITZ UND HARRY STÜRMER

WESTBERLIN
22. Mai

Presseerklärung der Rechtsanwälte Wolfgang Diem und Thomas Crasemann:

„Jedes Urteil ist ein Wagnis" (Der Vorsitzende Richter am Kammergericht Krauskopf, — 2. Strafsenat)

Am 5. Mai 1978 wurden der Bauschlosser Heinz Herlitz zu 4 1/2 Jahren Freiheitsstrafe und der Diplimpsychologe Harry Stürmer zu 4 Jahren Freiheitsstrafe wegen unerlaubten Waffenbesitzes verurteilt.

Ihnen wird Lagerung diverser Waffen bzw. Waffenteile im Tegeler Forst vorgeworfen. In diesem Waffenlager befanden sich u.a. zwei Handgranaten, die aus einem Waffendepot des Schweizer Militärs stammen sollen und zwei Gewehre (eine Bock-Büchs-Flinte und ein Drilling), die im Jahre 1974 gelegentlich bei einem Überfall auf ein Berliner Waffengeschäft abhanden gekommen waren.

Die Staatsanwaltschaft beim Kammergericht nahm dies zum Anlaß nicht nur Anklage wegen unerlaubten Waffenbesitzes — nach den Bestimmungen des Alliierten Kontrollrates — zu erheben, sondern auch wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung nach § 129a StGB, in diesem Faller der „Bewegung zweiter Juni". Bereits am 4. Verhandlungstag wurde auf Antrag der Staatsanwaltschaft das Verfahren wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung — der eigentliche Schwerpunkt der Anklage! — nach § 154a StPO eingestellt.

Offenbar war es das erklärte Ziel von Staatsanwaltschaft und Gericht mit einem relativ kurzen Verfahren zu einem Ergebnis zu gelangen, das bei Aufrechterhaltung des Vorwurfs der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung (Höchststrafe 5 Jahre) auch erreicht worden wäre. Die Möglichkeit, eine Strafe in dieser Höhe — 4 Jahre und 4 1/2 Jahre — dennoch

zu verhängen, konnte vom Gericht ohne weiteres wahrgenommen werden, da der Strafrahmen der Alliierten Kontrollratsbestimmungen als äußerste Grenze lebenslänglich Gefängnis oder auch Todesstrafe (!?) vorsieht. Was aber bedeutet es für die beiden Verurteilten, anfänglich nach § 129a StGB angeklagt zu sein, um später lediglich wegen Verstoßes gegen das Waffenrecht verurteilt zu werden?

Das bedeutet:

a) Die Vorverurteilung durch die Massenmedien und die Strafverfolgungsbehörden als „Terroristen".
b) Ein Jahr erschwerter Untersuchungshaftbedingungen wegen Verdachts der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung.
c) Erzwingung der erstinstanzlichen Zuständigkeit des Kammergerichts (§ 120 Abs. 1 Ziff. 6 GVG).

Daß es sowohl der Staatsanwaltschaft als auch dem 2. Strafsenat beim Kammergericht auf all dies nicht ankommt, ließ der Vorsitzende Richter am Kammergericht Krauskopf in der mündlichen Urteilsbegründung durch folgende Äußerungen erkennen:

a) „Jemand ist so lange verdächtig, bis nachgewiesen ist, daß er es nicht ist."
b) „Das Verhalten der Angeklagten (u.a. sich nicht zur Sache zu äußern) ist gewiß nicht das Verhalten Unschuldiger."

Zwei neue Beispiele für das Verständnis der Richter am Kammergericht zu dem in Art. 6 der Menschenrechtskonvention festgelegten Prinzip der Unschuldsvermutung.

DGB-BUNDESVORSTAND VERBIETET AUFTRITT DER "SCHMETTERLINGE"

RECKLINGHAUSEN
16. Mai

Die „Initiative für Freiheit der Theaterarbeit" (IFTA), die vor 4 Wochen eine Dokumentation über Zensur und Selbstzensur am deutschen Theater unter dem Titel "Der Freiheit eine Gasse" vorgelegt hat, sieht sich gezwungen, auf einen neuen aktuellen Fall von Repression gegenüber einer Gruppe hinweisen zu müssen.

Besonders bedauerlich daran ist, daß der Vorwurf von Zensur den DGB-Bundesvorstand trifft. Er verbot den Auftritt der österreichischen Pop- und Rock-Theatergruppe "Die Schmetterlinge" - bei uns bekannt als Vertreter Österreichs im letzten Grand Prix d'Eurovision de la Chanson — auf der vom jungen forum im Recklinhausen am 3.6. geplanten 'ran-Fete. Dort [sollten] sie die Proletenpassion spielen, uraufgeführt bei den Wiener Festwochen 1976. Die alleinige Programmverantwortung für das junge forum, das vom DGB und der Stadt Recklinghausen getragen wird, liegt bei seinem Verwaltungsausschuß. Durch den DGB-Bundesvorstandsbeschluß fühlte sich der Verwaltungsausschuß so unter Druck gesetzt, daß er am 26. April "mit großem Bedauern" den bereits geschlossenen Vertrag mit den Schmetterlingen löste. Diese vertragswidrige Einflußnahme durch den DGB-Bundesvorstand auf die garantierte Freiheit der Programmgestaltung des jungen forum hat seine Hintergründe im Ärger lokaler Westberlinger Gewerkschaftsfunktionäre über einen Auftritt der "Schmetterlinge" auf der Maifeier des DGB am 30.4. vor einem Jahr im Sender Freies Berlin. Dort äußerten sich die "Schmetterlinge" verwundert über den damaligen Beschluß des Westberliner DGB, am 1. Mai keine Demonstration durchzuführen. Sie verwiesen als Alternative auf eine Demonstration der GEW Westberlin, die allerdings zu diesem Zeitpunkt bereits aus dem DGB ausgeschieden war.

Besonders bedauerlich ist, daß der DGB-Bundesvorstand mit seinem Auftrittsverbot gegen eine ausländische Gruppe, die in ihrem Land eng mit der Gewerkschaftsjugend zusammenarbeitet, sich einreiht in eine Kampagne gegen die "Schmetterlinge" die seit jener Maifeier vom Sender Freies Berlin gegen diese Gruppe geführt wird und die Auftrittsbeschränkungen bei anderen Sendern zur Folge hatte. Die Initiative für Freiheit der Theaterarbeit" protestiert gegen diese Zensurmaßnahme des DGB-Bundesvorstandes, bei dem - nehmen wir ihn beim Wort — eine demokratische Haltung gegenüber der Freiheit der Kunst vorauszusetzen ist.

Initiative für Freiheit der Theaterarbeit (IFTA)
Kontaktadresse: HCT Claudia Roth, Morgensternstr. 49-51 4750 Unna, Tel 02303/16382 oder 02308/464



BUCHLADEN DURCHSUCHT

MÜNCHEN
23. MAI

Am Morgen des 23. Mai drangen in den Münchner Basis-Buchladen zehn uniformierte und drei zivile Polizeibeamte ein. Sie brachen die Seitentür auf.

Der Einbruch wurde zufällig entdeckt und ein aufmerksamer Passant benachrichtigte die Buchhändler. Bei ihrem Eintreffen mußten diese feststellen, daß die Polizei elf „Dokumentationen zur Situation in der BRD und zum Verhältnis der BRD und der Schweiz" beschlagnahmt hatten. Am gleichen Tag wurde in München auch der Buchladen „Trampelpfad" auf diese Broschüren hin durchsucht.



WIE DIE FRANKFURTER CDU DIE KINDER VOR VERWAHRLOSUNG RETTET

FRANKFURT
19. Mai

Leute aus der Bürgerinitiative Tatzelwurm und aus dem Kita-Seminar der Universität Frankfurt haben unter dem Titel "Ehrfurcht und Duldsamkeit" eine Dokumentation herausgegeben. Beobachtungen aus dem Kita-Alltag, juristische Argumente der Eltern und des Verwaltungsgerichts, Stellungnahmen von Wissenschaftlern und Kinderärzten, die Geschichte des Kita–Projekts und die Presseberichterstattung sind darin aufgenommen.

Die Dokumentation kostet 3.50 DM plus 1,50 DM Porto. Vorauszahlung auf Postscheckkonto Ilka Riemann, Nr. 199793-606 Frankfurt. Ihr bekommt sie bei Ilka Riemann, Günthersburgallee 75, 6000 Frankfurt.

Übrigens . . . der ID hat am 19. April eine Sonderausgabe zum Kita-Konflikt gemacht, von der noch einige Exemplare da sind. Sie kostet 50 Pfennig plus 40 Pfennig Porto; bitte vermerkt "Kita-ID" auf dem Überweisungsabschnitt, wenn ihr sie bestellt.

MATERIAL ZU REPRESSION GEGEN SCHÜLERZEITUNG GESUCHT

TÜBINGEN
22. Mai

Die Russell-Initiative Tübingen sucht Informationen über "Repressionsfälle gegen Schülerzeitungen in der BRD", zur möglichen Vorlage bei der zweiten Sitzungsperiode des Russell-Tribunals.

Kontakt: Reimer Dohrn, Ginsterstr. 5, 7407 Rottenburg/ Kiebingen

NOTHILFE

unzensierte Gefangenenzeitung der JVA Butzbach
Redakteure in Isolation

BUTZBACH
17. Mai

Seit dem 22.3.78 sind die drei Redakteure der Gefangenenzeitung Nothilfe, Norbert Frühauf, Frank Krause, Gerd Schulz in Isolation. Bei Norbert Frühauf vermutete die Anstaltsleitung "Fluchtpläne" und begründete so ihre Maßnahme.
Worauf sie sich dabei stützt, läßt sie im Dunkeln, "zum Wohl des Gefangenen" wie der Leiter der JVA Klaus Winchenbach meinte.
Die Drei begannen am 16.3. einen Hungerstreik um die Aufhebung der Haftverschärfungen (Einzelhofgang, keine Gemeinschaftsveranstaltung, tägliche Zellendurchsuchungen) durchzusetzen.
Die Zeitung Nothilfe ist in der ersten Nummer erschienen. Es wurden davon 20 bis 25 Stück auf Durchschlagpapier abgetippt und in Umlauf gebracht. In einer "Bekanntmachung" stellen die 3 das Konzept der Zeitung dar, als eine "unzensierte Gefangenenzeitung, die mit oder ohne die Zustimmung der Knastadministration die Gefangenen mit unterbliebenen Nachrichten beliefert". Sinn der Zeitung soll sein, Berichte über Konfliktstrategien im Knast, medizinische Selbsthilfe, Rechtsmittel, Sexualität, Tips zum Urlaub etc. zugänglich zu machen.
Darum geht es auch in dem 8-Seiten-Heft über die Behandlungspraktiken des Dr. Maykemper, Haftfolgen und Folgen der Isolationshaft. Eine Spalte ist bestimmt, Denunzianten und Kollaborateure zu benennen.
Die "Nothilfe" ist zur Zeit die einzige Gefangenenzeitung dieser Art. Vor einem Jahr erschien in Tegel der „Durchblick" der jedoch nur in wenigen Auflagen herauskam; die Redakteure wurden in verschiedene Gefängnisse verschleppt und isoliert.
Aus der "Bekanntmachung":

Der Trend ist jedoch unverkennbar: wir verstehen uns nicht nur als O p p o s i t i o n der Anstaltsleitung, vielmehr ist es unsere Absicht, auch endlich das zu tun, was eigentlich Aufgabe der müden und servielen GMV wäre – nämlich MITVERWALTEN!!!!!!!!
um aber etwaigen Repressivmaßnahmen, die auf das Erscheinen unserer Zeitung folgen könnten/werden, die Schärfe zu nehmen, müssen wir euch zunächst mal folgendes begrifflich machen:

Ursache, daß die Bekanntmachung herausgegeben wurde, ist das Strafvollzugssystem, wie es hier und anderswo praktiziert wird. Um aber noch weiter zu gehen, müssen wir feststellen, daß das Strafvollzugssystem aus dem Gesellschaftssystem resultiert – ist ja 'ne klare Sache. Aber was bedeutet diese Feststellung anderes, als daß das System als solches das Grundübel darstellt!
Wer das gecheckt hat, der wird sich logischerweise fragen, warum muß dann gerade ich für die Verbrechen, die das System an mir und an anderen begangen hat – und weiterhin begeht – büßen?
Die logische Antwort kann nur lauten: weil das System, wenn es seine Schuld zugibt, auch sein wahres Gesicht zeigen muß – und das wird auf unsere Kosten vermieden.
Da wir das Gesellschaftssystem als das Grundübel erkannt haben, aus dem alles weitere resultiert (d.h. zum Beispiel: Gesellschaftssystem = Strafvollzugssystem = dem Leidensdruck, dem wir hier unterzogen werden = die Notwendigkeit diese Zeitung herauszugeben), müssen wir auch aus dieser Erkenntnis die Konsequenz ziehen.
Was aber ist in diesem Falle die Konsequenz? Gegenseitiges Anscheißen, Opportunismus, Kritiklosigkeit und den Bullen als Autoritätsperson anzuerkennen ist jedenfalls nicht die Konsequenz! Denn dadurch fördern wir nur die Mechanismen, mit denen wir unterdrückt werden. Die Konsequenz ist also gegen das System (hier am Fallbeispiel Strafvollzug aufgeführt) anzukämpfen – wie wir es mit dieser Zeitung machen wollen und werden.

MACHT KAPUTT WAS EUCH KAPUTT MACHT ! ! !

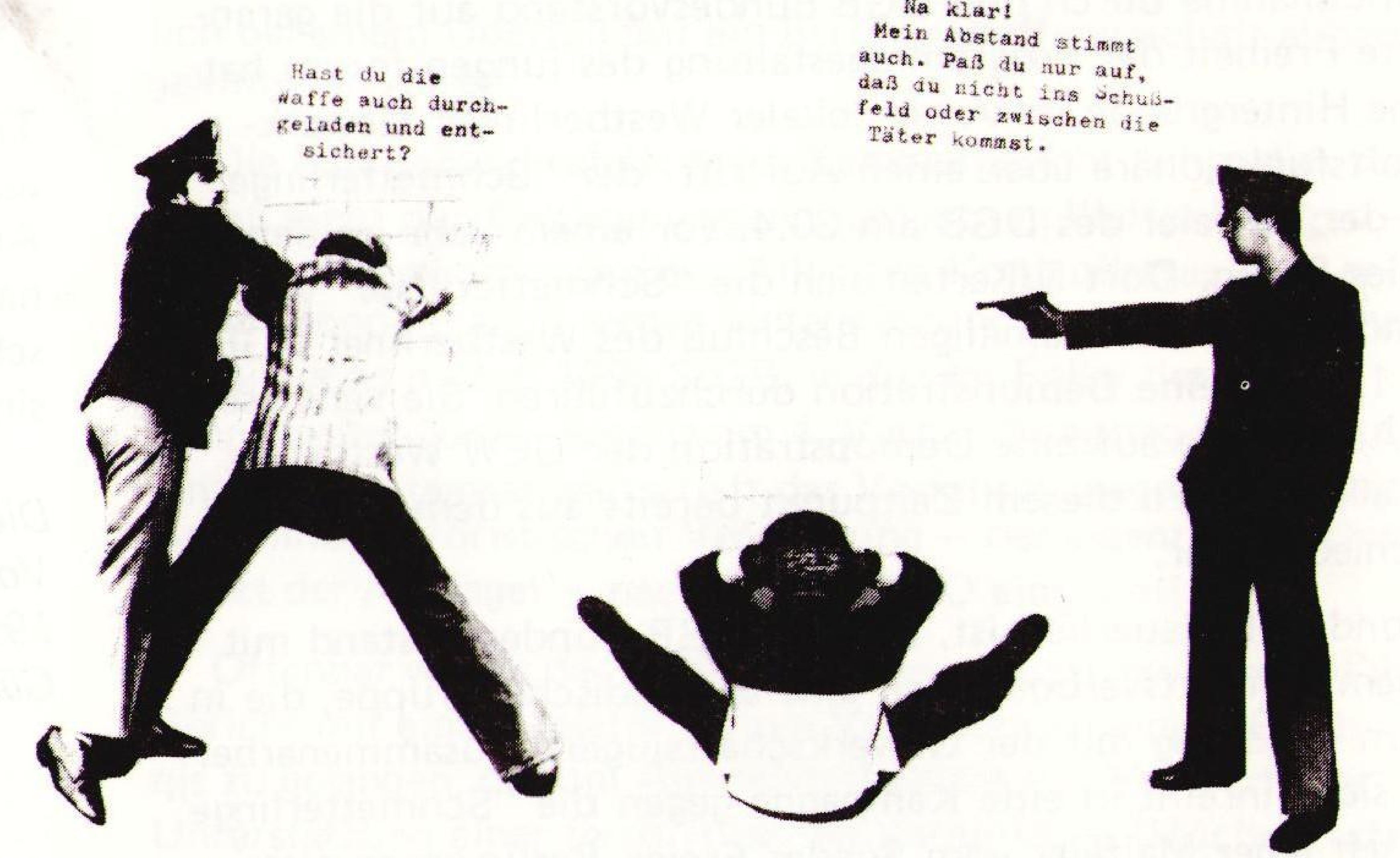
Nicht der Hanisch und auch nicht wir schließen euch die Türen zu oder drehen euch die Taschen um – sondern die Bullen, die – ohne zu denken – das System schützen. Nicht wir beschränken euch die Freizeitveranstaltungen auf ein Minimum – sondern ein Klaus Winschenbach – also der Anstaltsleiter, der sich – freilich mit Köpfchen – als Scherge des Kapitalismus profiliert. Wie sonst ist es möglich, daß Klaus Winschenbach dumm-dreist erklären darf, für Fernseh- und Freizeiträume fehle es der JVA an Räumlichkeit und Geldmitteln. Er straft sich selber Lügen, wenn er beides plötzlich für den Bau neuer Baracken – in denen ihr dann malochen dürft – zur Verfügung stellt. Brüder erwachet! Gefangene legt eure Ketten ab.

mit solidarischen Grüßen
NOTHILFE–KOLLEKTIV

Norbert Frühauf, Frank Krause, Gerd Schulz, Kleebergerstr. 23, 6308 Butzbach

Lieber BP-h-Leser!

Nun wird es Zeit, etwas zu verraten. Der Urheberder Bildmontagen in den beiden vorausgegangenen Ausgaben (und noch weiteren) der Serie „Gefährliche Routine" ist Polizeimeister Detlev Otto, IV. Abt. der HBP in Hanau. Er will damit aufzeigen, welche Möglichkeiten es gibt, trockenen Stoff anschaulich, merkbar und geschmackvoll zu gestalten. Versuchen Sie es auch einmal!



Ein weiteres Beispiel.

Foto: D. Otto

DREI GEFANGENE IN WERL IM HUNGERSTREIK

WERL 22.Mai *Lothar Gend, Heinrich Jansen und Peter Paul Zahl sind am 22.Mai in einen Hungerstreik getreten. In einem offenen Brief an die Justizministerin von Nordrhein-Westfalen, Frau Donnep, fordern sie:*

„...einen Strafvollzug für rechtskräftig Verurteilte, in dem — Jahre nach der Verurteilung! — der sogenannte Staatsschutz endlich in seine Schranken gewiesen wird;
in dem wir die gleichen Rechte und Pflichten wie alle Gefangenen, eine ausreichende Haftraumaustattung, Gesundheitsfürsorge, Fortbildungsmöglichkeiten haben; in dem nicht jede Woche unsere Zelle verwüstet und wir nackt ausgezogen werden; in dem die Besuche unter ‚normalen Sicherheitsvorkehrungen' stattfinden, nicht unter den Augen und Ohren und Tonbändern von Geheimpolizisten; in dem wir an Sport- und Freizeitgruppen teilnehmen können..."

Die Schriftsteller-Vereinigung PEN-Zentrum hat auf ihrer letzten Tagung einen Initiativantrag zu Peter Paul Zahl verabschiedet:

„Nach glaubwürdigen Unterlagen greifen die Polizeibehörden innerhalb des Strafvollzugs im Falle des Schriftstellers Peter Paul Zahl in dessen Rechte durch fortgesetzte Kontrollen und Vernehmungen ein, und zwar auf eine Weise, für die es auch bei den im Strafvollzug Befindlichen keine gesetzliche Grundlage gibt. Das P.E.N.-Zentrum Bundesrepublik Deutschland fordert den verantwortlichen Justizminister auf, diese Vorwürfe zu untersuchen und in der Öffentlichkeit dazu Stellung zu nehmen."

Die ‚Initiativgruppe Peter Paul Zahl' informiert in einem Aufruf über die Haftbedingungen, denen Peter-Paul Zahl in der JVA Werl ausgeliefert ist. Wir zitieren aus dem Aufruf:

„Nachdem weder die zahllosen Eingaben und Beschwerden von Peter-Paul Zahl und seinen Anwälten an die zuständigen Justizbehörden gegen die unerträglichen Haftbedingungen, denen der Schriftsteller in der JVA Werl unterworfen ist, noch die wiederholten Aufrufe seiner Freunde und Kollegen an die Öffentlichkeit etwas gefruchtet haben, sieht Peter-Paul Zahl keinen anderen Ausweg mehr, als in den Hungerstreik zu treten.
Anhand der folgenden Beispiele wollen wir die Bedingungen schildern, unter denen Peter-Paul Zahl leben muß:

- Jeden Tag 23 Stunden in der Zelle, bis auf 2 Wochentage je 1 1/2 Stunden Sprachunterricht unter Bewachung. 1 Stunde gemeinsame Freistunde. Alle 9 Tage Fernsehen — von der Kommission ausgesuchtes Programm; von 17.30 bis 21.45; sonst jede Woche einmal am Wochenende von 17.30 bis 19.10 Uhr. Unter Beamtenbewachung.
- Verboten die Teilnahme am Tischtennis (1977 erlaubt), sowie an allen übrigen Sportveranstaltungen; die Teilnahme an einem Arbeitskreis Klassische Musik; Einrichtung eines Literaturarbeitskreises zusammen mit dem Oberlehrer der Anstalt; der Besitz von Musikkassetten und Schallplatten.
- Jede Woche Zellenfilzung in Abwesenheit des Insassen durch LKA-Beamte und Polizeiinspektor. Vor der Filzung wird der Gefangene in eine leere Zelle gesperrt und muß im Beisein von zwei Beamten die komplette Wäsche ausziehen (da kommt es auf die jeweiligen Beamten an, ob es auch heißt: „Bücken! Arschbacken auseinander! Sohlen zeigen!") und eine neue Garnitur, inklusive Socken, Schuhe und Unterwäsche, anziehen. Dauer der Filzung durchschnittlich 1 - 1 1/2 Stunden. In der Regel wird die Zelle in einem chaotischen Zustand hinterlassen. Immer wieder kommt es vor, daß dabei Teile von Manuskripten, Verteidigungsunterlagen und persönliche Gegenstände verschwinden.
- Pro Monat 1/2 Stunde Besuchszeit für die von weit anreisenden Eltern mit Bruder; 1 Stunde für Verlobte und Freunde mit Anreise aus Westberlin. Darüberhinaus sind aus besonderem Anlaß Geschäftsbesuche möglich. Bislang 2 Stunden im Monat. Vor und nach jedem Besuch — auch der Verteidiger — in einer Spezialzelle nackt ausziehen. Erhalt einer kompletten Garnitur anderer Wäsche und Knastklamotten. Besuchsüberwachung durch Spezialbeamte der Politischen Abteilung des LKA Düsseldorf (dies läuft der normalen Praxis zuwider). Besuche in besonderen, sonst für Besuch nicht vorgesehenen Zellen.
- Der Anstaltsarzt gibt sich Mühe, kann aber nur an den Sympthomen herumkurieren. Peter-Paul Zahl leidet infolge der langjährigen verschärften Haftbedingungen unter ständigen Kopf- und Rückenschmerzen, Trigeminus-Neuralgie, Herzrythmusstörungen, Schweißausbrüchen, Konzentrationsstörungen, Schlafsucht, Kreislaufstörungen. Sein Blutdruck sinkt an vielen Tagen auf 90 : 66, was bedeutet, daß er nur für zwei bis drei Stunden täglich zu konzentrierter Arbeit fähig ist.
- Seit April 1977 ist es Peter-Paul Zahl untersagt, in den anstaltseigenen Betrieben zu arbeiten. Der Antrag auf Selbstbeschäftigung (d.h. daß er in seiner Zelle „unentwegt schriftstellern" darf) wurde jetzt genehmigt, nachdem er 17 Monate lang bearbeitet worden ist. Allerdings wird der in der Zelle zugelassene Buchbestand ständig reduziert: zuerst von 150 auf 90 Bücher, und seit dem 6.Mai 1978 sind nur noch 25 Bücher (einschließlich der eigenen Gedichtbände und Romane, Wörterbüchern und Nachschlagewerken) genehmigt.
- Einige Briefe erreichen Peter-Paul Zahl überhaupt nicht (ohne daß er über die Nichtbeförderung unterrichtet wird), sondern werden an den Verfassungsschutz weitergeleitet (vgl. Frankfurter Rundschau vom 11.5.78). Alle Personen, die Peter-Paul Zahl besuchen wollen oder ihm schreiben, werden ‚erfaßt'. Die Staatsanwaltschaft Arnsberg - Az: Js 1059/77 - am 1.März 1978: „Die Absender der eingehenden und die Adressaten der ausgehenden Post werden dem LKA mitgeteilt."
- Nun droht auch noch ab 1.Juni 1978 laut Andeutung der JVA-Leitung die Beschränkung von Verteidigergegesprächen durch Sonderzellen mit Trennscheibe, obwohl die gesetzlichen Voraussetzungen nicht gegeben sind.

Gegen alle diese Maßnahmen haben die Kollegen und Freunde von Peter-Paul Zahl immer wieder protestiert. Peter-Paul Zahl und seine Anwälte haben alle erdenklichen juristischen Möglichkeiten ausgeschöpft. Peter-Paul Zahl kämpft um seine Existenz als Persönlichkeit und um seine Identität, auch und gerade insoweit, als sie auf politischen und weltanschaulichen Maximen beruht. Die Strafvollzugsbehörden haben kein Recht, seine Persönlichkeit zu brechen und ihm seine Identität zu rauben. Daß gerade dies das Ziel der Anstaltsleitung zu sein scheint, bezeugt ein Ausspruch des stellvertretenden Anstaltsleiters Hötter am 21.1.78: „Wir werden Sie erziehen, Herr Zahl, und wenn wir Sie brechen!"

Kontaktadresse: Initiativgruppe Peter-Paul Zahl, c/o Verlag Neue Kritik, Myliusstraße 58,6000 Frankfurt/Main

MILITÄR UND MEDIZIN

Interview mit Peter Riedesser, Assistenzarzt in der Universitätsklinik Freuburg.

FREIBURG
2.Mai

Das folgende Interview der Ärztezeitung MEDICAL TRIBUNE mit Peter Riedesser wurde in dieser Zeitung nie gedruckt. Eine Begründung für diese Nichtveröffentlichung des schon in Druckfassung vorliegenden Interviews wurde Peter Riedesser gegenüber nie gegeben. Allerdings liegt die Vermutung nahe, daß Riedessers Aussagen der Standeszeitung nicht gerade genehm waren, stellt er doch das Sanitätswesen der Bundeswehr und die Rolle der Ärzteschaft in diesem Bereich drastisch in Frage. Und die deutsche Ärzteschaft war noch nie besonders offen gegenüber Kritik von Seiten nicht konform denkender Kollegen. Peter Riedesser, Assistenzarzt in der Universitätsnervenklinik Freiburg, ist selbst Kriegsdienstverweigerer. Bekannt ist u.a. seine Arbeit "Militär und Medizin — Materialien zur Kritik der Sanitätsmedizin am Beispiel der Militärpsychiatrie" im Argument AS 4.

MEDICAL TRIBUNE: Einersits gibt es eine wachsende Zahl von Ärzten unter den Kriegsdienstverweigerern, andererseits droht der Bundeswehr eine medizinische Unterversorgung. Läßt sich dieser Zustand mit der ärztlichen Aufgabe in Friedens- oder gar Kriegszeiten vereinbaren?

Dr. Riedesser: Das hängt davon ab, wie die ärztliche Aufgabe definiert wird. Die Sanitätsmedizin hatte trotz bestgemeintem humanitärem Engagement einer großen Zahl von Ärzten von Anfang an die Aufgabe, die Kampfkraft ihrer Armee zu erhöhen, angefangen von der Auswahl der Kriegstauglichen bis zur Wiederherstellung der Verwundeten für den erneuten Fronteinsatz. Dies gibt auch die Bundeswehrführung zu, so zum Beispiel durch den ehemaligen Inspekteur des Sanitäts- und Gesundheitswesens, Generalarzt Dr. Albrecht, der sagte:"Heute wie einst besteht der Auftrag des Sanitätswesens darin, die Gesundheit der Soldaten und die Kampfkraft der Armee zu erhalten." Wenn dies nach außen als "Hippokratische Aufgabe" dargestellt wird — so in den Werbebroschüren für den Sanitätsdienst, — dann ist das typisch für die bestehende Sanitätsideologie, die eine lange Tradition hat.

MT: Läßt sich dies an einem exakten Beispiel konkretisieren?

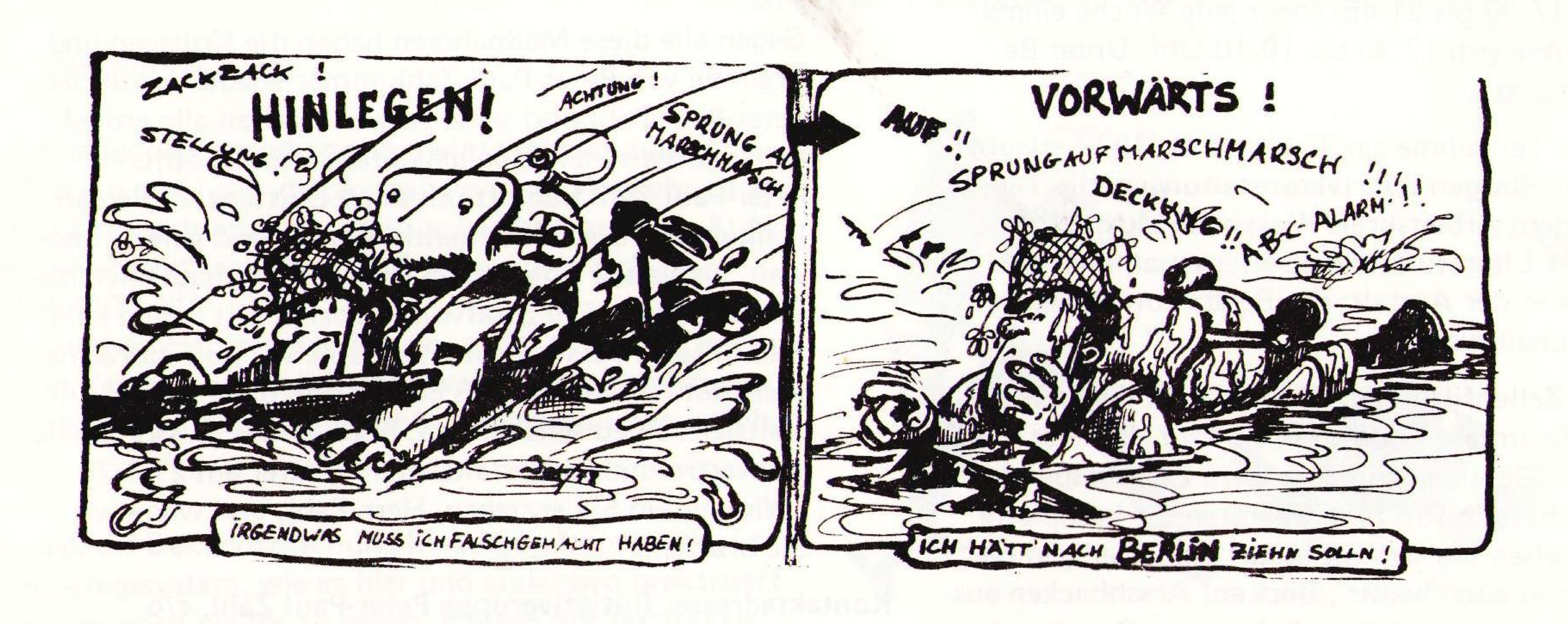
Dr. Riedesser: Denken Sie nur an die "Behandlung" der Zehntausenden von Kriegszitterer im 1. Weltkrieg, die durch teilweise brutale Methoden der Sanitätsärzte wieder an die Front zurücktherapiert werden sollten. Freud charakterisierte die Sanitätsmedizin als "Maschinengewehre hinter der Front" mit der Aufgabe, die kriegserschöpften und kriegsunwilligen Soldaten wieder an die Front zu bringen. Es gab und gibt berühmte Psychiater, die sich für die möglichst "frontnahe Behandlung psychoreaktiver Störungen" einsetzen, um den durch Verlegung in die Etappe oder Heimat entstehenden sekundären Krankheitsgewinn zu verhindern und damit die Rückkehr an die Front zu beschleunigen.

MT: Zugegeben, das mag für den psychischen Bereich zutreffen, kaum aber für den somatischen.

Dr. Riedesser: Doch. Als beispielsweise die deutsche Wehrmacht im 2. Weltkrieg durch Magenkrankheiten und andere Störungen des Intestinaltrakts zu viele Soldaten zu verlieren drohte, erhielt die Sanitätsmedizin die Aufgabe, diesen Aderlaß zu verhindern. Als Folge wurden u.a. "Magenbataillone" aufgestellt. Der 2. Weltkrieg war überhaupt sanitätstaktisch reibungslos vorbereitet. Ritterkreuzträger Sauerbruch konnte stolz behaupten: "Wenn im Kriege verheerende Seuchen ausbleiben, so ist diese medizinische und organisatorische Leistung ebenbürtig den Großtaten der Wehrmacht". Die Geschichte des Sanitätswesens ist zum großen Teil die Geschichte einer militarisierten Medizin ohne Menschlichkeit, einer sublimen und brutalen Menschenselektion und -manipulation im Dienste militärischer Ziele.

MT: Gut, es gab früher brutale Methoden, Kriegszitterer wieder an die Front zu pressen. Glauben Sie aber, daß das heute noch möglich ist?

Dr. Riedesser: Die Methoden sind subtiler geworden, die Ziele sind diesselben geblieben. Man braucht jetzt keine Elektroschocks mehr, wenn die modernen Psychotechniken wie Gruppendynamik, Verhaltenstherapie und Psychoanalyse zur Verfügung stehen, natürlich weiterhin frontnah. Die Amerikaner nennen es "forward psychiatry" und verlangen von den ihnen unterstellten Militärpsychiatern, daß die Diagnose bei neuropsychiatrisch erkrankten Soldaten möglichst nichtssagend sein und die rasche Rückkehr zur Front suggerieren soll (z.B. "Ermüdungsreaktion"). Es gilt, den Patienten möglichst lange in Uniform unter der Kommandogewalt militärischer Vorgesetzten zu halten und alle Zeichen der Sympathie oder Identifikation von Seiten des Arztes und des übrigen Sanitätspersonals zu unterdrücken.



MT: Die US–Armee war und ist die einzige westliche Armee, die fast permanent irgendwo im aktiven Einsatz steht. Das kann man kaum mit uns vergleichen.

Dr. Riedesser: Die amerikanische Militärpsychiatrie ist gerade deshalb richtungsweisend für alle NATO–Staaten, insbesondere aber für unsere Streitmacht, weil sie naturgemäß die meisten praktischen Erfahrungen in modernen Kriegen sammeln konnte.

MT: Heißt das letztlich, daß der Arzt im Verteidigungsfall als einziger und außerdem als einer der wichtigsten Berufe abseits stehen soll?

Dr. Riedesser: Immer mehr Ärzte werden hoffentlich in Zukunft abseitsstehen, wenn es darum geht, Menschen für die Front, d.h. doch letztlich fürs Sterben, auszusuchen – und nach iherer Verwundung kaum genesen – erneut an die Front zurückzuzwingen. Immer weniger Ärzte werden aber, hoffentlich, in Zukunft abseits stehen, wenn es gilt, den Militarismus und die sozioökonomischen Ursachen bestimmter Kriege beim Namen zu nennen und sie politisch zu bekämpfen, wo immer sie auftreten. Ein Arzt läßt sich in keine Armee integrieren, sonst ist er nur noch ein Offizier mit medizinischen Kenntnissen, die er nicht primär für den Menschen, sondern für den Funktionsträger "Soldat" im Dienste der militärischen Ziele einsetzt – unter Entfremdung seiner eigentlichen ärztlichen Aufgabe.

MT: Schön, das mag eine allgemeine Pflicht "des mündigen Bürgers" sein. Aber was ist mit dem Arzt im Kriegsfall?

Dr. Riedesser: Im Falle eines Krieges, den er politisch nicht verhindern konnte, wird der Arzt dort sein, wo die Not am größten ist und nicht dort, wo er aus militärischen Gründen am dringendsten gebraucht wird. Er wird sich nicht zum Handlanger militärischer Interessen mißbrauchen lassen, sondern Anwalt des Soldaten als Menschen sein, auch wenn er in Konflikt mit der militärischen Führung gerät. Er wird verhindern, daß jemand verblutet – er wird aber auch verhindern, daß seine Patienten gegen ihren Willen dorthin zurückgezwungen werden, wo der Heldentod auf sie wartet. Für den Einzelfall gibt es kein Rezept. Das bleibt dem Gewissen des Einzelnen überlassen. . . . .

MT: . . . haben sie den Eindruck, daß ähnliche Überlegungen auch im Ostblock möglich sind?

Dr. Riedesser: Hoffentlich! Falls dies noch nicht der Fall sein sollte, weil auch dort in Schlüsselpositionen Personen sitzen, die in militaristischem Denken befangen sind, sollten wir wenigstens bei uns in die schon längst fällige Grundsatzdiskussion über die objektive Funktion des Arztes in der Armee eintreten.

MT: Jetzt werden vakante Posten in der Bundeswehr auch mit Ärztinnen besetzt. Wie beurteilen Sie deren Situation unter diesem Aspekt?

Dr. Riedesser: Genau so wie die der männlichen Stabsärzte. Man kann ja zu Recht fragen: Warum schickt die Bundeswehr ihre kranken Soldaten nicht direkt zu Zivilärzten oder in Zivilkrankenhäuser? Warum müssen sie –außer in Notfällen – zuerst zum zuständigem Stabsarzt? Warum wird hier – übrigens mit Zustimmung der Ärzteverbände – die sonst so lautstark propagierte freie Arztwahl eingeschränkt? Die Gründe sind doch ganz offenkundig. Hier wird wieder einmal deutlich, daß eben nicht der kranke Mensch, sondern der funktionsfähige und verfügbare Soldat und die an militärischen Zielvorstellungen orientierte Sanitätstaktik im Vordergrund stehen.

MT: Zurück zum Kardinalproblem: Ein Teil der Ärzte verweigert den Dienst, die Mehrzahl fügt sich ihrer Aufgabe ohne deshalb "Militaristen" zu sein. Was sollen diese Kollegen nun im Kriegsfall tun? Ihre Patienten verbluten lassen, um damit den Frieden zu erzwingen?

Dr. Riedesser: Man müßte sich einmal fragen, warum sich diese Kollegen ihrer "Aufgabe fügen". Bei Studenten mit medizinischem Interesse ist es die Möglichkeit, einen Studienplatz bald und billig zu bekommen, bei ausgebildeten Kollegen, eine Spezialausbildung zu erhalten, also finanzielle und Karriere–Motive. Oft ist es auch reine Bequemlichkeit , seine Identität nochmals zu überdenken. Man könnte dadurch anecken. Die Mehrzahl ist sicher in einem Dilemma mit ihrem ärztlichen Gewissen, wenn sie durch militärische Befehle und Forderungen fremdbestimmt wird. Man muß dieses Dilemma klar sehen und sich danach für einen eigenen, reflektierten Weg entscheiden. Nur sollte man sich bei dieser Entscheidung nicht durch die offizielle Sanitätsideologie beirren lassen. Natürlich hätte Hippokrates kranke Soldaten als Menschen behandelt. Ein Stabsarzt Hippokrates im Sinne eines Eides, der Musterungen durchführt und kranke Soldaten wieder zur Front zurücktherapiert, scheint mir undenkbar.

aus: Medizinerzeitung "Dr. med. Mabuse", Nr. 8, April 78, c/o Fachschaftsvertretung Medizin, Theodor Stern Kai 7, 6 Frankfurt/Main, Tel.: 0611–63016058 oder 637675

WIDERSTAND IN DER SÜDAFRIKANISCHEN ARMEE GEGEN APARTHEID

FRANKFURT 22.5.78

Für Südafrika wurde „Omkeer" gegründet, eine Widerstandszeitung gegen Apartheid und Krieg. Eine Gruppe ehemaliger Soldaten und Kriegsdienstverweigerer (in Südafrika stehen auf Kriegsdienstverweigerung mindestens drei Jahre Gefängnis) geben diese Zeitung heraus, und zwar aus Besorgnis wegen der wachsenden Krise im südlichen Afrika und insbesondere aus Besorgnis um die Südafrikaner, die gegen ihren Willen gezwungen werden, Dienst zu tun in den South African Defence Forces (SADF).

Die Herausgeber meinen, daß eine Armee nur zur Verteidigung der Interessen des ganzen Volkes eingesetzt werden dürfe. Der Einsatz der Armee in Namibia und den Ghettos der Schwarzen zeige aber, daß die Armee Südafrikas nur den Interessen einer kleinen Schicht Weißer diene.

Kontaktadressen: „Omkeer", B.M. Box 2190, London, WC 1, Tel.: 01 346 8049 und 138 Berkeley Place, Brooklyn, N.Y., 11217, USA, Tel.: 212 789 8543.

Die südafrikanische Armee scheint ähnliche Stadien zu durchlaufen wie die US-Armee während des Vietnam-Krieges. Das erste Stadium war dabei der Widerstand Einzelner. In der US-Armee unterstützten die Soldaten anfangs den Krieg. Sie waren gegen „Commies", die versuchten, sie „von außen" über den „amerikanischen Imperialismus" vollzureden. Die einzelnen Widerständler hatten kaum Resonanz in der Armee. Das war 1965. Dann aber, ab 1966, fingen die Soldaten an, mit ihren Füßen abzustimmen. Die Rate der Fahnenflucht stieg jährlich um 10.000, von 55.000 1967 auf 98.000 1971.

Die südafrikanische Armee scheint anzufangen, von der ersten zur zweiten Phase überzugehen. Von Einzelkämpfern, die zum

Teil im Ausland weitermachen, dazu, detaillierte Informationen zur Fahnenflucht zu verbreiten. Die dritte Phase, in der die US-Armee aufhörte, ein kampffähiges Instrument zu sein, trat erst nach Jahren (1969) ein.

Ehemalige Soldaten der South African Defense Forces (SADF) glauben nicht, daß junge Weise unbegrenzt bereit sein werden, für die Aufrechterhaltung des Apartheid-Staates zu sterben.

FRANZÖSISCHE SOLDATENKOMITEES MELDEN SICH WIEDER

KAISERSLAUTERN 23.5.78 Die französischen Soldatenkomitees, für einige Zeit etwas in den Untergrund zurückgezogen, haben sich wieder öffentlich gezeigt. In der Kaiserslauterner Kaserne wurde am 8. Mai, dem Tag der Kapitulation des 3. Reiches und der Offenen Tür, der Soldat Michel Bousquet zu 60 Tagen scharfem Arrest verurteilt, den er jetzt in Wittlich absitzt. Michel Bousquet soll während des Tages der Offenen Tür Flugblätter verteilt haben zu der jetzt überall laufenden Unterschriftenkampagne für Gratis-Heimfahrten. Unterschriften von Soldaten zu derartigen Problemen werden in der französischen Armee als Armee-zersetzend betrachtet und ensprechend bestraft.
Michel Bousquet ist aber nicht allein. In Frankreich wird er nicht nur von seinen Eltern unterstützt, sondern auch von den Bürgermeistern mehrerer Orte seiner Heimatgegend, dem Valleè des Chevreuse, südlich von Paris.

Dieses Mal unterstützen auch die kommunistische und die sozialistische Partei den Soldaten. In der Vergangenheit haben sich die großen Linksparteien bei allen Soldaten-Initiativen, da sie sie nicht kontrollieren konnten, sehr ängstlich verhalten.

BETRIEBSRATSWAHLEN – LINKS STÄRKER UND RECHTS AUCH?

FRANKFURT 17. Mai *Trotz der Unkenrufe eines ID-Redakteurs, der sich unermüdlich am Rande der Resignation für die Betriebsberichterstattung einsetzt – "Was eine Liste, Betriebschinesisch, liest doch keiner" – hier eine Liste mit Ergebnissen einiger Betriebsratswahlen, die uns interessant schienen. Wir wollen die Liste fortführen, wenn sich weiter Interessantes einstellt. Bislang haben wir uns nur bemüht, möglichst viele Abkürzungen zu übersetzen und gewisse Adjektive und Beiwörter, wie "klassenkämpferisch, fortschrittlich" und so weiter, herauszulassen. Dabei sind wir um die Wörtchen "links und rechts" nicht herumgekommen, weil es kaum einem Kollegen gelingt, die Verhältnisse im Betrieb anders als mit diesen abgedroschenen Schlagworte zu beschreiben. Wir bitten um etwas mehr Farbe für unsere Bleiwüste!*

Agfa München

Eine Gruppe von Kollegen diskutierte seit einiger Zeit über die betrieblichen Probleme. Diese "Agfa-Runde" stellte jetzt eine Liste zur Wahl auf: 4 Kandidaten. Ergebnis: Agfa-Runde: 500 Stimmen (4 Sitze), IG Metall: 1200 Stimmen

BASF, Ludwigshafen

Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO), eine Liste der KPD/ML, stellte sich mit 3 Kandldaten zur Wahl. Ergebnis: RGO: 530 Stimmen (1 Sitz), Christliche: 1911 Stimmen, IG Chemie: 14 041 Stimmen.

Beiersdorf, Hamburg

Die Frauengruppe "Alternative" stellt seit 1975 über eine eigene Liste 2 Betriebsrätinnen. Ergebnis: IG Chemie: 17 Sitze, Alternative: 3 Sitze, DAG: 7 Sitze

BMW, Berlin

Die Liste " Einheit" , die sich mit vielen Ausländern zur Wahl gestellt hat, ist mit fünf Kollegen (3 Türken, 1 Jugoslawe, 1 Deutscher) im Betriebsrat. Ergebnis: Einheit: ca. 40 %, IG Metall: ca. 50 %, Deutsche Facharbeiterliste: ca. 10 %.

Broschek (Druckerei), Hamburg

Seit 1975 waren 4 Kollegen der Liste "Argumente" im Betriebsrat, davon waren 2 entlassen worden, 2 gerichtlich ihres Amtes enthoben worden (sie hatten gegen ein HIAG-SS Treffen protestiert). Trotzdem konnte die Liste wieder mit acht Kollegen kandidieren. Ergebnis: Argumente: 4 Sitze, rechte Liste: 5 Sitze, Sonstige: 2 Sitze

Casella Chemie, Frankfurt

Die "Oppositionelle Liste", eine Liste der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition (RGO) der KPD/ML, hat auf Anhieb bei den Arbeitern drei Sitze erhalten. Ergebnis: bei den Arbeitern – RGO: 3 Sitze, IG Chemie: 8 Sitze (vorher 12), bei den Angestellten – IG Chemie: 4 Sitze (vorher 3), DAG: 3 Sitze (vorher 4).

Daimler, Hamburg (früher Hanomag)

Die Kollegengruppe "alternative", seit 1975 mit 4 Kandidaten im Betriebsrat, ist diesmal mit 18 Kandidaten, darunter 8 Ausländer, angetreten. Der Betriebrat ist diesmal mit 18 Kandidaten, darunter 8 Ausländer, angetreten. Der Betriebsrat wurde von 15 auf 19 Mitglieder vergrößert. Ergebnis: alternative: 4 Sitze, IG Metall: 11 Sitze, Christlicher Metallarbeiterverein (CMV): 1 Sitz, IGM-Angestellte: 3 Sitze.

Daimler, Untertürkheim

Die Hoss/Mühleisen-Gruppe konnte trotz einer offensichtlichen Wahlmanipulation zugunsten der IG Metall ihre Einbußen von 1975 wieder wett machen. Es läuft ein Wahlanfechtungsverfahren. (s. ID 229). Vorläufiges Ergebnis: Hoss/Mühleisen: 8 Sitze (vorher 5), IG Metall: 19 Sitze, Christlicher Metallarbeiterverein: 2 Sitze, Christlich Demokratische Arbeiterschaft (CDA): 2 Sitze, rechte Angestellte: 3 Sitze

HAW (Aluminium-Werke), Hamburg

Die traditionell linke Betriebsratsmehrheit bleibt erhalten. allerdings in geänderter Zusammensetzung. Denn statt einer kandidierten diesmal zwei linke IG-Metall-Listen. Ergebnis: IG Metall (alte Mehrheit): 3 Sitze, IG Chemie: 3 Sitze und je 1 Angestellter von IGM und DAG.

HDW (Werft), Hamburg

Eine von der KPD/ML unterstütze Kollegengruppe kandidierte erstmals mit 5 Kandidaten. Ergebnis: IG Metall: 18 Sitze, CMV: 1 Sitz, Kollegengruppe: 3 Sitze.

HDW, Kiel

Die RGO (KPD/ML) erhielt 1975 1 017 Stimmen und 5 Sitze. Gegen Kollegen, die die Kandidatenliste der RGO unterschrieben hatten, wurde Ausschlußantrag gestellt, obwohl die Liste vom Wahlvorstand geheimgehalten werden muß und keine Begründung für einen Gewerkschaftsausschluß abgeben darf. Ergebnis: IG Metall 2 840 Stimmen – 82,5 %, RGO: 603 Stimmen 17,5 %

HHLA (Hamburger Hafen und Lagerhaus AG), Hamburg

Die Gruppe "alternative", die schon seit 1975 über Persönlichkeitswahl 4 Betriebsräte stellte,hat diesmal 9 Sitze erreicht, von denen sie aber nur acht besetzen kann, weil sie einen Angestelltenkandidaten zu wenig hat. Erstmals kandidierte auch die RGO mit einer Ein-Mann-Liste, die auch einen Sitz erhielt. Ergebnis: Alternative: 1045 Stimmen (9 mögliche Sitze von 27) ÖTV: 1957 Stimmen, RGO: 171 Stimmen.

Hoesch/Phönix, Dortmund

Die RGO-Liste hatte nur 2 Kandidaten und hätte 7 Sitze besetzen können. Die IG Metall Mehrheit im 22-köpfigen Betriebsrat hat inzwischen die Auflösung und Neuwahlen beschlossen, um die Schlappe auszubügeln und in der Zwischenzeit fleißig Propaganda gegen die RGO machen zu können. Vorläufiges Ergebnis: IG Metall 2206 Stimmen, RGO 1146 Stimmen.

Hoechst (Farbwerke) Frankfurt

Die VUA (Vereinigung unabhängiger Arbeitnehmer) ,eine rechte Gruppe, die seit Jahren bei den Angestellten ansässig ist, hat zum ersten Mal auch bei den Arbeitern kandidiert. Die Liste „Europäische Union" besteht aus ausländischen IG Chemie Mitgliedern. Ergebnis: bei den Arbeitern – IG Chemie: 71 %, Europäische Union: 14,9 %, VUA: 14,1 %, bei den Angestellten: IG Chemie: 25,9 %, VUA: 14,3 %, DAG: 56,2 % Sonstige: 3,6 %

Kammerich–Mannesmann, Bielefeld

Die "oppositionelle Liste", unterstützt von der KPD/ML,ist mit einem Kandidaten angetreten und hätte 4 Sitze besetzen können, nachdem sie mit 216 Stimmen 35 % erreichte.

Klöckner, Bremen

1969 löste die Gruppe um Röpke (in der Mitglieder der Gruppe "Arbeiterpolitik" und der DKP sind) die alte SPD-Mehrheit im Betriebsrat ab, worauf die IG Metall mit Ausschlußanträgen reagierte. Diesmal konnte die Röpke-Liste ihre Mehrheit ausbauen. Ergebnis: Röpke-Liste: 18 Sitze, linke Türken: 1 Sitz, rechte Türken: 1 Sitz, SPD-Gruppe: 3 Sitze, "Florian-Liste": 2 Sitze und 4 IGM-Angestellte, 1 DAG-Angestellter und ein höherer Angestellter.

KWU (Kraftwerk-Union) Berlin

Die RGO machte durch Einreichung ihrer Liste "Frischer Wind' die Persönlichkeitswahl unmöglich, ohne sich zuvor um Aufnahme auf die Liste zu bemühen. Es reagierte eine'linke' (? ?) Fraktion der IG Metall mit einer eigenen Liste. Die sogenannten "linken" Betriebsräte bei der Kraftwerksunion beschäftigen sich zum Beispiel mit der Herausgabe einer Zeitung, in der sie den Bürgerinitiativen für die Erreichung der Baustopps danken, weil ihnen nun die Zeit bliebe, bessere Atomkraftwerke zu bauen. Ergebnis: 9 Sitze, zweite IGM-Liste: 5 Sitze, Angestellte: 4 Sitze, RGO- Liste:1 Sitz

Lehrer, Berlin

Die GEW Berlin, die aus der GEW-Bund ausgeschlossen wurde, weil sie die Unvereinbarkeitsbeschlüsse nicht absegnen wollte, trat zum ersten Mal nach dem Ausschluß gegen die von der BRD-GEW- unterstütze Spaltergruppe an. Ergebnis: GEW: 45 Sitze, Spalter-GEW: 36 Sitze, Deutscher Lehrerverband (ständische Organisation): 68 Sitze, Unabhängige: 7 Sitze

MBB (Flugzeugbau) Hamburg

Die Liste "Alternative" wurde durch politische Entlassungen im vergangenen Jahr stark reduziert. Ergebnis: bei den Arbeitern – IGM: 11 Sitze, CGD (Christliche): 2 Sitze, Alternative: 1 Sitz – bei den Angestellten – IGM: 10 Sitze, CGD: 3 Sitze, DAG: 2 Sitze.

Opel, Bochum

Die "Gruppe oppositioneller Gewerkschafter" (GOG) verlor, wie auch die IG Metall. Gewonnen hat die "Christlich demokratische Arbeitnehmerschaft" CDA, die Gewerkschaft der CDU. Ergebnis: GOG-Liste für die Belegschaftsforderungen: 9 Sitze (vorher 12). IGM: 19 Sitze (vorher 23), CDA: 7 Sitze (vorher keine), Sonstige: 4 Sitze (vorher 2)

Opel, Rüsselsheim

Auch hier zog eine rechte "Alternativliste" in den Betriebsrat ein. Der Christliche Metallarbeiterverein (CMV) blieb bei 4 Sitzen. Die linke "Arbeiteropposition" erreichte nur einen Sitz. Ergebnis: IGM: 40 Sitze, rechte Alternative: 4 Sitze, DAG: 3 Sitze, CMV: 4 Sitze, Arbeiteropposition: 1 Sitz, italienische Arbeiter: 1 Sitz

Schering (Arzneimittel), Berlin

Die Liste "Kontra" bildete sich zu den Wahlen als Reaktion auf den alten Betriebsrat, der nur noch um Verständnis für die Machenschaften des Vorstandes warb. Kontra stellte einen Arbeiter- und vier Angestelltenkandidaten auf und besetzt 1 Arbeiter- und 3 Angestelltensitze im Betriebsrat (hätte aber noch einen weiteren Arbeitersitz gehabt). Ergebnis: bei den Arbeitern – Kontra: 225 Stimmen, IG Chemie: 927 Stimmen, Angestellte: Kontra 249 Stimmen, IG Chemie 959 Stimmen, DAG 703 Stimmen.

Siemens, Witten

Die RGO stellt seit 1975 eine Betriebsrätin.Diesmal umfaßte die Liste 3 Deutsche und eine Trükin. Die Frauengruppe erhielt nur 13 Stimmen weniger als die IG Metall. Ergebnis: Rein-Liste (alter Betriebsrat): 3 Sitze, IGM: 4 Sitze, RGO: 4 Sitze

Siemens, Gladbeck

Die Liste für die Belegschaftsinteressen hatte 1976 nach einer Wahlanfechtung 50,9 % der Stimmen erreicht. Ergebnis: Liste der Belegschaftsinteressen: 7 Sitze (nur noch 42%), IGM: 8 Sitze und 3 Angestelltensitze, CDA: 1 Sitz.

Schmalbach-Lubeca (Metallbetrieb), Heilbronn

Die Liste "Wehrt Euch!" stellte einen Kandidaten zur Wahl und wurde von der KPD/ML unterstützt. Sie erreicht 62,4 % mit 156 Stimmen und hätte 4 Sitze haben können. Die IGM hat nur 29,2 % erreicht und ein Ausländer 8,4 %.

Solex, Berlin

Die oppositionelle Gruppe hat im letzten Jahr 2 Betriebsräte gestellt und jetzt Persönlichkeitswahlen durchgesetzt. 4 linke Betriebsräte gibt es seit der Wahl (2 von ihnen waren kurz vorher noch entlassen worden) im 15köpfigen Betriebsrat.

Texaco, Hamburg

1975 erreichten die Oppositionellen 5 der 15 Betriebsratssitze. Dieses Jahr hatten sie mit ihrer Forderung nach Persönlichkeitswahlen Erfolg. Die beiden bekanntesten Kandidaten der Oppositionellen erreichten 64 % (677 Stimmen, LS 64 Stimmen) und 53 %

Oppositionellen erreichten 64 % (677 Stimmen) und 53 % (LS 564 Stimmen), der letzte Betriebsratsvorsitzende DAG erreichte 560 Stimmen, der Spitzenkandidat der IG Chemie 481 Stimmen. Weitere 4 Sitze entfielen an die DAG und 4 an die IG Chemie, weitere 3 an die Oppositionellen.

Thyssen, Duisburg-Hamborn

Die "Liste Demokratischer Gewerkschafter", mit 5 Kollegen, von denen 2 mit Gewerkschaftsausschlüssen bedroht sind, weil sie öffentlich Persönlichkeitswahl gefordert haben, hat 5 Sitze erreicht. Ergebnis: IGM: 22 Sitze CMV: 4 Sitze, Liste Demokratischer Gewerkschafter: 5 Sitze.

DEN HAFEN MÖT WIE VERSTOHN !

BREMEN 10. März

Was in den Seehäfen läuft, ist den meisten Binnenländern nicht nur dann ein Rätsel, wenn gestreikt wird – wie 1896, 1951 und 1978 (Berichte: IDs 216, 219, 221). Wer weiß zum Beispiel, was ein Winschmann oder ein Funktioner arbeitet und was diese beiden von Küpern, Tallymännern und Vizen unterscheidet?

Hilfe kommt von Leuten an der Bremer Universität, die über Arbeit und Betrieb, Technik und Qualifikation, Unfälle und Berufsweg der Hafenarbeiter geforscht, geschrieben und gefilmt haben. Von ihnen ist das folgende Material zu erhalten bzw. zu entleihen (kostenlos, soweit's reicht):

– „Hafenarbeit in Bremen", Heft 19-21 (Mai/Juni 1977) der „Kooperation" (darin ist übrigens auch ein „Sprachführer", der das Verstohn erleichtert),

– „Materialien zur Umschlags- und Beschäftigungsentwicklung in den Häfen von Rotterdam, Antwerpen und London", also ein europäischer Hafenvergleich (Juli 1976), und vor allem
– eine Reihe von zehn Dokumentarfilmen: „Athlet" (über die Besatzung eines Schwimmkrans; 45 Minuten); „Containerbrücke" (25 Minuten); „Getreideanlage" (vierteilig, insgesamt 60 Minuten); „Der Kran" (45 Minuten); „Roll on, roll off" (über das neue Umschlagverfahren, bei dem auf Lkw-Auflegern vorgepackte Güter direkt auf die Schiffe gefahren werden; (45 Minuten).

Anschrift: Hafenarbeiterprojekt an der Arbeiterkammer der Universität, Bibliotheksstraße, 2800 Bremen 33, Tel. 0421/ 218-3280.

Während des Streiks haben die Hamburger Hafenkollegen zusammen mit Leuten vom Medienpädagogischen Zentrum einen Video-Film gedreht, der die Ereignisse und Meinungen im Hafen sehr frisch und ungeschminkt wieder gibt. Auch der kann entliehen werden.

Kontakt über die "Alternative", c/o Jörg Wessels, Rainvillterrasse 5, 2 Hamburg 50, Tel. 040/392552

VW WOLFSBURG: CHRONIK EINES VERHEIMLICHTEN KAMPFES

WOLFSBURG 30. April *Die folgende Geschichte der Kämpfe, "wie sie nicht in der bürgerlichen Presse und in den Gewerkschaftszeitungen stand", ist mit Hilfe der Berichte verschiedener VW-Kollegen in der "Kommunistischen Arbeiterzeitung" (herausgegeben vom "Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD") zusammengestellt:*

Ausgangslage in Wolfsburg:

Ein Kollege: "Vorausgegangen war eine Reihe von Verschlechterungen für die Kollegen. Ab 1. Februar gab es Mieterhöhungen in drei Siedlungsgesellschaften Wolfsburgs. Neue Heimat, Neues Land sind mit dabei. Für Herbst wurde erneute Erhöhung angekündigt. Die bereits eingeleitete 'Strukturbereinigung', ein neues Arbeitsbewertungssystem, war in die Tarifverhandlung miteinbezogen worden.
In dieser Situation haben die Kämpfe in den anderen Gebieten, Hafenarbeiter, Drucker, Metaller, zahlreiche Diskussionen bewirkt, die Mut machten. Von Vertrauensleuten wurde schon zu einem frühen Zeitpunkt eine Bewegung für eine Festgeldforderung geschaffen, 200 und 250 DM zuerst. Als dann über alle Köpfe hinweg von der Tarifkommission die %-Forderung kam, das hat der Belegschaft die Augen geöffnet.
Gleichzeitig waren die Vorbereitungen für die Betriebsratswahl. Es kandidierte die IG Metall, sonst keine fortschrittliche Liste, und außerdem noch der Christliche Metallarbeiterverband (CMV), Reaktionäre. Das war gut für uns, die IGM gab dem Druck von unten nach, um nicht Stimmen zu verlieren. Die Eigeninitiativen von Vertrauensleuten und Kollegen wurden da hernach sogar gelobt.„Das war gut" usw. Vor der Wahl war die Stimmung und Taktik der Kollegen so, sie sagten, "IGM, wählen wir nicht". Dann wurde die IGM doch gewählt, es gab ja keine andere Wahl, jetzt sagen die Kollegen "Jetzt haben wir gewählt, jetzt fordern wir auch was".

Wie es losging

Die offizielle Forderung war: Vorweganhebung bis Lohngruppe 3b (das waren 11,46 DM) um 20 Pfennige, bis 4b um 14 Pfennige und bis 5b um 10 Pfennige und darauf 8 %. Diese Forderung zielte auf eine Streichung der unteren Lohngruppen. Am 6.3. beschlossen dann die Sitzungsgruppenleiter (Vertrauensleutesprecher) eine Demonstration für den 7.3., an dem die Verhandlungskommission zum 3. Mal zusammentrat. Am 7.3. trommelte die IGM-Ortsverwaltung die Sitzungsgruppenleiter und Betriebsräte zusammen. Sie gab Anordnung: "Man muß abwarten!" Sie konnten viele einlullen, die dann Rückzieher machten, aber die Halle 12 war nicht aufzuhalten. Um 9 Uhr dreissig vor der Kantine sammelten sie sich. Es gab eine große Debatte: "Warum ruft die Gewerkschaft nicht auf?" Vertrauensleute antworteten: "Die Gewerkschaft seid ihr!" Dann hieß es: "Jetzt nach der Pause geht's los". Halle 12, 10, 4 und Halle 3 marschierten, insgesamt 2000 Leute. Es schlossen sich nur Einzelne an. Der Werkschutz rannte rum, fotografierte, gab Meldungen durchs Funkgerät, Spitzel in Zivil wurden reingeholt und Meister waren überall eiligst mit dem Fahrrad unterwegs, schrieben auf. Es wurden später Zettel von der Geschäftsleitung verteilt: "Dies ist ein wilder Streik, der nicht bezahlt wird." Gerufen wurde: "Für 8 %!" Das dauerte bis 10.45 Uhr. Mittags wurde bekannt, daß die Verhandlungen abgebrochen worden waren. Die Geschäftsleitung erklärte: "Unter diesem Druck verhandeln wir nicht." Dann lief um 14 Uhr die Spätschicht an. Die Gruppen gingen an die Bänder, die Zettel der Geschäftsleitung wurden gleich verteilt. . . . Die Kollegen kamen trotzdem von selbst. 500 Mann aus der Halle 12 sind marschiert, Presswerk und Rohbau haben 1–2 Stunden diskutiert, während die Bänder standen.
Dann die Frage, wer bezahlt das? Die Ortsverwaltung stellte sich ganz dahinter, begrüßte es, wegen der Betriebsratswahl. Das hat die Kollegen, die noch nicht mitgingen, aufhorchen lassen. "Warum ruft die Gewerkschaft nicht auf?" Diese Frage kam jetzt mit großer Eindringlichkeit von allen Seiten. Am 8.3. wurde dann im ganzen Südbereich (Halle 3, 4, Rohbau) ca. 2 Stunden gestreikt.

Hindernisse

Am 9.3. beantragte die große Tarifkommission, das Scheitern der Verhandlungen zu erklären. Am 14.3., dem ersten Tag der Betriebsratswahlen, kamen immer neue Nachrichten über Streiks. Am 4.4. wurde der 5 % Abschluß in Nordbaden-Nordwürttemberg bekannt. Die Kollegen waren sauer. "Das ist zu wenig. Dafür haben die so lange gestreikt. Mit sowas können die bei uns nicht durchkommen." Und in USA war der erste "Rabbit" (VW-Golf) vom Band gelaufen.
Am 5.4. wird den Vertrauensleuten mitgeteilt, daß die Schlichtung geplatzt ist. Jetzt besteht keine Friedenspflicht mehr. Die Sitzungsgruppenleitungen treten zusammen. Sie wollen die Kollegen informieren. Die Kollegen gehen in die Belehrungsräume und in der Pause in die Kantine. Sie sitzen und trinken Kaffee . . . Da wußte man nicht, was los war. Dann gingen sie wieder weg. Es bildeten sich Diskussionsgruppen in den Hallen. Das ganze machte den Eindruck, daß alles zerbröckelt

Die ersten Reihen ziehen

6.4.: Die Sitzungsgruppenleitungen treffen zusammen. Der Beschluß wird gefaßt: Nach der Pause Treffen bei der Kantine, dann Marsch zum Hochhaus! Leute auf die Beine! 1500 bis 2000 Mann, diesmal mit Tafeln "8 %", ziehen von der Halle 12 durch Halle 10, einzelne schließen sich an. Der Zug war kämpferisch. Die Wege zwischen den Bändern waren verbarrikadiert. Die Kisten flogen zur Seite. Als ein Lastwagen im Weg stand, wäre dieser ebenso beinahe ins Wanken geraten. Es setzte sich aber durch, daß es nicht darum ging, Schaden anzurichten, sondern um die 8 %. Im Hochhaus wurde ein Vorstandsmitglied verlangt, es kam aber keines, sondern einer vom Betriebsratsausschuß. An ihn die Frage: "Was ist mit der Urabstimmung? " Zurück an den Arbeitsplätzen mußten wir noch eine Viertelstunde arbeiten, das passiert uns nicht nochmal.

Beim Rückweg war die Frühschicht an den Tunnels vorbeigezogen, wo die Spätschicht reinkommt. Die Spätschicht sah den Zug und hat dann 7000 Mann auf die Beine gestellt. In den Massenmedien wurden wir verleugnet, nur die Betriebszeitungen von außen erschienen täglich. Sie gingen reissend los. Am 7.4. erschien dann in der BILD "Wilde Streiks", die Zahl der Beteiligten war untertrieben. In den Tunnels waren Anschläge gemacht worden, daß dort keine Zeitungen mehr verteilt werden dürften.Nur die Bildzeitungsverkäuferin durfte noch rein. Die haben dann die Kollegen nicht haben wollen und vertrieben. Am 7.4. streikten 8 – 10000 in der Frühschicht und in der Spätschicht Halle 10 bis 10000 Mann. Das drang bis in die Hallen oben, wo bisher niemand war. Jeder Kollege im Werk konnte die Züge sehen. Ein Gewerkschaftsfunktionär versuchte den Zug umzulenken, umsonst. Es ging ums Band rum. Wer da noch stand, hörte: "Radfahrer, Verräter!" und großen Applaus für jeden, der vom Band rauskam.
Auflösung war so zum Schichtende, damit die Kollegen noch zum Umziehen kamen. Es gab keine Streikleitung und später auch keine Kundgebung mehr, weil es zuviele Leute waren.

Abwürgen!

...ntag, den 9.4. kam es bei der Bezirksleitung in Salzgitter zur Gesprächsaufnahme. Statt die Urabstimmung zu organisieren, d a s ! Die Vertrauensleute haben das am drauffolgenden Tag sehr kritisiert. Jetzt wurden Gerüchte ausgestreut, es seien Karossen zerstört worden, um die Demonstranten als Chaoten zu verleumden. Die Ortsverwaltung setzte alles dran, um die Demonstration abzuwürgen und in der nächsten Woche nicht mehr aufkommen zu lassen. Die Vertrauensleute wurden von der Bezirksleitung Hannover (Behrens) durch ein internes Flugblatt angewiesen, den Kollegen die 5.73 % schmackhaft zu machen, die sich wie folgt zusammensetzen: 62 Pfennige mindestens für alle Lohngruppen (umgerechnet 5 %). Dazu wurde eine einmalige Zahlung von 150,- DM gerechnet, die in Zukunft verloren ist, da sie nicht tariflich abgesichert ist. Die große Tarifkomission war bereits zusammengezogen, damit der Film an einem Tag gleich ganz abgespult werden könnte.
Unter den Kollegen ging's rund. Was jetzt machen? Marschieren! Daß die Halle 12 am 11.4. losmarschiert ist, war von entscheidender Bedeutung. 2000 Mann um 16.15 Uhr von den Bändern weg. Vom Rohbau 30 - 40 Mann dazu. Am 12.4.: 9...10000 Mann in der Frühschicht. Im Vertrauensleutekörper war eine schlechte Situation gewesen. Haß auf die Kollegen der Halle 10, weil sie sich am 10.4. doch nicht zum Marsch entschlossen haben. Es war die Hölle los gegen die Gewerkschaftsführung. Vorschläge in der Diskussion: Container aufstellen und dann schmeißen alle die Gewerkschaftsbücher rein, zum Gewerkschaftshaus gehen und die Leute ungespitzt durch die Decke schlagen.Mit einem Mal wurde bekannt, daß der Rohbau Halle 4 marschiert. Vom Rohbau durch Halle 10, erst einzelne, dann 10 – 15000! Zum Hochhaus! Feierabend.

Die Angestellten

Das Verhalten der Angestellten war bisher hassenswert gewesen. Aus den Zügen der vergangenen Tage drang in ihre Stuben hinein: "Oh mir tun die Augen weh, wenn ich Euch am Fenster seh." Jetzt bei der Versammlung der Angestellten beschlossen sie: Nicht nur Versammlung, sondern in die Hallen rein. Als sie teilweise mit Regenmantel überm Arm und Aktenkoffer reinkamen, machten sie bei den Kollegen nicht viel Aufhebens. Die dachten, Besucher. Aber dann entschlossen sich die Angestellten Parolen zu rufen. Da fiel den Kollegen der Kinnladen runter. Alles steht sofort. Der Versuchsbau schließt sich an. Ein Fest! Zu den 5000 Angestellten und Arbeitern, die vor dem Hochhaus stehen, stößt der Zug der Kolleginnen und Kollegen von Forschung und Entwicklung. Insgesamt schwoll der Zug auf 8 – 9000 an.

UND –

Der ganze Haß, der sich gegen die Gewerkschaftsführung zuzusammengebraut hatte, zwang sie, doch noch die Urabstimmung durchzuführen. Die große Tarifkommission hat dann für 5,9 % gestimmt. Es wurde bekannt, daß der IG Metall-Vorstand die schwankenden Mitglieder so lange unter Druck setzte, bis die Abstimmung mit 47:18 stand. Auf der folgenden Belegschaftsversammlung kam erst der zweite Redner zu Wort, und der auch nur, weil er fragte, ob die Kollegen informiert werden wollten oder nicht.

KAZ, Verlag freies Volk, Tulbeckerstr. 4, (Rückgebäude), 8 München 2

STAHLKRISE AN DER SAAR: MEHR STRESS AUF DER DRAHTSTRASSE

VÖLKLINGEN 9. Mai *Die "Wespe", eine Betriebszeitung an der Saar, schreibt über die Produktionsveränderungen nach dem Zusammenschluß der luxemburgischen Arbed-Konzerns mit der saarländischen Röchling-Gruppe (dazu ausführlich ID 203 und 217):*

Arbeitsplatzvernichtung und Arbeitsstress am Beispiel Burbach

In Burbach auf der Drahtstrasse soll demnächst die Produktion anlaufen, die in der Kölner Firma der Arbed-Tochter Felten & Guillaume dichtgemacht wird. Dann wird in Burbach der Stress noch größer, als es auf der Drahtstraße eh schon der Fall war. Auf der einen Seite werden Arbeitsplatze vernichtet, andererseits müssen die Kollegen auf den verbliebenen noch mehr schuften.

Und man spricht auch davon, daß beim Eschweiler Bergwerksverein (EBV), einer Tochtergesellschaft der Arbed im Aachener Raum, Produktionsverlagerungen ins Saarland stattfinden sollen. Bei EBV arbeiten derzeit 18 719 Personen. Der EBV besteht aus 5 Kohlegruben, einer Kokerei, einer Brikettfabrik und drei Anthrazitfabriken. Daneben gibt es in Eschweiler noch das Rohrwerk ERMAG, das Walzwerk Aue, die Werksabteilung Stahlbau und das Elektro Stahlwerk Weisweiler. Die EBV-Zeitung hat zwar behauptet, daß an der Produktionsverlagerung nichts dran sei, aber auch hier im Saarland wurde nach den ersten 1300 Arbeitsplatzvernichtungen bei Röchling-Burbach zunächst gesagt, es gäbe keine weiteren Entlassungen. Und auch in Neunkirchen wurde noch Ende letzten Jahres erzählt, es würden keine größeren Vernichtungsmaßnahmen mehr stattfinden.

Lohn- und Gehaltssicherung

Unter den Abmachungen bei Tarifvertrag zwischen den Unternehmungen und der IG-Metall befindet sich auch eine "Lohn- und Gehaltssicherung".

Danach kann einem Arbeiter aus dringenden betrieblichen Gründen ein geringer bezahlter Arbeitsplatz zugewiesen werden. Er hat dann einen Anspruch auf Weiterzahlung seines bisherigen Lohnes für 7 Monate. Ausdrücklich im Text dieser Vereinbarung steht, daß er diesen Anspruch nur einmal im Jahr hat.

Wenn ein Kollege also auf einen Platz versetzt wird, auf dem er 5 Pfennige weniger verdient als vorher, bekommt er 7 Monate lang seinen ursprünglichen Lohn weiterbezahlt. Wird er dann nach einem Monat nochmals auf einen anderen Platz versetzt, auf dem er 1 DM weniger verdient, bekommt er keinen Ausgleich.

Auf diese Weise können die Unternehmer die Vereinbarung, obwohl sie sie formell einhalten, doch umgehen und eine Menge Geld sparen. Außerdem wirkt sich die Herabgruppierung auf jeden Fall auf die Rente aus, die niedriger wird.

Da bei solchen Versetzungen der Betriebsrat ein Mitspracherecht hat, sollten die Kollegen darauf achten, daß er nicht gemeinsame Sache mit den Unternehmern macht, und sei es nur, daß er nicht genügend aufpaßt, wieviel Mal ein Kollege bereits versetzt wurde.

Jede Abänderungskündigung fällt grundsätzlich unter das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates. Wenn ein Kollege eine solche Abänderungskündigung bekommt, muß er sofort den Betriebsrat einschalten.

Außerdem haben die "Wespe"-Leute an dem Artikel "Massenentlassungen bei Röchling" (ID 217) einiges zu kritisieren:

Es ist nicht so, daß "800 Arbeiter ihren Lohn zu 80 % vom Arbeitsamt erhalten, die Früchte ihrer Arbeit aber weiterhin dem Röchling-Konzern zufallen". Denn diese 800 sind in Kurzarbeit, besser gesagt: gewesen. Nach und nach werden sie vom Werk Burbach nach dem Werk Völklingen versetzt. Ca. 50 Leute sind so nur noch in Kurzarbeit. In Völklingen läuft die Produktion auf vollen Touren. Auf diese Weise sind bisher nicht 200 Arbeiter versetzt worden, sondern an die 2000. Es ist auch nicht so, daß für "diese Spezialisten 200 weniger spezialisierte Arbeiter" gefeuert wurden.

Und unsere Einschätzung zum Verhalten der Gewerkschaft:
Hier differenzieren wir – einerseits die höheren Gewerkschaftsfunktionäre, andererseits die kleineren Funktionäre, die Betriebsräte. Bei den höheren Funktionären annehmen zu wollen, ihr Verhalten sei durch die "monatelange Zermürbungstaktik" bestimmt, ist absurd. Die IG-Metall-Verwaltungsstelle Völklingen wußte bereits seit Oktober 1976 von den geplanten Arbeitsplatzvernichtungen, die im Frühjahr 1977 anliefen, und hat nichts darüber verlauten lassen. Begründet wurde dieses Verschweigen damit, daß sie gehofft hätte, daß das Ganze nicht Wirklichkeit werde. Für so naiv kann man diese Leute wirklich nicht halten.

Kontaktadresse: Paul Herrig, Dillingerstr. 1, 6620 Völklingen, Tel. 06898/24627 oder Sozialistische Basisgruppe Völklingen, Postfach 1643

WURMREVIER, EIN ZWEITES SAARLAND ? – DER ARBED-KONZERN

AACHEN
5. Mai

Über 20.000 von 80.000 Beschäftigten des Luxemburger Arbed-Konzerns – einer der größten Westeuropas neben Thyssen, Estel und Krupp im internationalen Stahlgeschäft – sollen der Konzernleitung zum Opfer fallen: 12.000 bis 14.000 allein in den saarländischen Hütten (s. ID 203 und 217). In den Gruben und Stahlwerken Luxemburgs soll die Belegschaft um 8.000 (von 21.170) verkleinert werden. Von den Entscheidungen der Konzernspitze sind ganze Regionen und Länder betroffen. In der Region Aachen zum Beispiel sind 14.570 Menschen von der Arbed direkt abhängig. Der Eschweiler Bergwerksverein (EBV) gehört ihr zu 97 %, also sind auch die nicht im Bergbau Beschäftigten beim EBV von Arbed abhängig.

Monostruktur im Aachener Revier (Wurmrevier)

Fast hundertprozentig sind die Arbeiter des Aachener Steinkohlereviers, der Städtchen Alsdorf, Merketein und Baesweiler, in den Betrieben der Arbed-Tochter EBV beschäftigt. Durch Aufkauf vieler Grundstücke in den Gemeinden seit Kriegsende konnte der EBV unliebsame Nebenbuhler aus dem Revier fernhalten. Gleichzeitig wurde seit den sechziger Jahren heftig rationalisiert, Gruben wurden geschlossen und die Belegschaft der noch verbliebenen Schachtanlagen durch Mechanisierung und Arbeitshetze stark reduziert (die Abbauleistung je Bergarbeiter wurde von 2139 kg auf 3608 kg Kohle pro Schicht erhöht). Die Beschäftigtenzahl sank von 24.534 im Jahr 1965 auf 14.570 im Jahr 76. Die Arbeitslosenzahlen der Region Aachen zählen zu den höchsten in der BRD (17.000, das sind 6,7 %/ 7,3 % in Alsdorf).

Diese Rationalisierungen wurden mit dem Absatzrückgang bei der Hausbrandkohle durch konkurrierende Energieträger wie Öl erklärt und mit Steuergeldern nach dem Kohleanpassungsgesetz unterstützt. Die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE) sind heute der Hauptabnehmer der Wurm-Kohle und damit ist die gesamte Region zusätzlich abhängig vom Stromverbrauch und den Plänen der Atomkraftwerk-Bauer bei RWE.

Arbed und die Stahlkrise/ Finanz-Deutschland GmbH

Während es Ende 1973 mit der Wirtschaft wieder einmal bergab ging, erlebte die Stahlindustrie 72 bis 74 einen Boom. In zweieinhalb Jahren stieg die Stahlproduktion um 80 % und die Kapazitäten wurden blitzartig ausgebaut. Ende 74 kippte die weltweite Konjunktur um, die Überkapazitäten führten zu Preiskrieg zwischen USA und Japan und der Europäischen Gemeinschaft und allen untereinander. Aber noch befanden sich Anlagen, die während des Booms geplant wurden im Bau. Als die fertiggestellt waren, begannen die Konzerne unproduktive Außenstellen und alte Anlagen abzustoßen – das Produktionsprogramm wurde "bereinigt", zentralisiert. Der freie Wettbewerb setzt jetzt Menschen frei, stößt sie ab, in Luxemburg, im Saarland, im Wurm-Gebiet, es wird weiter bereignigt.

Der größte Coup der Arbed war bisher der Kauf der Röchling Stahlwerke (Okt. 77) und deren Schließung bis auf eine Drahtstraße und eine Kokerei (s. ID 182, 199, 203 und 217). Eine Holding Gesellschaft wurde gegründet mit dem Namen "Finanz Deutschland GmbH", in welche der EBV mit doppeltem Aktienwert (240 Mill. DM) eingebracht wurde. Flüssige Kapitalreserven bleiben der Arbed so für die noch anstehenden Rationalisierungsvorhaben erhalten. Gleichzeitig liefen großzügige Hilfen der sogenannten "Öffentlichen Hand" ein (mindestens 500 Mill. DM an Krediten und Bürgschaften).
Damit können jetzt abgefunden werden: Otto Wolf von Amerongen für seinen 50 %-Anteil an der Neunkrichner Hütte; der 140-köpfige Röchling-Klan für seine Anteile in Burbach und Völklingen im Bilanzwert von 180 Millionen, eine 58 %-Beteiligung an der Gesenkschmiede Gerlach, eine Barabfindung von bis zu 200 Mill. DM . "Die Länder und Gebiete, die betroffen sind, (müssen) neue Arbeitsplätze schaffen ...' meint Arbeds Direktion.

Aussichten für das Wurmrevier

Wichtig für den Absatz der Saarkohle ist – ebenso wie für die Wurmkohle – die Verstromung. Nach Verschiebung des Atomreaktorbaus in Luxemburg sehen Saarregierung und Saarbergbau eine Chance, Überkapazitäten ihrer Kohlekraftwerke dorthin zu liefern. Sie wollen eine gemeinsame "Stahl- und Energieschiene Saar/Luxemburg".

Für das Aachener Revier gilt: Solange die RWE den Bau des Kohlekraftwerkes in Siersdorf blockiert, weil sie ins Atomgeschäft investiert hat und dauch weitermachen will, werden die Arbeitsplätze stetig weniger und die übriggebliebenen Arbeitsplätze immer unsicherer.

Kontakt: "Klenkes", Zeitung Aachener Bürgerintitiativen, Oppenhoffallee 107, 51 Aachen

ÖTV-BETRIEBSGRUPPE SOLL KALTGESTELLT WERDEN

BERLIN
9. Mai

Wer in der ÖTV ist, kennt die Geschichte mit den ÖTV-Betriebs- und Fachgruppen. In ihnen schließen sich gewerkschaftlich organisierte Kollegen einer Berufsgruppe (z.B. Sozialarbeiter) oder eines Arbeitsfeldes (z.B. Nachbarschaftsheime) zusammen, um sich in der ÖTV und gegenüber dem Dienstherrn besser zu Gehör zu bringen. Die ÖTV unterstützt die Bildung solcher Gruppen, solange sie nicht zuviel Ärger machen. Dann kann sie sie auflösen bzw. einer anderen Gruppe zuschlagen. Das ist jetzt wieder in Berlin geschehen. Die ‚Betriebsgruppe

Nachbarschaftsheime in der ÖTV Berlin', die bisher zur Abteilung Sozialarbeit gehörte, wird jetzt von der Abteilung 'Körperschaften und andere Einrichtungen' „organisationsmäßig betreut". Das wirkt sich so aus, daß die Vertrauensleute der Betriebsgruppe Nachbarschaftsheime nicht mehr auf Sitzungen der Abteilung Sozialarbeit auftreten dürfen, Anträge stellen und abstimmen. Dagegen wehren sie sich mit einem Brief an alle Kolleginnen und Kollegen, den Ihr mit weiteren Informationen bei der **Betriebsgruppe Nachbarschaftsheime in der ÖTV Berlin, c/o Gemeinwesenverein Heerstraße Nord e.V., Obstallee 22d, 1000 Berlin 20** bekommen könnt.

DIE BETRIEBSRÄTE UND IHRE GEMEINSAMEN INTERESSEN IN SACHEN ATOM?

OFFENBACH 10. Mai *Die Bürgerinitiativen, die in Verbindung mit den Radikalen den Bau von Atomkraftwerken verhindern oder verzögern könnten, machten dem Betriebsrat der Offenbacher Kraftwerk Union schon 1977 Kopfzerbrechen. Darum wendete er sich an den Betriebsrat der Honeywell und bat um ein Gespräch, um zu klären, wie man gemeinsam gegen den Feind vorgehen könne. Wir veröffentlichen beide Briefe leicht gekürzt (aus „Klartext", Stadtzeitung für Essen). Vom KWU-Betriebsrat (Reffler) an den Honeywell-Betriebsrat:*

Im Mai 1977 wird im Deutschen Bundestag eine Energiedebatte geführt werden, bei der die gewählten Volksvertreter über den zukünftigen Energiebedarf und den Anteil der einzelnen Energieträger, die diesen Bedarf decken sollen, beraten werden. Diesen Anlaß wollen wir als betroffene Arbeitnehmervertreter der Industrie und der Elektrizitäts-Versorgungsunternehmen (Betriebsräte, Gewerkschafter und Vertrauensleute) aufgreifen, um in der Öffentlichkeit unseren Standpunkt zu dieser Problematik darzulegen.

Eine ausreichende, sichere und kostengünstige Energieversorgung ist eine unabdingbare Voraussetzung für eine leistungsfähige Wirtschaft und die soziale Sicherheit. Dabei kommt der Erzeugung von Strom als Lebensnerv unserer Wirtschaft eine besondere Bedeutung zu. Zur Zeit wird dieser Strom aus Kohle, Öl, Gas und in noch geringem Maße durch Kernenergie in Kraftwerken erzeugt. Die Energieträger Öl und Gas müssen wir importieren und dabei teuer bezahlen. Es bleiben uns also nur die Nutzung der heimischen Kohle, und in steigendem Maß, der Kernenergie.

Nur Kohle und Kernenergie gemeinsam garantieren uns langfristig eine sichere und weitgehend unabhängige Stromversorgung. Andere Energieformen wie Sonne, Wind und Erdwärme können zwar in zunehmendem Maß genutzt werden, sie leisten aber keinen nennenswerten Beitrag zur Stromerzeugung. Energie sichert heute und in Zukunft unsere Arbeitsplätze und unseren Lebensstandard.

Aber das wird in Frage gestellt, wenn Bürgerinitiativen, teilweise in Verbindung mit radikalen Gruppen, den Bau von Kraftwerken, ja jeglicher Industrieanlagen verhindern suchen. Wir Arbeitnehmer der Bundesrepublik müssen erkennen, daß diese bedenkliche Entwicklung nicht nur die im Kraftwerkbau direkt Beschäftigten und deren Lieferanten betrifft, sondern unausweichlich auf alle Industriezweige durchschlägt. Wenn wir dieser Entwicklung Einhalt gebieten und unsere Arbeitsplätze erhalten wollen, müssen wir endlich aktiv für unsere Interessen eintreten. Wir möchten mit Euch diese Themen innerhalb der nächsten 2 Wochen diskutieren. Bitte teilt uns möglichst bald auf beiliegender Postkarte den Namen und die Dienstanschrift Eures Betriebsratsvorsitzenden und seines Stellvertreters mit. Unsere Telefonnummer ist 0611/807-2640 oder 2649, es meldet sich dort die Kollegin Nisch und Kollege Reffler, Offenbach den 24.3.1977.

Das antwortete der Betriebsrat von Honeywell am 30.3.1977:

Sicher ist es richtig, daß zum Bau von Kernkraftwerken unterschiedliche Meinungen vorhanden sind; gerade deswegen hat uns der Stil Eures Briefes befremdet. Es scheint daher notwendig, auf einzelne Absätze des Briefes einzugehen, um zu verdeutlichen, was uns mißfällt. Da heißt es: Eine ausreichende, sichere und kostengünstige Energieversorgung..... und es folgen Begriffe „leistungsfähige Wirtschaft" und „soziale Sicherheit". Der Inhalt solcher Formulierungen ist derart abgegriffen, daß es traurig ist, wenn gewählte Arbeitnehmervertreter sich solcher Allgemeinplätze bedienen. Was ist eine leistungsfähige Wirtschaft? Was ist soziale Sicherheit?

Wieso eigentlich werden bei immer mehr Leistung pro Arbeitsstunde immer mehr Arbeiter und Angestellte arbeitslos. Wieso wird der Technisch-wissenschaftliche Fortschritt gegen die verwandt, die ihn erarbeiten? Bringt eine kostengünstige Energieversorgung eine Verbilligung der Haushaltstarife oder fließen die Vorteile wieder nur den Unternehmen zu? Soziale Sicherheit! Meint Ihr damit die Renten? Ihr behauptet zu Recht: Öl und Gas müssen wir importieren und dabei immer teuer bezahlen. Das ist richtig. Aber wo kommt der Grundstoff her für die Kernenergie? Wächst er bei uns auf der Wiese oder befindet er sich in unserem Boden? Nein, wir müssen ihn ebenfalls importieren und sehr teuer bezahlen. Ihr könnt das sicher besser beurteilen als wir, aber mit dem Bau von Kernkraftwerken befreien wir uns sicher nicht aus der Abhängigkeit von anderen Ländern. Vielleicht begeben wir uns dadurch in eine noch grössere Abhängigkeit von anderen Ländern. „Energie sichert heute und in Zukunft unsere Arbeitsplätze und unseren Lebensstandard." Stimmt das? Zur Zeit haben wir noch eine ausreichende Energieversorgung. – Wieso also gibt es zur Zeit schon eine Million Dauerarbeitslose? Warum nimmt gerade in letzter Zeit die Kurzarbeit wieder zu?

AUF DIE RÄDER – BEVOR WIR DRUNTER KOMMEN !

FRANKFURT 22. Mai **Bürgerinitiativen rufen zur Fahrraddemonstration auf**

25 Frankfurter Bürgerinitiativen und Umweltgruppen, die zum Teil seit Jahren gegen einzelne Vorhaben des Verkehrsplanungsamtes Frankfurt Widerstand leisten, rufen wie andere Initiativen zum Tag der Umwelt im ganzen Bundesgebiet zu einer gemeinsamen Fahrraddemonstration auf. Sie wollen damit sowohl die speziellen Probleme in den verschiedenen Stadtteilen verdeutlichen, wie auch ihre Gemeinsamkeiten, nämlich den zunehmenden Verlust an Lebensqualität in der Stadt.

Autolärm und -abgase rauben den Städtern Gesundheit und Schlaf. Immer mehr Grünflächen in und um Frankfurt werden zerstört und dabei zahlreiche alte Bäume gefällt. Die natürlich gewachsenen Wohngebiete werden durch breit ausgebaute Strassen zerschnitten. Die Stadt gehört den Autofahrern.

Dies kann nicht im Interesse ihrer Bewohner liegen! Sie fordern daher:

- Vorrang beim Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel
- Fahrpreissenkung
- grüne Welle und Extraspuren für die öffentlichen Verkehrsmittel
- Schaffung eines zusammenhängenden Fahrradwegenetzes
- absoluten Schutz von Grünflächen.

Alle, die weiterhin in Frankfurt leben wollen, sind aufgerufen, teilzunehmen an der Fahrraddemonstration am Samstag, den 3. Juni. Beginn: 10.30 h Ostpark (Dippemessgelände); 12.00 h Bockenheim (Kurfürstenplatz); 13.00 h Bleichstraße; 14.00 h Sachsenhausen (Brückenstraße, Schiffer-Bunker); abschließend: großes Straßenfest in der Brückenstraße mit Weck, Wurscht und (Ebbel-)Woi !!

ÖKOLOGIE–FEST IM RHEIN–RUHR–GEBIET

ESSEN
Mai 78

Wir, einige Atomkraftgegner aus Essen, Moers und Kleve haben die Idee, ein großes Ökologie-Fest für das Industriegebiet Rhein-Ruhr zu machen, ein Fest von uns, für uns und über uns. Solch ein Fest sollte unserer Meinung nach verschiedene Funktionen haben - einmal soll damit eine große Öffentlichkeit angesprochen werden, der wir auf einem Fest mehr zeigen können als unsere bloße Gegnerschaft zur Atomenergie, zum andern soll es für uns ein Treffen sein, wo Erfahrungen ausgetauscht werden, wo Kontakte unter den Initiativen hergestellt werden, wo wir die Erfahrung machen, daß keiner alleine für eine bessere Umwelt kämpft.
Kommt, wenn möglich, zu dem ersten Treffen, auf dem wir entscheiden müssen, ob wir uns an solch ein Fest ranwagen, kommt und überlegt euch vorher, zu welchem Thema ihr etwas machen könnt, welchen Anspruch ihr an euch und andere habt, denkt über den möglichen Ort eines solchen Festes nach (Wiese mit Zelten? Revierpark? Schule mit Schulhof? ? ?) Je konkreter die Vorstellungen der einzelnen sind, desto mehr kommt rum beim ersten Treffen.

Erster Vorbereitungstermin am **4. Juni 78 um 16 Uhr im Karl-Barth-Haus in Essen, Wittenbergstr. 14-16 (Nähe alte PH).**

Kontaktadresse: Renate Zeihe, Brassertstr. 27, 43 Essen, Tel.: 0201 / 78 71 18



BÜRGERINITIATIVEN-VERKEHRS-KONGRESS IN BERLIN

BERLIN
Ende April

Vom 21. bis 23. April fand in Berlin ein Kongreß über alternative Verkehrsplanung statt, an dem 250 Vertreter von Bürgerinitiativen, Verkehrswissenschaftler, Verkehrsplaner und Journalisten teilnahmen. Ziel des von der BI Westtangente e.V.. Berlin veranstalteten Kongresses war es, Fehlplanungen auf dem Gebiet von Stadtverkehr und Fernverkehr zu dokumentieren und analysieren, Erfahrungen über die Möglichkeiten des Widerstandes gegen Fehlplanungen auszutauschen, Strategien örtlicher, regionaler und überregionaler Aktionen und Initiativen zur alternativen Verkehrsplanung zu entwickeln, Forderungen an Politiker und Planer zu erarbeiten und Konzepte alternativer Verkehrsplanung zu diskutieren.

Sowohl eine Quellen- und Materialsammlung zu den Themen „Verkehr und Bürgerinitiativen", die zu diesem Kongreß erarbeitet worden ist, als auch die bis jetzt vorliegenden Kongreßergebnisse können angefordert werden bei:

Bürgerinitiative Westtangente e.V., Cheruskerstr. 10, 1000 Berlin 62; Kontaktadresse für die Alternativpresse: Monika Gerstenberg, Goltzstr. 33, 1000 Berlin 30, Tel. 216 78 35.

FAHRRADDEMONSTRATION IN AUGSBURG

AUGSBURG
23. Mai

Am 4. Juni wird sich von Augsburg eine Fahrraddemonstration nach Rehling bewegen, um dort gegen das geplante Kernkraftwerk zu demonstrieren. Wer in Augsburg wohnt oder gerade mit dem Rad in der Nähe ist, der soll mitfahren. Abfahrt ist um 11 Uhr.

Kontakt: Podium, Augsburger Alternativzeitung, Mittlerer Graben 29 a, 8900 Augsburg

INTERVIEW MIT DER GRÜNEN LISTE UMWELTSCHUTZ

FRANKFURT
11. Mai

Der April/Mai-Nummer des Informationsdienstes "non konform-Information und Analyse zur Ökologie- und Alternativbewegung" entnehmen wir die folgen Auszüge aus einem Interview, das ein Mitarbeiter mit dem stellvertretenden Landes-Vorsitzenden der "Grünen Liste Umweltschutz" in Niedersachsen, Wolf Dombrowsky, führte.

Frage:
Umweltschutzparteien werden sehr schnell an eine objektive Grenze stoßen, wenn sie nur für die Erhaltung der Natur und gegen AKW's eintreten. Umwelt müßte heute anders, umfassender definiert werden. Und zwar im Sinne einer **spirituellen Vernunft**, die den Menschen - insbesondere die Lohnabhängigen! - und nicht Macht, Profit, Großeigentum und Massenproduktion synthetischer Güter in den Mittelpunkt zivilisatorischer Entwicklung stellt. Hauptziele von Umweltschützern sollten humanere Verkehrs- und Wohnformen, eine einfache, aber nicht etwa primitive Lebensweise und eine arbeitsintensive kapitalsparende Produktionsweise mit hochtechnisierten Kleinverfahren, Naturstoffen, anstelle lebensfeindlicher anorganischer Substanzen, und kleineren genossenschaftlichen Unternehmen sein. Ist ein solcher ökologischer Sozialismus bei den Umweltschützern in Sicht?
Wolf Dombrowsky:
In dieser Frage kommen mehrere Problemebenen zum Schnitt. Wenn wir mit dem Grundlegenden beginn en, so beinhaltet das Wort 'Naturerhaltung' dem kategorischen Imperativ unserer Zukunft. Was nämlich um den Preis unseres Überlebens erhalten werden **muß**, ist nicht 'Natur' allgemein, sondern eine ganz bestimmte Naturform, auf die wir aufgrund unserer physischen Beschaffenheit bedingungslos angewiesen sind. Wir brauchen Luft, Licht, Wasser, tierisches und pflanzliches Leben, und wir werden langfristig gezwungen sein, alles zu tun, was der Erhaltung dieser lebenswichtigen Biosphäre dient, und alles unterlassen müssen, was auch nur möglicherweise schadet. Allein daran werden sich in Zukunft unsere gesellschaftlichen Methoden der Naturaneignung orientieren müssen. Dies wird selbstverständlich Konsequenzen für die Art unseres Produzierens und unseres Wirtschaftens nach sich ziehen. Ich persönlich nenne diese naturzugewandte Gesellschaft "ökologischen Humanismus", weil mir das Etikett 'Sozialismus' auch mit Zuständen beklebt ist, die ich weder mit meinem ökologischen Wissen noch mit meinem politischen Selbstverständnis vereinbaren kann. Noch einen wichtigen Aspekt des Begriffs 'Naturerhaltung' möchte ich ansprechen, weil er bisher weitgehend vernachlässigt wird: Auch der Mensch selbst ist schließlich Natur, und wir eignen uns nicht nur die äußere Natur an, sondern auch unsere innere Natur. Und ich vermute, daß es auch hier Schranken gibt, die nur über den Preis seelischer und körperlicher Zerstörung überschritten werden können. Daß wir hier bereits im Grenzbereich sind, scheinen mir die Selbstmordraten, die Medikamentensucht, die Alkohol- und sonstigen Süchte deutlich zu belegen. Naturerhaltung heißt deshalb auch Veränderung menschlicher Verkehrsformen, Rückge-

winnung von Emotionalität und entfalteter Subjektivität. Von daher ist bei uns durchaus ein "ökologischer Humanismus" in Sicht - verwirklichen aber müssen ihn die Betroffenen selbst, und absolut freiwillig!

Frage:
In diesem Zusammenhang sind die "Bunten Wehrt-Euch-Listen" interessant, die sich u.a. an den Hamburger Bürgerschaftswahlen beteiligen. Die Anti-AKW-Gruppen arbeiten dort sehr gut mit solchen Basisinitiativen und anderen Minderheitsgruppen zusammen. Wie steht die GLU zu diesen "Bunten Listen"?

Wolf Dombrowsky:
Was unsere Stellung zu den "Bunten Listen" betrifft, so ist unsere Haltung ambivalent: Einerseits begrüßen wir es, daß hier die im politischen Spektrum weiter links angesiedelten Gruppen in der Alltagspolitik beweisen müssen, wieweit sie sich dem Bewußtsein der Allgemeinheit annähern können und damit die Tauglichkeit ihrer Theorie in der Praxis belegen. Andererseits aber fürchten wir, daß die "Buntheit" dieser Listen eher verschreckend wirken könnte als alternativ zu den festgefahrenen Denkklischees von "links" und "rechts". Für unser aller Ziele hoffe ich natürlich, daß die "Bunten" überzeugen können. Ansonsten sind wir keine Konkurrenz! Die Bunte Liste spricht eher Wählerkreise an, die sich vor allem dem äußerst linken Spektrum der APO zuzählen, während wir versuchen, in Wählerkreise vorzustoßen, die allgemein als bürgerlich bezeichnet werden und die wie wir voller Zuversicht sind, daß unsere Probleme auf der Grundlage des bestehenden Grundgesetzes gelöst werden können.

Frage:
Rechtsradikale Splittergruppen versuchen als Umweltschutzparteien aufzutreten. Die AUD (Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher) hat zumindest eine rechtskonservative Vergangenheit. Sie versucht, prominente Umweltschützer auf ihren Wahllisten kandidieren zu lassen. Die AVP (Aktion 4. Partei) umwirbt ebenfalls die Grünen Listen. Wie schätzt Ihr solche Tendenzen ein?

Wolf Dombrowsky:
Ganz generell sehe ich durchaus die Gefahr, daß ein mit staatlicher Zwangsgewalt ausgerüsteter Ökologismus die "Kraft der Rasse" mit der "Notwendigkeit des Natürlichen" bei weiten übertreffen könnte. Diese Variante des Faschismus, die sich unter stalinistischem Vorzeichen bereits in Harichs "Kommunismus ohne Wachstum" andeutete, wäre wohl das schlimmste der Hörigkeit, das ich mir denken kann. Derartigen Tendenzen muß bereits im Keim entgegengetreten werden. Ob allerdings der Rechtsradikalismus der AVP - von der wir uns eindeutig distanziert haben - Faschistoides in sich trägt, vermag ich nicht zu sagen. Was die AUD angeht, so plädiere ich für eine ausgewogenere Betrachtung. Ganz sicher versammeln sich in der AUD rechtskonservative Kräfte (ebenso auch linkskonservative). Die Mehrheit der Mitglieder ist aber erst nach 1973 zur AUD gestoßen, als mehr und mehr ökologische Fragestellungen in den Brennpunkt traten. Mit diesen Mitgliedern läßt sich durchaus kooperieren. Und genau eine Kooperation auf dem Boden von gemeinsamen Sachzielen streben wir an - sowohl mit "Konservativen" als auch mit "Progressiven". Es geht um die Sache, nicht um die Verteilung von Etiketten. Erst wenn die konkrete Praxis zeigen wird, daß die Sache nur Vehikel war für anderes, wird eine Abstempelung und eine Abgrenzung notwendig und gerechtfertigt. Dies gilt im übrigen für alle, ganz gleich, mit welcher Idee im Kopf jemand zu uns kommt.

Frage:
Einige außerparlamentarische Gruppierungen der demokratischen Linken lehnen die stalinistische Diktatur des Proletariats ebenso ab, wie die kapitalistische Technologie. Sozialistisches Büro, Gewaltfrei Aktion, Kommunistischer Bund und viele Linke, die sich von der SPD und DKP abgewandt haben, sind an alternativen Lebensformen ehrlich interessiert. Sie spielen in der Ökologiebewegung eine wichtige Rolle. Welche Erfahrungen habt Ihr bisher mit solchen Tendenzen gemacht und welche Formen der Zusammenarbeit gibt es bisher?

Wolf Dombrowsky:
Leider viele traurige Erfahrungen. Ich hätte nie geglaubt, daß ausgerechnet innerhalb der Linken soviel bornierte Rechthaberei, Konkurrenzgehabe und vorurteilsgeladene Denkblockaden herrschen. Das fängt mit der Terminologie an. Wehe, man benutzt einen unstandardisierten Begriff - schon hageln die Examensnoten, durch das man dann selbstverständlich gefallen ist. Und ganz zu schweigen von der totalen Humorlosigkeit - jede selbstironische Bemerkung wird da schnell zu klassenfeindlicher Nestbeschmutzung. Die so oft angefeindete Sprechblasenkultur des Coca-Cola-Hinterlandes hat auch bei manchem Linken die Wirkung nicht verfehlt. Zwischen den Zeilen lesen, Nuancen erkennen, einfühlsam zuhören können, das sind Fähigkeiten, die über den jahrelang trainierten Kopfkleister der markigen Parolen verlernt worden sind. Nur ganz wenige können noch zuhören, mitdenken und bis zur Klärung bohrend nachfragen. Gerade diese Fähigkeiten sind m.E. notwendig, um die, wie Du sie nennst, "spirituelle Vernunft" diskursiv zu entwickeln. Diejenigen allerdings, die diese Fähigkeiten noch beherrschen, arbeiten mit uns phantastisch gut zusammen, was die GLU betrifft. In den BI's, in denen die meisten GLU-ler nach wie vor mitarbeiten, stehen wir mit den von Dir genannten "APO-Vertretern" doch sowieso in einer Reihe.

Frage:
Die Möglichkeiten parlamentarischer Arbeit werden häufig recht skeptisch beurteilt. Die etablierten Parteien werden sehr bald dafür sorgen, daß Land- und Kreistage immer weniger zu entscheiden haben. Die meisten Gesetzesinitiativen kommen ohnehin aus der Exekutive, relativ wenige aus den Parlamentsausschüssen. Gesetzesänderungen haben zur Folge, daß die Verwaltungsgerichte immer mehr im Sinne der Etablierten entscheiden. Die "BuntenWehrt-Euch-Listen" sehen deshalb ihren Schwerpunkt auch bei erfolgreichem Wahlausgang in der Basisarbeit. Die Verteidigung demokratischer Grundrecht, so, wie sie im Grundgesetz stehen, hat in diesem Zusammenhang einen gewissen Stellenwert. Wie will die GLU ihre Ziele erreichen?

Wolf Dombrowsky:
Deine Ausführungen zur "Entfunktionalisierung" der Parlamente sind vollkommen richtig - die Machtausübung wandert tatsächlich in die Exekutive, und dieser Prozeß muß unter allen Umständen rückgängig gemacht werden, wenn wir verhindern wollen, daß aus den Parlamenten überflüssige "Quasselbuden "werden. Hier müssen wir aus der Geschichte lernen! Nicht folgen möchte ich dem kleinen Seitenhieb auf die Gerichte. Ich glaube, man darf nicht auf den Sack schlagen, wenn man den Esel meint. Solange sich unsere Politiker aus Angst vor der Industrie um politische Entscheidungen herumdrücken und so den Schwarzen Peter bewußt den Gerichten zuschieben, solange sollte man sich nicht über die juristische Formalisierung der Politik und die Politisierung der Justiz wundern. Was die Frage der Basisrückkoppelung betrifft, so stehen doch ein bestimmter Wahlausgang und die Einbindung in die Basis in keiner alternativen Beziehung - im Gegenteil: Je besser diese Einbindung gelingen wird, umso eher werden die "goldenen Ketten", die heute noch die Mehrheit zur schweigenden machen, entlarvt, als äußerliches Prinzip des Habens, das einem (spirituell) vernünftigeren Prinzip des Seins entgegensteht. Dies zu erkennen ist weniger eine Frage der "herstellung" durch eine Partei als vielmehr der beispielsetzenden Initiative durch eine Partei, die echte Alternativen anbieten kann. Ich glaube felsenfest, daß die Alternativen der GLU Schritte in die richtige Richtung sind.

Kontakt: nonkonform, Verlag der Studien von Zeitfragen, Postfach 700925, 6000 Frankfurt 70
Wolf Dombrowsky, Westerbecker Str. 61 b, 2680 Osterholz-Scharmbeck



Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informationsdienst
Postfach 900 343, 6000 Frankfurt 90

Nummer des Abos **bezahlt bis ID Nr.**

3

Achtung, liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressenaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, bitte baldigst Geld überweisen — sonst meinen wir, ihr wollt keinen ID mehr und STELLEN DIE LIEFERUNG EIN.

Posteinlieferung von ID Nr. 230: Freitag, 19. Mai 1978, 22 Uhr



WANDZEITUNGEN ZU ARGENTINIEN

WIESBADEN 20. Mai *Schon einmal, während der Schleyer-Hysterie, hat die Hausgemeinschaft Emser Str. 59 in Wiesbaden eine Wandzeitung gemacht. Jetzt folgten gleich zwei zur Fußball-Weltmeisterschaft in Argentinien. Am 10. Juni wollen sie am Kranzplatz in Wiesbaden einen Aktionsnachmittag durchführen, mit Film, Musik, Spielen und einer Geldsammlung für die Opposition in Argentinien.*
Hier der Text einer der Wandzeitungen als Anregung zum Nachmachen:

OLYMPIADE '36 IN DEUTSCHLAND — FUSSBALL-WELTMEISTERSCHAFT ARGENTINIEN '78

BERLIN 1936

"Wenn unsere Gäste aus dem Ausland ihre Anwesenheit dazu benutzen können, um das deutsche Volk und den deutschen Staat kennenzulernen, so werden sie erkennen, daß in Deutschland wieder Großes und Schönes geschaffen wird. . . . daß Deutschland wieder stark, einig, frei und schön geworden ist".
(Hitler-Regierung 1939)

"Wir glauben, daß die Spiele zu einer Befruchtung und Anregung des ganzen Wirtschaftslebens Deutschlands beitragen und auf lange Jahre hinaus von nachhaltigem Vorteil sein werden."
(Industrie- und Handelskammer Berlin 1936)

"Um der KPD den Wind aus den Segeln zu nehmen und sie moralisch zu treffen, daß die Neigung nach Bestätigung während der Olympiade sich erheblich schwächt, sollen noch vor der Olympiade zwei Unterbezirke, darunter der größte und tatkräftigste Unterbezirk Berlin, der auch über die größte Presse verfügt, aufgerollt werden. . . . Es wird mit der Festnahme von einigen der aktiven Kommunisten zu rechnen sein."
(Geheimes Gestapo-Papier 1935)

BUENES AIRES 1978

"Das Spitzentreffen des Fußballs soll ein Fenster Argentiniens und ein Katapult in die Zukunft sein. . . Wir müssen und wollen der Welt zeigen, was Argentinien kann und wie es bei uns wirklich aussieht."
(General Merlo, der Vorsitzende des Organisationskomitee für die WM)

"Deshalb glauben wir, daß, wer gegen die WM ist, ein Landesverräter ist. Weil die WM mehr ist, als nur ein sportlicher Wettstreit. Denn sie bedeutet: Sport, Tourismus, Devisen, Außenhandel und Wirtschaft auf den vielfältigsten Ebenen."
(Sportzeitung Goles)

"Falls es erforderlich sein sollte, müssen in Argentinien so viele Menschen sterben, wie es zur Wiederherstellung der Sicherheit notwendig ist."
(General Videla)

"Erst werden wir die Subversiven töten, dann ihre Kollaborateure, dann die Sympathisanten, danach die Indifferenten und zum Schluß die Lauen."
(General Saint-Jean)

Was haben die beiden Großveranstaltungen gemeinsam — außer, daß es um Sport geht? Daß 1936 in Deutschland der Faschismus herrschte, daß jegliche Opposition unterdrückt wurde, die Arbeiterorganisationen aufgelöst waren, Menschen spurlos oder in Konzentrationslagern verschwanden, daß Juden und andere Minderheiten verfolgt wurden . . . . ist allgemein bekannt. Daß seit März 1976 Argentinien von einer Militärdiktatur beherrscht wird, daß die Verfassung außer Kraft gesetzt wurde, daß Gewerkschaften und Parteien verboten sind, daß dieses Regime bisher über 10.000 Menschen ermordet hat, daß 30.000 Menschen verschwunden und über 20.000 aus politischen Gründen in Haft sind . . .. ist nicht allgemein bekannt!

Kontakt: Hausgemeinschaft Emser Straße 59, 62 Wiesbaden, Telefon: 06121/404548